G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Wortlaut der Schlußakte

Ausführungen der Repräsentanten der 35 Teilnehmerstaaten sowie des finnischen Präsidenten und des Generalsekretärs der Vereinten Nationen auf der Abschlußsitzung der KSZE vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki

Entschließungen und Stellungnahmen zu den Ergebnissen der KSZE

8'75

August 1975 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

August 1975

KONFERENZ FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA (KSZE)

Zu diesem Heft 833

Ansprachen auf der Abschlußsitzung der KSZE vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki:

Urho Kekkonen, Finnland (Eröffnungsrede), 836; Kurt Waldheim, UNO (Begrüßungsansprache), 837; Harold Wilson, Großbritannien (Wortlaut), 840; Konstantin Karamanlis, Griechenland (Zusammenfassung), 845; Geir Hallgrimsson, Island (Zusammenfassung), 848; Pierre Elliot Trudeau, Kanada (Zusammenfassung), 849; Todor Shiwkow, Bulgarien (Zusammenfassung), 849; Erich Honecker, DDR (Wortlaut), 850; Aldo Moro, Italien (Zusammenfassung), 853; Pierre Graber, Schweiz (Auszüge), 854; Helmut Schmidt, BRD (Wortlaut), 855; Gustav Husak, CSSR (Zusammenfassung), 858; Edward Gierek, Polen (Wortlaut)), 860; Valéry Giscard d'Estaing, Frankreich (Wortlaut), 863; Leonid Breschnew, UdSSR (Wortlaut), 866; Francisco da Costa e Gomes, Portugal (Zusammenfassung), 870; Liam Cosgrave, Irland (Zusammenfassung), 871; Erzbischof Makarios, Zypern (Zusammenfassung), 871; Josip Broz Tito, Jugoslawien (Wortlaut), 872; János Kádár, Ungarn (Zusammenfassung), 878; Süleyman Demirel, Türkei (Zusammenfassung), 879; Anker Jörgensen, Dänemark (Zusammenfassung), 879; Leo Tindemans, Belgien (Auszüge), 880; Olof Palme, Schweden (Zusammenfassung), 881; Bruno Kreisky, Österreich (Wortlaut), 882; Urho Kekkonen, Finnland (Zusammenfassung), 885; Carlos Arias Navarro, Spanien (Zusammenfassung), 886; Gerald Ford, USA (Wortlaut), 886; Anton Buttigieg, Malta (Zusammenfassung), 892; Joop den Uyl, Niederlande (Zusammenfassung), 892; André Saint-Mleux, Monaco (Zusammenfassung), 893; Trygve Bratteli, Norwegen (Zusammenfassung), 893; Nicolae Ceausescu, Rumänien (Auszüge), 894; Walter Kieber, Liechtenstein (Zusammenfassung), 897; Gian Luigi Berti, San Marino (Zusammenfassung), 897; Gaston Thorn, Luxemburg (Zusammenfassung), 897; Agostino Casaroli, Heiliger Stuhl (Zusammenfassung), 898.

Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Wortlaut) 899

Entschließungen und Stellungnahmen zu den Ergebnissen der KSZE:

Erklärung des Europäischen Rates vom 17. Juli 1975 zu den Ergebnissen der KSZE (Wortlaut) 943

Entschließung des Deutschen Bundestages zu den Ergebnissen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 28. Juli 1975 (Wortlaut) 944

Erklärung des Internationalen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in Brüssel vom 28. Juli 1975 (Wortlaut) 946

Erste Stellungnahme des Vorsitzenden des Initiativkreises KSZE in der Bundesrepublik, Prof. Dr. Walter Fabian, zum Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Wortlaut) 947

Ansprachen auf der Abschlußsitzung der KSZE vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki

Urho Kekkonen, Staatspräsident der Republik Finnland

(Eröffnungsrede)

Ich habe die große Ehre, im Namen der Regierung und des Volkes von Finnland die dritte Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für eröffnet zu erklären. Es ist eine Ehre für uns, zum zweiten Male Gastgeber dieser Konferenz sein zu können. Darf ich Sie alle sehr herzlich in unserem Lande und in unserer Hauptstadt willkommen heißen. Ich hoffe, daß Ihr Aufenthalt in Helsinki, obwohl nur kurz, genau so angenehm wie mit Gewißheit fruchtbar sein wird.

Man hat gesagt, daß die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ohne Beispiel in der europäischen Geschichte sei. Ich teile diese Meinung. Ich möchte jedoch hinzufügen, daß sie, wenn sie auch ein einmaliges, so doch kein von anderen gemeinsamen Bemühungen in der internationalen Politik isoliertes Ereignis ist. Im Gegenteil, die Konferenz ist Teil, und zwar ein wichtiger Teil, der gegenwärtigen Entwicklung der Entspannung.

Diese Konferenz ist das Ergebnis des gemeinsamen Willens aller teilnehmenden Staaten, ihre gegenseitigen Beziehungen im Interesse ihrer Völker zu verbessern und zu intensivieren, und gleichzeitig ist sie Ausdruck ihres Wunsches, zu Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit in Europa beizutragen.

Diesen Zielen entsprechend, legte der Außenminister unserer Regierung während der ersten Phase der Konferenz den politischen Rahmen dar, in dem diese Fragen von höchster Bedeutung behandelt und weiterentwickelt werden sollten.

Als ich die Ehre hatte, die an der ersten Phase hier in Helsinki teilnehmenden Außenminister willkommen zu heißen, brachte ich meine tiefe Überzeugung zum Ausdruck, daß die Konferenz ein wahrer und echter Erfolg sein würde, wenn die die politische Landschaft Europas charakterisierenden, grundlegenden Faktoren ernsthaft in Betracht gezogen werden. Ich sagte dann, der Reichtum unseres Kontinents sei in ebendieser Vielfalt des europäischen politischen Lebens zu finden. Man muß es als eine Tatsache voraussetzen, daß alle unsere Länder ihre eigenen lebenswichtigen Interessen haben, die man berücksichtigen muß. Das ist nur natürlich, denn die Konferenz ist schließlich weder eine Zusammenkunft von Siegern eines Krieges noch eine Zusammenkunft von Großmächten. Sie ist eine Konferenz von souveränen, unabhängigen und gleichberechtigten Staaten.

Im Verlauf der kommenden Tage werden wir Erklärungen der höchsten politischen Führer der teilnehmenden Staaten hören. In diesen Erklärungen werden wir unsere Einschätzungen der Ergebnisse der zweiten Phase der Konferenz in Genf wie auch der Wege und Methoden der Förderung des multilateralen Prozesses geben, der diese Konferenz in Gang gesetzt hat. Zu diesem Zweck steht vor uns der Schlußakt der Konferenz, zu dem unsere Regierungen bereits am Ende der zweiten Phase ihre kollektive Zustimmung gaben. Ich bin der Meinung, daß die Schlußakte ein außerordentlich wichtiges internationales politisches Dokument ist, das aus der gründlichen Beratung aller Fragen hervorging. Die end-

gültige Zustimmung zu ihrem Inhalt wurde unter gebührender Berücksichtigung der Interessen aller Staaten gegeben. Ich darf in diesem Zusammenhang unseren aufrichtigen Dank gegenüber dem Gastgeber der zweiten Phase, der Regierung der Schweiz, zum Ausdruck bringen. Ich möchte auch all jenen danken, die für uns an den Verhandlungen in Genf teilgenommen haben.

Dies ist ein Tag der Freude und der Hoffnung für Europa. Wir haben allen Grund zu glauben, daß eine neue Ära in unseren gegenseitigen Beziehungen anbricht und daß wir zu einer Reise durch Entspannung zu Stabilität und dauerhaftem Frieden aufgebrochen sind. Dies ist der Zeitpunkt, um zu sagen, daß die Vergangenheit begraben wurde und eine unglückliche Periode in unseren Beziehungen endgültig vorüber ist. Allein die Tatsache, daß die Konferenz einberufen wurde und daß so gut wie alle Staaten sich entschlossen, daran teilzunehmen, beweist, daß die Zeit gekommen war, von der Absicht zum Handeln zu schreiten.

Diese Entwicklung widerspiegelte die grundlegende Überzeugung aller, daß Entspannung nur durch Zusammenarbeit gesichert und vertieft werden kann. Diese Auffassung, dessen bin ich sicher, wird von allen von uns geteilt, und so ist es nur natürlich, daß die Konferenz entscheidend zur Entspannung beigetragen und die Richtung gewiesen hat, in der neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit liegen. Ich meine, es ist notwendig, den gleichen Wert beider Aspekte der Konferenz zu unterstreichen: Sicherheit und Zusammenarbeit, da beide zwei Seiten der gleichen Sache sind. Das soll uns jedoch den Rest der Welt nicht vergessen lassen, wo ernste Konflikte und weitverbreitetes Elend noch existieren. Wir sollten die Gefühle der Selbstzufriedenheit überwinden. Wir müssen uns unserer eigenen Worte entsinnen, daß die Stärkung der Sicherheit in Europa sich nicht gegen irgendeinen Staat oder Kontinent richtet und einen wichtigen Beitrag zu Sicherheit und Frieden in der Welt leistet. Als Symbol für diese Verbindung haben wir die Freude, den Generalsekretär der Vereinten Nationen als Ehrengast auf dieser Eröffnungszeremonie der dritten Phase willkommen zu heißen.

Kurt Waldheim, Generalsekretär der Vereinten Nationen

(Begrüßungsansprache)

Herr Präsident Kekkonen, Exellenzen, meine Damen und Herren, ich betrachte es als einen großen Vorzug, hier auf dieser Konferenz das Wort ergreifen zu dürfen. Eine solche Zusammenkunft ist etwas Einzigartiges in unserem Jahrhundert, wenn nicht in der Geschichte. Sie hat nicht die Beendigung eines Krieges oder die Festlegung von Friedensbedingungen zum Gegenstand, sondern vielmehr die Stärkung der Basis für den Frieden, der jetzt seit einiger Zeit herrscht. In den Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben wir Zeiten großer Spannungen oder sogar der Gewalt in Europa erlebt, aber ein Krieg unter Nationen konnte vermieden werden. Wo immer auch wir uns in Europa umschauen, sehen wir die Früchte des Friedens: neue Industrien, neue Bildungsstätten, neue Städte sind erstanden und alte wurden mit äußerster Sorgfalt und großem Optimismus wieder aufgebaut. Ein Lebensstandard und ein Bildungsstand wurden erreicht, die es vorher nie auf diesem Kontinent gegeben hat.

Zweifellos ist es logisch, daß die Länder Europas und jene, deren Schicksal mit Europa verbunden ist, einig sein müssen, unabhängig von ihrer Ideologie oder ihren Regierungsformen, mit dem Ziel der Sicherstellung und des Fortbestandes des Friedens, der dies ermöglicht hat. Aber die Logik war zu selten in der Geschichte ein bestimmender Faktor. Ich glaube, daß es bei dieser Gelegenheit am

Platze ist, wenn wir alle hier vertretenen Regierungen dazu beglückwünschen, daß sie sich an die Logik, oder, wenn Sie wollen, an die Weisheit gehalten haben, die darin bestand, zu einer Übereinkunft über Prinzipien und gemeinsame Interessen zu kommen, die die Dynamik des Friedens in Europa fördern wird, ein Zustand, den die Völker Europas nach Jahrhunderten von Konflikten sicherlich ersehnen.

Die Schlußakte reflektiert zwei breite Wahrheiten in diesem Zusammenhang, die meines Erachtens nach wie vor von großer Wichtigkeit sind: 1. daß der Frieden nicht sicher ist ohne ständige Bemühungen seitens aller betroffenen Länder und 2. daß der Frieden nicht allein durch militärisches Gleichgewicht gesichert werden kann. Diese Konferenz unterstreicht, daß Zusammenarbeit und Sicherheit eng miteinander verknüpft sind.

Die Schlußakte beschäftigt sich beispielsweise einsichtsvoll mit solchen unterschiedlichen Faktoren wie dem ökonomischen Austausch und der Achtung der Menschenrechte. Wir können uns vieler Fälle erinnern, da der Frieden mehr gefährdet wurde durch Mißachtung solcher Faktoren als durch militärische Drohungen oder Rivalitäten.

Wir sind uns alle der Tatsache bewußt, daß die Schlußakte kein Dokument ist, das für alle Regierungen gesetzlich bindend ist, das Vorsorge trifft für gewaltlose Mechanismen. Jedenfalls ist es ein realistischer Kompromiß, und ich glaube, daß das gegenwärtige Dokument dadurch an Stärke gewinnt, da es einen Konsensus widerspiegelt, der bereits bei verschiedenen anderen Abkommen erreicht wurde, die unterzeichnet wurden, um Spannungsursachen in Europa zu eliminieren oder zu reduzieren. Die einzige Garantie für seine Effektivität, außer dem Konsensus, der jetzt existiert, wird eine ständige Zunahme der Interessenübereinstimmung und des gegenseitigen Verstehens unter den Unterzeichnerstaaten sein.

Ich verstehe, daß die Teilnehmer dieser Konferenz gewöhnlich als Sozialisten oder Kapitalisten, als Neutrale oder Nichtpaktgebundene, als Mitglieder der NATO oder des Warschauer Pakts bezeichnet werden. Ich anerkenne die Bedeutung ihrer gemeinsamen Anwesenheit hier am heutigen Tag. Für mich sind sie jedenfalls zuerst und vor allem Mitglieder der Familie der Vereinten Nationen. Ich sage dies, um klarzumachen, daß die Prinzipien, für die die Vereinten Nationen eintreten, bewußt in die Schlußfolgerungen dieser Konferenz einbezogen wurden. Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen hat sicherlich einen gemeinsamen Standpunkt beim Erreichen vieler Dinge, mit denen sich die Konferenz beschäftigt hat, gefördert. Wir sollten dies als eine Bekräftigung der Grundprinzipien der Weltorganisation betrachten.

Ich glaube, daß die Unterzeichnerstaaten sehr klug gehandelt haben, indem sie die bestehenden Organe der Vereinten Nationen zur Förderung der Zusammenarbeit auf dem kulturellen und ökonomischen Gebiet, wie das in dem 2. und 3. „Korb" vorgesehen ist, stärker beachtet haben. Das System der Vereinten Nationen, besonders die Wirtschaftskommission für Europa und die UNESCO, sind zur Unterstützung bereit. Sie verfügen über erfahrene Mitarbeiter und eine fähige Leitung. Ich glaube, es ist auch wichtig, daß sie gestärkt werden durch die Teilnahme an solchen Projekten, wie sie im Schlußdokument vorgesehen sind.

Die Effektivität der Vereinten Nationen als Organisation ist in der Praxis entwickelt worden — und nicht nur in Europa. In der Tat, da hier verständlicherweise Europa im Mittelpunkt steht, sollten wir auch an die übrige Welt denken. Auch dort ist ungeachtet des Weiterbestehens von Situationen der Gewalt und von

Spannungen zum ersten Mal seit Menschengedenken Frieden im Sinne des Fehlens von organisierten bewaffneten Konflikten zwischen den Staaten eingezogen. Darüber können wir sehr zufrieden sein, aber innerhalb und zwischen einigen Regionen konnte noch keine Beilegung von bestehenden Konflikten erreicht und noch keine Basis für eine solche Zusammenarbeit entwickelt werden, die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bietet. Eine der Hauptaufgaben der Vereinten Nationen ist es, Lösungen für solche Konflikte zu finden und die Basis für eine solche Zusammenarbeit zu schaffen. Das sind dringende Erfordernisse. Das Resultat einer verbesserten Basis für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird den Mut fördern bei diesem großen Vorhaben. Ich möchte hinzufügen, in aller Offenheit, daß die Entspannung die Ergebnisse dieser Konferenz ermöglicht hat, der eine nahezu zwei Jahrzehnte währende Periode der Konfrontation vorausgegangen war. Ich glaube nicht, daß wir eine Periode der Konfrontation zwischen neuen Gruppierungen in der Welt, weder in politischen noch in ökonomischen Fragen, zulassen können. Ich hege die Hoffnung, daß alle Mitgliedsstaaten, dies bei den kommenden Sonder- und ordentlichen Sitzungen der Vollversammlung besonders beachten werden, wenn Wege für eine noch gerechtere ökonomische Ordnung in der sich rapide verändernden Welt gesucht werden.

Ebenso offen möchte ich erwähnen, daß die hier heute vertretenen Staaten, die sich über ein wichtiges Dokument als Basis für die Zusammenarbeit und Sicherheit geeinigt haben, nach wie vor für mehr als 80 Prozent der Militärausgaben der Welt verantwortlich zeichnen. Das beleuchtet nur allzu deutlich, was uns allen klar ist, daß nämlich der erfolgreiche Abschluß dieser Konferenz mehr ein Anfang denn ein Ende ist. Gegenseitige Reduzierung der Rüstungen erfordert gegenseitiges Vertrauen, und in dieser Beziehung ist in Europa ein guter Anfang gemacht worden. Doch die Beibehaltung der Rüstungsausgaben in ihrem gegenwärtigen oder höheren Umfang wird die Dauerhaftigkeit dieses Vertrauens unvermeidlich in Frage stellen und letzten Endes seine Existenz bedrohen. Darüber hinaus werden dadurch die Erwartungen der ganzen Welt zutiefst enttäuscht in bezug auf den globalen Nutzen, der von einer vergrößerten Basis der Zusammenarbeit unter den reichsten Ländern ausgehen kann. Aus all diesen Gründen dürfen wir nicht vergessen, daß die große Mehrheit der Weltbevölkerung nach wie vor in Armut und Not lebt. Wir müssen auf die anderen Konferenzen und Diskussionen, die bereits im Gange sind, in der dringenden Erwartung blicken, daß eine Reduzierung sowohl der nuklearen als auch der konventionellen Rüstungen jetzt eher möglich ist denn je zuvor.

Ich habe zur Kenntnis genommen, daß die Signatarstaaten im Schlußdokument bestätigen, daß im Falle eines Konflikts zwischen den Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen aus der UNO-Charta und ihren Verpflichtungen im Rahmen irgendeines anderen Vertrages oder eines anderen internationalen Abkommens ihre Verpflichtungen aus der Charta den Vorrang haben. So sollte das auch sein. Ich möchte jedoch meine Überzeugung betonen, daß es zwischen einem breiten regionalen Übereinkommen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit und Sicherheit zu vertiefen, und den ständigen Bemühungen der Vereinten Nationen keinen Konflikt geben darf. Im Gegenteil, jede derartige Übereinkunft kann in dem Maße, da sie erfolgreich ist, mit zur Grundlage eines dauerhaften Weltfriedens und eines besseren Wohlergehens werden, die ich als zentrale, als wichtigste Ziele der Vereinten Nationen ansehe.

Bevor ich schließe, möchte ich Präsident Kekkonen und dem Gastland meinen tiefen Dank aussprechen für ihren hervorragenden Beitrag zur Zusammenarbeit

und Sicherheit in Europa und auch für all ihre Bemühungen, damit dieses Treffen in Helsinki ermöglicht wurde. Die hier versammelten führenden Repräsentanten haben einen wichtigen Schritt in Richtung auf die Ziele der Charta der Vereinten Nationen unternommen. Wenn sie diesen Weg mit einem größeren gegenseitigen Vertrauen und einer größeren gegenseitigen Achtung weiter schreiten, wird diese Zusammenkunft von historischer Bedeutung sein, nicht nur für Europa, sondern auch — so hoffe ich — für die ganze Menschheit.

Harold Wilson, Premierminister des Vereinigten Königreichs

(Wortlaut)

Als erster Redner auf dieser Konferenz möchte ich in unser aller Namen der Hoffnung Ausdruck geben, daß in späteren Jahren die Bürger Europas und Nordamerikas beim Rückblick auf diese Zusammenkunft sie als einen Wendepunkt in unserer Geschichte, einen Wendepunkt nicht nur in dem, was wir hier zu erreichen hoffen, sondern auch in der Markierung der Entwicklungen betrachten, die unser Treffen möglich gemacht haben. Mit ihrem territorialen Umfang und ihrer Repräsentanz auf höchster Ebene fast sämtlicher Staaten, großen und kleinen, übertrifft sie jede frühere europäische Zusammenkunft so sehr, daß der legendäre Wiener Kongreß von 1814 und der Berliner Kongreß von 1878 wie elegante Teegesellschaften erscheinen.

In unser aller Namen möchte ich Präsident Kekkonen unseren Dank aussprechen für seine Begrüßungsworte, aber mehr noch für seine Gastfreundschaft und für die unermüdlichen Bemühungen seiner Regierung, den Erfolg unserer Zusammenkunft sicherzustellen. Ich möchte auch dem Generalsekretär der Vereinten Nationen für seine Ansprache danken. Denn diese Konferenz erfüllt einige der Ziele jener, die die Vereinten Nationen schufen. Erstens spiegelt die praktisch universelle europäische Repräsentanz selber die Universalität wider, die das Gütezeichen der Vereinten Nationen ist und die zu bewahren wir die Pflicht haben, unabhängig von den Spaltungen, vom Auf und Ab der Furcht, der Uneinigkeit, ja sogar Feindseligkeit und Übelwollen. Und um nichts weniger ist unsere jetzige Zusammenkunft europäischer und nordamerikanischer Nationen, dreißig Jahre nach der Proklamierung der Charta der Vereinten Nationen, von dem Zweck und den Grundsätzen inspiriert, die in dieser Charta niedergelegt sind.

Am Ende eines Krieges, in den alle Kontinente verwickelt waren, verpflichteten die Unterzeichner der Charta alle Staaten — ich zitiere —: „Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn friedlich zusammenzuleben und die Kräfte zu vereinigen zur Wahrung des Völkerfriedens und der internationalen Sicherheit".

Die Beschlüsse von vor dreißig Jahren werden nun in einen neuen Rahmen gestellt, indem wir die Unverletzlichkeit der Grenzen und das Prinzip bekräftigen, daß Grenzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, mit friedlichen Mitteln und durch Übereinkunft, verändert werden können. Wir sind im Geist der Entspannung zusammengekommen. Und nur weil dieser Geist die Vorarbeiten beseelt und inspiriert hat, ist unser Hiersein möglich geworden. Entspannung ist unteilbar, genauso wie letztlich Freiheit und der Frieden selbst unteilbar sind.

Wir sind hier als Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme, unterschiedlicher politischer Systeme zusammengekommen. Die hier vertretenen Nationen, eine jede für sich allein und über die machtvollen und tiefverwurzelten Bündnisse, in die viele von uns eingebunden sind, sind aufs äußerste entschlossen, nicht nur unsere Grenzen, sondern auch unser Recht zu verteidigen, unter dem politischen System zu leben, das eine jede für sich selbst gewählt hat. Die

Bewahrung der Integrität einer jeden von uns ist der Schlüssel zur Zukunft von uns allen. Entspannung ist nur durch diese beiderseitige Entschlossenheit möglich geworden. Entspannung wird nur durch ständige Wachsamkeit — Wachsamkeit gegründet auf Stärke, Wachsamkeit gegründet auf Solidarität — gewahrt werden können. Wir, die wir heute hier zusammengekommen sind, vertreten in vielen Fällen Nationen, die im verheerendsten Krieg der Geschichte Feinde waren. Für einige war dieser Krieg selber der Kulminationspunkt jahrhundertelanger kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten Nationen. Selbst nach dem Krieg standen sich einige der Nationen auf beiden Seiten des, wie Winston Churchill es genannt hat, Eisernen Vorhangs gegenüber, auf den gegnerischen Seiten des Kalten Kriegs.

Heute treffen wir uns auf der Basis der Koexistenz, einer Koexistenz, die, wir wir alle anerkennen müssen, auf der Wachsamkeit und Solidarität beruht, von der ich bereits sprach. Ich habe manchmal festgestellt, daß europäische Staatsmänner den Begriff friedliche Koexistenz nur ungern benutzten, da er von verschiedenen Staatsführern zu verschiedenen Zeiten verschieden definiert wurde. Ich habe keine solche Bedenken.

Als ich vor einigen Monaten Gast von Leonid Breschnew und Alexej Kossygin im Kreml war, zitierte ich die klugen Worte meines alten Chefs Clem Attlee, der gesagt hatte: „Die einzige Alternative zur Koexistenz ist gemeinsamer Untergang."

Mr. Breschnew wird, so hoffe ich, nichts dagegen einzuwenden haben, wenn ich die von ihm in diesem Zusammenhang gebrauchten Worte zitiere. Er sagte, daß die Führer seines Landes — ich zitiere — „voll entschlossen sind, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um nicht nur der internationalen Entspannung als solcher einen historisch unwiderruflichen Charakter zu verleihen, sondern auch einer echten Hinwendung zu einer langfristigen, fruchtbaren und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen auf der Basis der vollen Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung. Das ist es, was wir unter friedlicher Koexistenz verstehen".

Dreißig Jahre lang schienen die Unterschiede, die uns gespalten haben, größer zu sein als das uns gemeinsame europäische Erbe. Doch auf diesem Erbe baute diese Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf.

Zwei Jahre haben sich unsere diplomatischen Vertreter in Genf bemüht, die Mittel in Worte zu fassen, mit denen wir unsere Beziehungen auf neue und zivilisiertere Art wahrnehmen können, ausgehend von gegenseitiger Achtung, gegenseitigem Verständnis und gegenseitiger Toleranz. Ich behaupte nicht, daß schon allein die Dokumente, die wir zu billigen im Begriff sind, die Spannung und Unsicherheit verringern können, unter der die Völker ebenso wie die Regierungen Europas seit Kriegsende gestanden haben. Aber sie sind mehr als gute Absichten, mehr als ein Wunsch, unsere Beziehungen auf einen neuen Kurs zu setzen. Sie sind eine moralische Verpflichtung, die wir nur unter Gefahr für uns alle ignorieren können, und der Anfang eines neuen Kapitels in der europäischen Geschichte Europas. Zusammen mit den Völkern Nordamerikas und der Sowjetunion wollen wir die Vielfältigkeit der europäischen Zivilisation aufrechterhalten, aber ihren brudermörderischen Spaltungen ein Ende bereiten und ihr eine neue und bessere Zielrichtung geben.

Es ist angebracht, einige Worte über die politischen Entwicklungen zu sagen, die die Vorbereitung dieser Schlußakte ermöglichten. Voraufgegangen sind dieser

Konferenz die 1970 und 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und seinen östlichen Nachbarn geschlossenen Abkommen.

Uber ein Jahrhundert lang war die Geschichte Europas eng mit der Geschichte Deutschlands verknüpft. Seit dem Krieg war Berlin, was es auch heute noch ist und weiterhin sein wird, ein Prüfstein für den Stand der Beziehungen in Europa. Die Verträge, Abkommen und Regelungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, Polen, der Tschechoslowakei und den Vier Mächten in Deutschland haben viel zur Entspannung der Lage im Herzen Europas beigetragen. Wir spielten unsere volle Rolle in diesem Prozeß, und wir freuen uns über die Vorteile, die er gebracht hat. Diese Vorteile müssen nach Abschluß dieser Konferenz weiterverfolgt werden. Vorbehaltlich der Viermächte-Rechte und -Verantwortungen ist die Regierung des Vereinigten Königreichs der Ansicht, daß die aus dieser Konferenz resultierenden Dokumente auch Bezug auf Berlin haben.

Die Schlußakte dieser Konferenz ist kein Vertrag, auch keine Friedensregelung. Sie hat keinen Einfluß und kann keinen Einfluß haben auf den Status gegenwärtiger Grenzen. Sie hat keinerlei Einfluß und kann keinerlei Einfluß haben auf die Viermächte-Rechte und -Verantwortungen in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Aber sie enthält die klare Verpflichtung, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten. Innerhalb des Rahmens, den wir schaffen, kann es in Zukunft keine Entschuldigung mehr für einen Teilnehmerstaat geben, der versucht, einen anderen an der Ausübung seiner souveränen Rechte zu hindern oder sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen. An der Einlösung und Einhaltung dieser Versprechen werden unsere Völker, wird die Geschichte uns, uns alle, jeden einzelnen von uns, beurteilen.

Zwangsläufig muß sich in unseren Diskussionen und Entscheidungen hier die sehr gründliche Arbeit niederschlagen, die in bezug auf militärische Aspekte geleistet wurde: die vertrauenbildenden Maßnahmen, unsere bescheidenen Vorkehrungen für den Austausch von Beobachtern bei militärischen Manövern und zur vorherigen Ankündigung dieser Manöver, die bis jetzt geleistete, aber leider unvollständige Arbeit über die Ankündigung von militärischen Bewegungen. Hier können wir nur hoffen, daß es uns bei Wiederaufnahme der Diskussion im Jahre 1977 in Belgrad möglich sein wird, weitere Fortschritte zu erzielen.

Einige der hier vertretenen Regierungen bemühen sich um eine Einigung auf einem noch wichtigeren Gebiet militärischen Einvernehmens — dem der Truppenreduzierungen, die Gegenstand der Verhandlungen in Wien sind. Manche sagen, wenn erst einmal der neue politische Rahmen für unsere künftigen Beziehungen geschaffen sei, werde es leichter sein, Fortschritt bei der Verminderung des Ausmaßes militärischer Konfrontation und bei der Herbeiführung jener stabileren Beziehungen zu machen, auf die alle an den Wiener Verhandlungen Beteiligten festgelegt sind. Hoffen wir, daß dem so ist. Wir unsererseits sind entschlossen, die Wiener Verhandlungen zum Erfolg zu führen, und hoffen, daß die Energie, die in den erfolgreichen Abschluß von Genf gesteckt wurde, von allen Beteiligten in Wien jetzt gleichermaßen genutzt wird.

Unsere Arbeit hier wird nicht nur nach dem Geist des „Leben-und-Lebenlassens" beurteilt werden, den diese Konferenz verkörpert. Sie wird danach beurteilt werden, wie dieser Geist seinen Niederschlag findet im Leben gewöhnlicher Familien, an Fragen wie der Familienzusammenführung, der Heirat von Bürgern verschiedener Staaten, der vermehrten Reisemöglichkeiten, an professionellen Aus-

tauschen aller Art und an besseren Arbeitsbedingungen für unsere Journalisten und Geschäftsleute.

Entspannung besagt wenig, wenn sie sich nicht im Alltagsleben unserer Völker niederschlägt. Es gibt keinen Grund, warum es im Jahre 1975 Europäern nicht freistehen sollte, zu heiraten, wen sie wollen, zu hören und lesen, was sie wollen, und zusammenzusein, mit wem sie wollen. Diese These zu leugnen, ist ein Zeichen nicht der Stärke, sondern der Schwäche. Als Maßstab wird dienen, wieweit das, was wir getan haben, Wirklichkeit wird, und das wird auch eines der Themen für die Nachfolgekonferenz von 1977 sein, nicht weniger als Fragen wie die militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Regelungen. Von dieser Konferenz hier in Helsinki an werden diese Dinge zur ständigen Entspannungsagenda gehören.

Was wir also als neuen Kodex politischer und menschlicher Beziehungen innerhalb Europas festlegen, ist von Bedeutung für alle, die wir hier vertreten. Doch in einem weiteren Sinne gesehen: Was wir erreicht haben und nun konsolidieren werden, wird von der Geschichte nach dem Erfolg beurteilt werden, mit dem wir unsere Errungenschaft der übrigen Welt zugänglich machen. Viele von uns hier sind Mitglieder von Organisationen innerhalb Europas wie auch in einem sehr viel größeren Rahmen. In Europa haben wir die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, deren neun Mitgliederregierungen einen wesentlichen Beitrag zur Arbeit dieser Konferenz geleistet haben. Einige unserer Nachbarn wiederum gehören anderen Organisationen wie beispielsweise EFTA und COMECON an, die diese Woche hier stark vertreten sind. Doch in einem noch umfassenderen internationalen Rahmen betrachtet, gehören einige von uns hier zu den Gruppierungen blockfreier Staaten. Einige von uns sind Mitglieder des Commonwealth, das über 30 Nationen in allen Stadien wirtschaftlicher Entwicklung — von den reichsten bis zu den ärmsten — zählt; Nationen aller Kontinente, Nationen, deren Küsten von allen Weltmeeren umspült werden.

Unsere Errungenschaften verlieren als Beitrag zur Weltgeschichte an Wert, wenn das von uns hier Vereinbarte sich nicht auf das Leben von Nationen in allen Teilen der Welt bereichernd auswirkt.

In den Dokumenten, denen wir unsere Billigung gaben, haben wir einen begrenzten Schritt in Richtung wirtschaftliche Kooperation getan. Wir müssen enger zusammenarbeiten im Hinblick auf weltweite wirtschaftliche Kooperation. Das ist ganz besonders dringlich in einer Zeit, da Explosionen bei Ölpreisen und anderen unvermeidbaren Grundkosten die Wirtschaft der Welt erschüttert haben. Sie haben das Gefüge wirtschaftlich hochentwickelter Staaten erschüttert und einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit verursacht. In den Ländern jedoch, die seit Jahren am Rande des Hungers existieren, sind nicht allein Arbeitsplätze gefährdet, sondern das Leben Hunderttausender von Menschen. Unsere verschiedenen innereuropäischen Gruppierungen setzen sich mit diesen Problemen innerhalb ihrer eigenen Räume auseinander, und viele von uns sind auf der gemeinsamen Suche nach weltweiten Lösungen.

Ich bin stolz darauf, daß die Europäische Gemeinschaft in diesem Jahr ein internationales Programm in Gang brachte, das 46 Entwicklungsländern in Afrika, im Pazifik und in der Karibik zugute kommen soll, und daß sie jetzt eingehende Gespräche über Energie und Rohstoffragen führt. Ich möchte ganz Europa engagiert sehen, und zwar — soweit sich das verwirklichen läßt — mit einem gemeinsamen Interesse.

Die britische Initiative in der Rohstoffrage, die wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern helfen soll und auf der Commonwealth-Konferenz im Mai vorgetragen wurde, wird jetzt zusammen mit anderen Vorschlägen bei der Vorbereitung für die Sondersitzung der Vereinten Nationen im Herbst geprüft und soll nächstes Jahr auf der UNCTAD weiter erörtert werden.

Und auch in anderer Hinsicht sollte das, was wir durch die Arbeit der KSZE erzielt haben, nicht auf unseren Kontinent beschränkt bleiben. Beispielsweise hat es erfreuliche Fortschritte gegeben, was die Freizügigkeit von Einzelpersonen und Familien betrifft. Doch hoffe ich, daß das, worauf wir alle uns heute für Europa festgelegt haben, auch für jene in unseren Ländern gelten kann, die ein neues Leben außerhalb Europas beginnen möchten, ob in Nahost oder anderswo. Schließlich möchte ich, daß wir uns bemühen, die Konzeption der Entspannung in aller Welt zu propagieren. Wenn wir ehrlich sind, dann ist die Entspannung in Europa — eine Entspannung, die auf so staatsmännische Weise von den beiden größten Mächten der Welt erarbeitet wurde — durch die Anerkennung eines Gleichgewichts des Schreckens vor allem auf atomarem Gebiet zustande gekommen und davon abhängig. Die Entspannung, die wir verfechten, sollte mit einer nicht minder großen Entschlossenheit einhergehen, die Verbreitung nuklearen Terrors in der Welt zu verhindern.

Drei der hier vertretenen Nationen sind Mitverwahrer des Nonproliferationsvertrags. Die große Mehrheit der Länder hier ist dem Vertrag beigetreten und hat dadurch einen direkten Beitrag zur Schaffung einer sicheren Welt geleistet.

Jenen, die bislang dem Vertrag noch nicht beigetreten sind, möchte ich lediglich sagen, daß die Verbreitung von Kernwaffen unser aller Sicherheit gefährdet. Es geht nicht darum, daß der Besitz solcher Waffen irgendeinen Sonderstatus beinhaltet; er beinhaltet zweifelsohne gewaltige Verantwortungen.

Und es ist ganz gewiß die große Hoffnung aller hier anwesenden Atommächte, daß diese Last einmal durch multilaterale Verhandlungen über nukleare Abrüstung, bei denen natürlich eine Teilnahme Chinas wesentlich wäre, abgelegt werden kann. Diejenigen von uns, die diese Waffen besitzen bzw. die Fähigkeit haben, sie sich zu verschaffen, müssen eine besondere Verantwortung auf sich nehmen. Kernenergie für friedliche Zwecke wirft einige andersgeartete Fragen auf. Es ist eine andere, ja willkommene Proliferation, denn hier kann eine Erfindung, die dem Einfallsreichtum und den Ressourcen des Menschen zu verdanken ist, dazu eingesetzt werden, den Lebensstandard in allen Teilen der Welt zu verbessern. Doch selbst hier müssen wir alle unsere Fähigkeiten, alle unsere Vorsicht anwenden, um sicherzustellen, daß diese Art der Proliferation unsere Bemühungen um die Schaffung einer sichereren Welt nicht gefährdet oder die Gefahr in sich birgt, daß die Schwelle von der friedlichen zur kriegerischen Nutzung der Kernenergie überschritten wird. Ein universales System internationaler Sicherungen würde dazu beitragen, daß wir auf der richtigen Seite der Schwelle bleiben. Besondere Vorsicht müssen wir bei der Nutzung von Atomexplosionen zu friedlichen Zwecken walten lassen, und wir freuen uns, daß die internationale Atom energiebehörde für diese wichtige Frage kürzlich eine Beratergruppe eingesetzt hat.

Auf jenen unter uns, die in der Nukleartechnologie fortgeschritten sind, liegt die außerordentlich große Verantwortung, dafür zu sorgen, daß der Export von Nuklearmaterial und -technologie unter fairen und absolut wirksamen Absiche-

rungen erfolgt, damit eine anderweitige Verwendung zu vernichtenden Zwecken verhindert wird.

Wachsende Besorgnis in der Welt verursacht die Entwicklung von grauenvollen chemischen und biologischen Waffen. In dieser Frage ergriff die britische Regierung Ende der 60er Jahre auf der Genfer Abrüstungskonferenz die Initiative. Wir freuen uns, daß die Konvention über biologische Waffen, die jene Initiative zur Folge hatte, im März dieses Jahres in Kraft trat. Bei chemischen Waffen konnten jedoch aufgrund des ernsten und immer noch schwer lösbaren Problems der Verifizierung erst sehr wenige Fortschritte erzielt werden. Es ist unerläßlich, daß jede Vereinbarung, die getroffen werden kann, absoluten Schutz vor Umgehungen bietet. Soviel ich weiß, wurde bei den sowjetisch-amerikanischen Gesprächen in Moskau vor einem Jahr eine gemeinsame Initiative dieser Länder in Aussicht genommen, und ich habe dies begrüßt.

Im weiteren Rahmen der Abrüstung besteht beträchtliche Unterstützung für eine Weltabrüstungskonferenz. Diese könnte ein Forum schaffen, das dazu beitragen könnte, die ins Stocken geratenen Fortschritte, die bisher erzielt wurden, zu beschleunigen. Doch die Voraussetzung für eine derartige Konferenz ist — und ich betone das —, daß sie allumfassend ist, d. h. daß alle Atommächte daran teilnehmen und daß eine gründliche und angemessene Vorbereitung durch die bestehende internationale Maschinerie erfolgt, die dem Zweck entsprechend verstärkt wird.

Entspannung, Leben-und-Lebenlassen, die Anerkennung des Grundsatzes, daß tiefgreifende politische und ideologische Unterschiede nicht bedeuten, daß wir im Krieg oder selbst in Feindschaft miteinander leben müssen — sie stehen im Mittelpunkt all unserer Hoffnungen für die Zukunft Europas. Wir alle haben die Pflicht, diesen gleichen Geist in den Vereinten Nationen zu proklamieren und in weltweiten Diskussionen über Fragen, die nicht nur Nationen spalten, sondern auch den Frieden in der Welt gefährden. Beispielsweise der Nahe Osten, die Spaltungen nach Rassen und Hautfarben in Afrika, die nachkolonialen Spannungen in verschiedenen Teilen der Welt. Was also erhoffen wir von der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa? Mehr noch, was soll die Geschichte als unsere Leistung bewerten?

— Ein Europa, in dem die Menschen Duldsamkeit üben, als gute Nachbarn friedlich zusammenleben und ihre Kräfte vereinigen zur Wahrung des Völkerfriedens und der internationalen Sicherheit;

— öffentlich verkündete und öffentlich eingelöste Versprechen, die in zwei Jahren in Belgrad überprüft, entwickelt und weiter ausgebaut werden;

— insbesondere die Erklärung, in allen unseren Weltbeziehungen, daß das, was wir zusammen hier als gut für uns erachtet haben, gut für die Welt ist. Dies jedoch nicht nur in Worten zu erklären, sondern es auch zu verwirklichen unter Einsatz der Fähigkeiten, des Einflusses, der Macht und der Staatskunst der hier heute versammelten Nationen.

Konstantin Karamanlis, Premierminister der Republik Griechenland

(Zusammenfassung)

„Die bis zum heutigen Tag gemachten Anstrengungen spiegeln den Wunsch unserer Völker wider, zu leben und ihre wirtschaftlichen und sozialen Strukturen unter Friedens- und Zusammenarbeitsbedingungen zu entwickeln. Die Grundsätze, die durch den Schlußakt sanktioniert werden, entsprechen diesem Wunsch.

Die Völker unserer Länder, die das Unrecht in internationalen Beziehungen streng ablehnen, hätten jedoch tiefere Genugtuung empfunden, wenn — parallel zu der Formulierung der zehn Grundprinzipien — der Schlußtext auch geeignete Sanktionen im Fall von Verstößen vorsähe. Ich glaube nicht, daß dies ein utopischer Wachtraum ist. Es ist durchaus realistisch, der Straflosigkeit, die im internationalen Leben vorherrscht, ins Auge zu sehen. Die jeweiligen Gesetze, die das Leben eines Staates regeln, wären bedeutungslos, gäbe es keine Sanktionen. Ebenso würden die international geltenden Regeln tote Buchstaben bleiben, wenn sie nicht Sanktionen vorsehen würden gegen Zuwiderhandelnde. Dies ist die Schwäche, die sich als die Achillesferse der Vereinten Nationen erwies.

Diese Feststellungen führen uns zu der Schlußfolgerung, daß politisches Denken und politischer Wille nicht Schritt gehalten haben mit der Komplexität der Probleme, mit denen die Menschheit konfrontiert wird. Man könnte sehr wohl sagen, daß das politische Denken der Menschen — im Gegensatz zu dem enormen wissenschaftlichen und technischen Fortschritt — seit Jahrhunderten stagniert. Tatsächlich unterscheiden sich die Vereinbarungen unserer Tage nicht sehr von denen, die zu Zeiten der Pharaonen getroffen wurden.

Wir stoßen noch immer auf die gleiche Art nationaler und internationaler Probleme, wie wir sie auch bei Plato und Thukydides nachlesen können.

Es ist daher klar, daß wir unsere Probleme in einem neuen Geist und mit neuen Methoden angehen müssen, um das Schicksal der Menschheit zu ändern. Es besteht kein Zweifel, meine Herren, daß kein Volk auf Erden Krieg wünscht, und doch sind wir gezwungen, stets nach Mitteln zur Sicherung des Friedens zu suchen, während wir gleichzeitig wahnwitzige Aufrüstungen betreiben. Die enormen Geldbeträge, die in militärische Ausgaben gesteckt werden, überschreiten bei weitem jene, die für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der ganzen Welt bestimmt sind."

Der Premierminister führte dann weiter aus:

„Natürlich sind die meisten der grundlegenden Prinzipien, die durch die Konferenz angenommen wurden, bereits von den Vereinten Nationen sanktioniert worden. Es ist nichtsdestoweniger klar, daß die von der Konferenz solchen Grundsätzen beigemessene Bedeutung, wie der „Nichtanwendung oder Androhung von Gewalt", der „souveränen Gleichheit", der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten", der „Unverletzlichkeit der Grenzen", diese Grundsätze mit einer neuen Dimension im europäischen Raum ausstattet, wo zwei Weltkriege in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts ausgebrochen sind, und wo noch immer zwei entgegengesetzte politische und militärische Blöcke bestehen.

Es ist beachtenswert, daß die zehn Grundsätze so abgefaßt sind, daß sie einer Vielzahl von Möglichkeiten und sehr komplexen Situationen gerecht werden. Sie sind klar, aber auch flexibel und ermöglichen auch Alternativ-Lösungen. Ein Beispiel dafür ist das Prinzip der „Unverletzlichkeit der Grenzen". In dieser Hinsicht schließt der Schlußtext nicht nur die Anwendung von Gewalt aus, sondern er sieht auch ein Gegenmittel für ungerechte Situationen vor. Die Hinzufügung eines Satzes zu dem Wortlaut des Grundsatzes über die „souveräne Gleichheit" ermöglicht die Änderung von Grenzen mit friedlichen Mitteln, durch Abkommen in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht.

Natürlich liegt der Wert der zehn Grundsätze — wie bei jedem internationalen Abkommen — nicht allein im Wortlaut des Textes, sondern vielmehr in der Aufrichtigkeit der Parteien gegenüber dem Abkommen und in ihrer Überzeugung, daß die Anwendung notwendig ist. Sie verstehen daher, meine Herren, die Ent-

täuschung Griechenlands als — genau vor einem Jahr und sogar während der Arbeit der Konferenz — die Invasion auf Zypern begann. Die Truppen eines Mitglieds der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa überfielen das Gebiet eines anderen Mitgliedstaates. So wurden wir alle vorab Zeugen einer totalen Verletzung der zehn Grundsätze, die von den Fachleuten der Konferenz mit so viel Erwartungen ausgearbeitet wurden. Dieser Umstand stellte Griechenland — aber auch die Konferenz als Ganzes — vor ein grundlegendes Problem: Wie konnte Griechenland weiterhin an der Arbeit der Konferenz teilnehmen, während gegen die Republik Zypern Gewalt angewendet wurde? Und wie wäre es unter diesen Umständen möglich, die Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit der Konferenz zu wahren?

Fast alle Mitglieder der Konferenz stimmten darin überein, daß die Ereignisse auf Zypern die Glaubwürdigkeit und die Ernsthaftigkeit ihrer Arbeit in Frage stellten. Um in der Lage zu sein, ihre Beratungen so fortzuführen, daß ihr Prestige erhalten bliebe, mußte die Konferenz diesen Ereignissen Rechnung tragen und Vorkehrungen treffen für die Anwendung der Prinzipien, die durch die Invasion auf Zypern a priori eklatant verletzt wurden. Dieses allgemeine Empfinden, das während einer Sitzung des Koordinationsausschusses am 19. September 1974 verschiedentlich zum Ausdruck gebracht wurde, zwang Griechenland moralisch, an der Arbeit der Konferenz weiterhin aktiv teilzunehmen unter dem Vorbehalt, daß es seine Zustimmung zum Schlußakt vom Verlauf der Konferenz abhängig mache. Wir haben jetzt die Schlußphase unserer Arbeit erreicht, und wir schicken uns an, die Schlußtexte feierlich zu unterzeichnen. Aber die Lage auf Zypern ist unverändert. Die Verletzung der Grundsätze, die wir im Begriff sind, anzuwenden, hält an. Trotzdem hat Griechenland beschlossen, sich der dritten Phase nicht zu widersetzen, in der festen Überzeugung, daß es damit einer umfassenderen, übernationalen Sache dient, und in der Hoffnung, daß die Schuldigen sich an den Schlußtext halten und auf Zypern die Gerechtigkeit wieder einsetzen werden. Dies würde natürlich auch entscheidend dazu beitragen, die griechisch-türkische Freundschaft und Zusammenarbeit wiederherzustellen, an deren Notwendigkeit Griechenland aufrichtig glaubt.

Wenn, trotz unserer Hoffnung, die Grundsätze der Konferenz auf Zypern keine Anwendung finden, werden sie einen nicht wieder gutzumachenden Schaden erleiden. Es würde in der Tat absurd sein, Vereinbarungen über die Sicherheit in Europa zu unterzeichnen und gleichzeitig einen Zustand der Ungerechtigkeit aufrechtzuerhalten, der eine Bedrohung des Friedens in diesem neuralgischen Gebiet des Mittelmeerraumes darstellt.

Doch, ungeachtet der Schwäche, auf die ich hingewiesen habe, wäre es unrecht, die Nützlichkeit der von der Konferenz geleisteten Arbeit zu unterschätzen. Als ein Mittelmeerland begrüßt Griechenland mit besonderer Genugtuung die Gelegenheit, die anderen Mittelmeerstaaten gegeben ist, die Nicht-Mitglieder der Konferenz sind, gehört zu werden."

Abschließend erklärte Karamanlis:

„Schließlich glaube ich, daß der angenommene Text für die Weiterführung der Konferenz realistisch ist. Ich bin aber überzeugt, daß unser bester Wegweiser für die Zukunft die Verbindung der gewonnenen Erfahrung mit dem Mut zur Schaffung praktischer Voraussetzungen sein wird. Voraussetzungen, die das internationale Leben in eine legale Ordnung verwandeln werden."

Geir Hallgrimsson, Ministerpräsident der Republik Island

(Zusammenfassung)

„Obwohl die gegenwärtige Zusammenkunft die Schlußphase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa darstellt, ist sie in Wahrheit mehr ein Anfang als ein Ende", erklärte Geir Hallgrimsson zu Beginn seiner Ausführungen. Die Konferenz sei ein Beginn neuer Anstrengungen, um die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten, den USA und Kanada zu festigen. Sie habe bewiesen, daß es möglich sei, sich über komplizierte Probleme zu einigen. Jedoch sei nach Meinung der isländischen Delegation der Wortlaut der Dokumente in manchen Teilen so, daß der Kompromißcharakter mehr als wünschenswert zum Ausdruck komme.

Der isländische Premierminister erinnerte an die Ausführungen des Vertreters seines Landes während der ersten Konferenzphase, in denen dieser hervorgehoben hatte, „daß es zweifellos die gemeinsame Sicherheit stärken würde, wenn wir uns im Laufe der Konferenz über gewisse Grundprinzipien einigen könnten, die von uns allen in unseren künftigen Beziehungen zu achten sind". Man solle sich, so sei damals festgestellt worden, auf die Prinzipien der UNO stützen. „Ich hoffe", sagte Geir Hallgrimsson, „es kann jetzt bestätigt werden, daß die vor uns liegenden Schlußfolgerungen voll mit diesen Auffassungen in Einklang stehen. Wir haben uns darüber geeinigt, wie unsere Beziehungen unabhängig vom politischen System in jedem einzelnen Lande gestaltet werden sollen." Obwohl seiner Meinung nach rechtlich nicht bindend, stellten die zu unterzeichnenden Texte doch unleugbar einen wichtigen Schritt dar. „Hoffen wir daher, daß unsere Dokumente mit geringstmöglicher Verzögerung in die Praxis umgesetzt werden."

Auf die vertrauensfördernden Maßnahmen eingehend, brachte der Redner die Hoffnung zum Ausdruck, daß es bei den Gesprächen über Truppen- und Rüstungsverminderungen in Mitteleuropa zu realistischen Maßnahmen kommen werde, die allen Staaten mehr Sicherheit geben würden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sagte der Redner: „Es sollte unser gemeinsames Ziel sein, die Unabhängigkeit aller Staaten zu schützen, ganz gleich, wie klein sie auch sein mögen."

Die speziellen Probleme Islands behandelnd, das stark vom Außenhandel und Fischfang abhängig ist, meinte Hallgrimsson: „Der Wohlstand unserer Völker ist voneinander abhängig. Der Fortschritt des einen Volkes hängt vom Wohlergehen des anderen ab." Daher begrüße Island die Beschlüsse der Konferenz über verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil. „Methoden des wirtschaftlichen Drucks können in keiner Weise gerechtfertigt werden, genausowenig wie die Ausübung von Druck und Gewalt auf anderen Gebieten." In diesem Zusammenhang erläuterte der Premier die isländischen Beweggründe für die Erweiterung der Fischereihoheitszone des Landes auf 200 Seemeilen.

Zum Abschluß seiner Rede sagte Ministerpräsident Hallgrimsson: „Die Isländer wollen mit allen Völkern in Frieden leben. Sie wollen, daß freundschaftliche Zusammenarbeit herrscht und Interessenkonflikte mit Vernunft und gutem Willen gelöst werden. Die Völker unserer Länder erwarten mit Recht, daß gute Absichten in Taten umgesetzt werden."

Pierre Elliot Trudeau, Premierminister Kanadas

(Zusammenfassung)

Der kanadische Premierminister Pierre Trudeau unterstrich, daß den langen Weg von Helsinki über Genf und zurück nach der finnischen Hauptstadt eine Reihe von Meilensteinen kennzeichnen. „Wir haben der Welt ein Beispiel gegeben, wie Übereinstimmung erreicht werden kann", sagte der Premier. Die Teilnehmer an den Beratungen hätten den Faktor des Austauschs in den internationalen Beziehungen akzeptiert.

Trudeau erklärte weiter, nunmehr komme es darauf an, den von der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beschrittenen Weg weiterzuverfolgen. „Sollten wir dies tun, so werden wir den Interessen aller Völker in Frieden und Stabilität dienen", betonte der Premierminister. So gelte es Energien einzusetzen u. a. für die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen.

Trudeau betonte, die Anstrengungen, die zur Herbeiführung einer Einigung über die Schlußakte der europäischen Sicherheitskonferenz notwendig waren, seien beträchtlich gewesen. In einigen Etappen der Verhandlungen schienen die Schwierigkeiten überwältigend und die Fortschritte so langsam zu sein, daß die teilnehmenden Staaten Grund gehabt hätten zu glauben, auf ihren Schultern das Gewicht der ganzen Welt zu tragen. Die Geschichte habe immerhin gezeigt, daß allzuoft Streit und Meinungsverschiedenheiten in Europa sich auf andere Gebiete ausgewirkt haben.

Kanada habe sich mit vollem Einsatz an der Arbeit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beteiligt, sagte Trudeau. Sein Land sei auch bereit, sich mit der gleichen Intensität an den Aktivitäten zu beteiligen, die der Konferenz folgen. Obwohl von Europa durch die Breite eines Ozeans getrennt, seien sich die Kanadier zutiefst bewußt, daß die Geschicke dieses Kontinents auch die historische Entwicklung ihres Landes beeinflußt haben, ebenso wie es Ereignisse in der Zukunft tun würden. Jeder Rückschlag in den Bemühungen um europäische Sicherheit würde einschneidende Konsequenzen für Kanada mit sich bringen. „Deshalb waren wir Teilnehmer dieser Konferenz, von der wir einen neuen europäischen Geist von Vertrauen und Zusammenarbeit ausgehen sehen", hob der kanadische Premier abschließend hervor.

Todor Shiwkow, Erster Sekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien

(Zusammenfassung)

„Der Weg, den wir bis zu unserer heutigen Zusammenkunft in Helsinki zurückgelegt haben, war lang und schwer", sagte Todor Shiwkow. „Dieser Weg führte durch die Brandstätten des Zweiten Weltkrieges, durch die Sümpfe des ‚kalten Krieges', über Berge von Mißtrauen und Feindschaft. Es war kein ebener Weg auch in diesem seinem Abschnitt, der mit der Vorbereitung der Konferenz begann. Aber nüchterner Verstand und politischer Realismus haben uns geholfen, die Hindernisse zu überwinden und dieses Treffen zu verwirklichen, das von der edlen Idee des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den Völkern erhellt wird."

Zum erstenmal auf dem europäischen Kontinent suchten und fänden so viele Staaten unterschiedlicher sozialer Systeme gemeinsam Lösungen für Probleme,

für die sowohl die Theorie als auch die Praxis der internationalen Beziehungen kein fertiges Modell zu bieten haben. Es handelt sich um eine neue Erfahrung, die auch in Zukunft von Nutzen sein werde. Die Konferenz sei „ein handfestes Zeugnis für die im internationalen Leben eingetretenen Veränderungen, ein Zeugnis für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung."

Das Kernstück der Schlußakte, so betonte Todor Shiwkow, sei „die Deklaration über die Prinzipien, auf welchen wir übereinkommen, unsere gegenseitigen Beziehungen zu entwickeln — Beziehungen des Friedens und der Stabilität, der Zusammenarbeit und Freundschaft, der Achtung und des Vertrauens. Diese Prinzipien sind die Verkörperung des gemeinsamen Strebens unserer Völker, die gegenwärtigen und zukünftigen Generationen vor den Greueln des Krieges zu bewahren, ihnen ein friedliches und glückliches Leben zu sichern. Darin besteht ihre gewaltige Einwirkungskraft, ihre politische und moralisch-ethische Bedeutung.

In unserer Zeit, in der in Europa und in der Welt Staaten unterschiedlicher gesellschaftlich-politischer Systeme koexistieren, gewinnen die von uns akzeptierten Prinzipien über die Unverletzbarkeit der Grenzen, die Unantastbarkeit der territorialen Ganzheit, den Verzicht auf Gewaltanwendung oder auf Androhung von Gewalt, das Recht jedes Volkes, allein seine sozialökonomische Gesellschaftsordnung zu wählen und zu entwickeln, erstrangige Bedeutung."

Die Volksrepublik Bulgarien messe auch jenem Teil des Abschlußdokuments große Bedeutung bei, der den Problemen der internationalen Zusammenarbeit gewidmet ist. „Die Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit ist ein objektiver Prozeß, den man allerdings beschleunigen oder verlangsamen kann. Die Beschlüsse der Konferenz schaffen Voraussetzungen zur Beseitigung der Schranken und Diskriminierungen auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen, zur Stimulation der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ökonomik, Wissenschaft, Technik und des Umweltschutzes, zur rationelleren und gerechteren internationalen Arbeitsteilung."

Eine der entscheidenden Richtungen der zukünftigen Arbeit werde in der Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische bestehen. Weitere Schritte könnten Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens, die Erarbeitung eines Abkommens zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Zentraleuropa, die allmähliche Überwindung der Spaltung Europas in Militärblocks sein. Todor Shiwkow sprach die Überzeugung aus, daß „die Ergebnisse unserer Konferenz bedeutend zur Lösung der großen Weltprobleme beitragen werden, von welchen ich nur die Überwindung der Krise im Nahen Osten und in Zypern, die Schaffung eines Systems für kollektive Sicherheit in Asien, die allgemeine und vollständige Abrüstung erwähnen möchte."

Erich Honecker, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

(Wortlaut)

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Die Deutsche Demokratische Republik empfindet Genugtuung und Befriedigung über den erfolgreichen Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die vereinbarten Dokumente finden unsere volle Zustimmung.

Es ist von tiefer Symbolik, daß die erste Konferenz der europäischen Staaten sowie der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanadas im 30. Jahr der Befreiung der Völker Europas vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion und die anderen Staaten der Anti-Hitler-Koalition stattfindet. Mit ihren Ergebnissen trägt die Konferenz dazu bei, das Vermächtnis jener Millionen Söhne und Töchter so vieler Völker zu erfüllen, die heldenmütig gegen die Barbarei des Faschismus gekämpft haben. Sie legten den Grundstein für ein sicheres und friedliches Europa.

Die gesamteuropäische Staatenkonferenz ist in der wechselvollen Geschichte des europäischen Kontinents ohne Beispiel. Ihr Abschluß ist ein Erfolg der Sache des Friedens, ein Sieg des politischen Realismus und der Vernunft. Erneut erweist sich: Zur Politik der friedlichen Koexistenz gibt es keine Alternative.

Das in Helsinki versammelte Staatenforum bekräftigt die Wende vom „kalten Krieg" zur Entspannung in Europa. Zum erstenmal wird auf unserem Kontinent entsprechend dem Völkerrecht mit den Dokumenten dieser Konferenz gleichsam ein Kodex der Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung von allen Teilnehmerstaaten vereinbart und durch die Unterschrift ihrer höchsten Repräsentanten feierlich besiegelt. Nunmehr sind jene wesentlichen Probleme gelöst, die in der Nachkriegsperiode die Beziehungen zwischen den Staaten belastet haben.

Vor einem Jahrzehnt unterbreiteten die Staaten des Warschauer Vertrages die Idee, eine europäische Sicherheitskonferenz einzuberufen. Heute ist diese Idee zur gemeinsamen Sache der europäischen Völker, aller Teilnehmerstaaten, zu einem Werk von geschichtlicher Bedeutung geworden. Gefördert wurde diese Entwicklung durch das Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU, mit dem neue Horizonte gewiesen wurden. Das bilaterale Vertragswerk zwischen einzelnen Staaten ebnete den Weg zur multilateralen Regelung gesamteuropäischer Probleme und schuf dafür eine kollektive völkerrechtliche Grundlage. Die Fortschritte sind unverkennbar und zum Nutzen aller.

Als untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Gemeinschaft hat die Deutsche Demokratische Republik das europäische Vertragswerk mitgestaltet und damit zum erfolgreichen Verlauf der Sicherheitskonferenz beigetragen. Dabei hat die Deutsche Demokratische Republik in jeder Phase dieses nicht ohne Widersprüche verlaufenen Prozesses unter Beweis gestellt, daß ihr Handeln vom Interesse an Frieden und Entspannung geprägt ist und daß sie als ein stabilisierender Faktor für den Frieden in Europa wirkt.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Mit Genugtuung können wir feststellen, daß der Inhalt der Dokumente der Konferenz mit den grundlegenden Interessen und außenpolitischen Zielen der Deutschen Demokratischen Republik übereinstimmt. Frieden und Sicherheit entsprechen zutiefst dem Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Eingedenk der bitteren Erfahrungen zweier verheerender Weltkriege, die von deutschem Boden ihren Ausgang nahmen, sieht die Deutsche Demokratische Republik ihre besondere Verpflichtung darin, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, im Zentrum Europas Frieden und Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten. Deshalb heißt es in unserer Verfassung: „Die Deutsche Demokratische Republik betreibt eine dem Sozialismus und dem Frieden, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik." Dies bestimmt auch unsere Haltung zu den eingegangenen Verträgen und Vereinbarungen. Wir treten für ihre strikte Einhaltung und volle Anwendung nach Treu und Glauben ein.

Als sozialistischer Staat im Herzen Europas an der Nahtstelle der mächtigsten Bündnissysteme unserer Zeit mißt die Deutsche Demokratische Republik der Sicherheit vorrangige Bedeutung bei. Nur wenn die Sicherheit und die Souveränität der Staaten garantiert sind, ist eine fruchtbare, gedeihliche und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit möglich. In Anbetracht der historischen Lehren und der aktuellen Erfordernisse der europäischen Politik ist die Achtung und Anerkennung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen das Entscheidende. Die Sicherheit der europäischen Staaten war und ist vor allem die Sicherheit ihrer Grenzen. Die furchtbaren Kriege, die in diesem Jahrhundert unseren Kontinent verwüsteten, waren das Resultat einer Politik, die — unter welchem Vorwand auch immer — die Verletzung der bestehenden Grenzen, die Mißachtung der Souveränität und territorialen Integrität anderer Staaten zum Ausgangspunkt hatte.

Die Anerkennung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen bleibt der Prüfstein dafür, ob eine Politik wirklich dem Frieden und somit den Interessen der Menschen dient.

In der uneingeschränkten Anwendung dieser Prinzipien der Sicherheit sehen wir die Grundvoraussetzung für die Entwicklung einer gleichberechtigten, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit. Sicherheit ist die stabile Grundlage für die Zusammenarbeit. Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit, mit allen Staaten auf ökonomischem, wissenschaftlich-technischem Gebiet, in den Bereichen der Bildung, der Kultur und des Sports friedlich zusammenzuarbeiten.

Mit Sorge sehen wir, daß die militärische Entspannung hinter der fortschreitenden politischen Entspannung zurückbleibt. Die Fortsetzung des Wettrüstens könnte die so schwer errungenen Ergebnisse der politischen Entspannung gefährden. Die Deutsche Demokratische Republik ist der Auffassung, daß auch auf dem Gebiet der Abrüstung und der Rüstungsbegrenzung entschlossene und effektive Maßnahmen vereinbart werden müssen, die den Interessen aller entsprechen und keinem der Beteiligten einseitige Vorteile verschaffen dürfen. Wir sind und bleiben bereit, daran aktiv und konstruktiv mitzuarbeiten.

Der historische Wert und die Gültigkeit der Konferenzergebnisse wird von den Völkern daran gemessen, wie sie in der Praxis der Beziehungen zwischen den Staaten mit Leben erfüllt werden. Dies wird nicht das Werk einiger Tage, sondern einer ständigen, beharrlichen Arbeit sein. Uns ermutigt dabei, daß diese Konferenz selbst Beispiel für die vielfältigen Möglichkeiten ist, komplizierte internationale Fragen im gegenseitigen Interesse zu lösen. Wir übersehen auch nicht die Hindernisse, die der Entspannung noch in den Weg gestellt werden und die es mit Mut zur Sache, mit Entschiedenheit zu überwinden gilt, damit die erreichten Ergebnisse gefestigt und ausgebaut werden können.

Helsinki ist kein Schlußpunkt, sondern der Auftakt zu neuen Initiativen. Unser Ziel ist, für immer Aggression und Krieg aus dem Leben der europäischen Völker und Staaten zu verbannen. Der Weg dahin führt über die Fortsetzung der Entspannung, über die weitere Arbeit an einem stabilen Fundament der kollektiven Sicherheit in Europa. Die Anwesenheit und die Ausführungen des Herrn Generalsekretärs der Vereinten Nationen unterstreichen die weltweite Bedeutung der Konferenz, deren Beschlüsse der Charta der Vereinten Nationen entsprechen. Die Ergebnisse der Konferenz schaffen gute Grundlagen für unser höchstes Ziel: die Verwandlung Europas in einen Kontinent dauerhaften Friedens. Ein solches Europa könnte ein Beispiel für andere Regionen der Welt geben und neue Impulse auslösen, um bestehende Spannungsherde einzudämmen und Konflikte

friedlich zu lösen. Europa als Kontinent des Friedens — das ist ein wichtiges Unterpfand des Weltfriedens.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir abschließend, der Republik Finnland, ihrem Herrn Präsidenten und ihrer Regierung unseren tief empfundenen Dank auszusprechen für die Gastfreundschaft und für ihr unermüdliches Wirken bei der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Mein Dank gilt zugleich der Schweizerischen Eidgenossenschaft, den Botschaftern, den diplomatischen und technischen Mitarbeitern der Teilnehmerstaaten, die in nicht geringem Maße zum erfolgreichen Verlauf aller Phasen der Sicherheitskonferenz beigetragen haben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Aldo Moro, Ministerpräsident der Republik Italien

(Zusammenfassung)

„Die italienische Regierung begrüßt mit Genugtuung die letzte Phase dieser Konferenz, die fast zwei Jahre lang die Vertretungen der verschiedenen Länder in einer ständigen angestrengten, manchmal schwierigen Arbeit zusammengeführt hat, die jedoch immer von der gemeinsamen Suche nach Lösungen und dem gemeinsamen Bewußtsein der Verantwortung getragen war", sagte der Redner. Es sei das erste Mal, daß 33 europäische und zwei nordamerikanische Staaten zusammengetroffen sind mit dem Ziel, die Grundlagen ihrer gemeinsamen Beziehungen zu formulieren und ihre Zusammenarbeit nach Maßgabe des Möglichen auf allen Gebieten zu erweitern. Der Wunsch nach Frieden, das Eintreten gegen jede Bedrohung der Sicherheit und der Wille zur Zusammenarbeit seien allen Teilnehmerstaaten gemeinsam.

Italien habe immer die Auffassung vertreten, daß es notwendig ist, der schrittweisen und nicht immer leichten Entwicklung der internationalen Beziehungen einen neuen Inhalt und mehr Substanz zu geben. Die Konferenz sei ein Fortschritt auf dem Weg der Entspannung, der schon durch verschiedene bilaterale Initiativen beschritten worden sei. „Die Schlußakte, die wir unterschreiben werden, ist nicht nur ein juristisches Dokument. Es bestätigt die territoriale Lage in Europa und zeigt die Perspektive der Zusammenarbeit, und es wird auch unserer Meinung nach ein Schritt auf dem Weg in die Zukunft sein."

Es sei gelungen, eine gewisse Zahl für alle gültiger fundamentaler Prinzipien des internationalen Lebens festzulegen, ihre Achtung und strikte Anwendung sei die Voraussetzung dafür, daß sich die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten harmonisch auf einer rechtlichen und dauerhaften Grundlage entwickeln können. In zwei Jahren werde man in Belgrad feststellen, wie jede Regierung ihre Verpflichtung erfüllt hat, zu einer echten Verbesserung der internationalen Beziehungen beizutragen.

Die Dokumente haben eine enge Verbindung zwischen Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und auch im Mittelmeerraum geschaffen, betonte der italienische Ministerpräsident. Ausführlich erläuterte er dann, daß er die Schlußakte nicht nur als Repräsentant seines Landes, sondern zugleich auch als gegenwärtiger Präsident des Rates der EWG unterzeichnen werde. Er betonte, daß auch die EWG die Ziele der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterstützt.

Es solle das gemeinsame Ziel aller Beteiligten sein, die Erwartungen nicht zu enttäuschen, auf die Herausforderungen unseres Zeitalters zu antworten — im Geist der Realität, der Gerechtigkeit, des Friedens, der Verständigung, der Loyalität. Die Konferenz müsse ihre guten Einflüsse ausüben, ungeachtet der politischen und sozialen Unterschiede zwischen den Staaten. Die Verschiedenheit der Meinungen und der Erfahrungen, die während der Arbeit der Konferenz zum Ausdruck gekommen sei, dürfe kein Grund zur Trennung sein, sondern vielmehr ein Beitrag der beteiligten Staaten zum Fortschritt der Menschheit.

Bundespräsident Pierre Graber, Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements

(Auszüge)

...

Im Unterschied zu gewissen diplomatischen Kongressen der Vergangenheit wurde die KSZE so vorbereitet, einberufen, durchgeführt und hat in einer Art und Weise beraten und ihre Beschlüsse gefaßt, daß sie heute ihre Arbeiten auf der Grundlage der souveränen Gleichheit der Teilnehmerstaaten abschließen kann. Dieses Prinzip hat seinen augenfälligen Ausdruck in der Praxis der Konsensus gefunden. Dieses System hat die Diskussionen in Genf zwar nicht erleichtert, doch hatte es den großen Vorteil, daß die Delegationen aller Länder, ob groß oder klein, die Möglichkeit hatten, ihre Standpunkte frei zu vertreten und aktiv an der Ausarbeitung eines gemeinsamen politischen Dokuments teilzunehmen. Es handelt sich dabei unserer Ansicht nach um ein völlig legitimes Privileg, das aber als notwendiges Gegengewicht ein verantwortungs- und maßvolles Verhalten voraussetzte.

Für uns Schweizer besteht der wesentliche Wert der souveränen Gleichheit der Staaten darin, daß sie ihrerseits die Voraussetzung bildet für das oberste Prinzip der nationalen Unabhängigkeit. Welches ist aber der Zweck der nationalen Unabhängigkeit? Zunächst selbstverständlich, unsere Beziehungen mit dem Ausland, unter Beachtung der internationalen Regeln, frei zu gestalten. Aber ebensosehr, unsere eigene Gemeinschaft aufzubauen und zu entwickeln, gemäß der Idee, die wir uns von der menschlichen Persönlichkeit machen, von ihrer Würde, von ihren Bedürfnissen und von ihrer Zielsetzung, in einem Wort: von ihrem Glück.

Das zweifache Anliegen, einerseits vollständigere und sicherere Strukturen in den innereuropäischen Beziehungen zu schaffen und andererseits in jedem unserer Länder und über die Grenzen hinweg die menschlichen Beziehungen zu entwickeln und harmonischer zu gestalten, ist ein anderer originaler Wesenszug der KSZE.

Es handelt sich nach unserer Ansicht dabei um ein unauflösliches Ganzes. Denn es gibt keine persönlichen Freiheiten ohne nationale Souveränität, genauso wie die staatliche Unabhängigkeit ihre vornehmste Rechtfertigung in der vollen Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit findet. Deshalb rechnen wir es der KSZE hoch an, daß sie die Menschenrechte auf die Ebene der zehn Prinzipien erhoben hat, welche die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten bestimmen sollen. Aufgrund der Gleichwertigkeit, die jedem dieser Prinzipien ausdrücklich zuerkannt wurde, kann die Beachtung der Grundfreiheiten somit zu einem positiven Beitrag der Konferenz zum System der zwischenstaatlichen Beziehungen werden. Es folgt daraus, daß der Beachtung eines so feierlich bestätigten Prinzips von nun an im europäischen Bewußtsein die gleiche Bedeutung zukommt wie der Beachtung der Unverletzlichkeit der Grenzen.

...

Herr Präsident: Es wäre sicher nicht richtig, die konkreten Resultate, die erzielt wurden, am Maßstab der großzügigen, aber zerbrechlichen Hoffnungen zu messen, welche die Ankündigung der Konferenz bei manchen erweckt hatte. Auf jeden Fall — und wir, für unser Teil, haben niemals daran gezweifelt — ist die Verwirklichung einer Ära der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa, einer Region, die mehr als jede andere der Welt von Kriegen heimgesucht und durch gegenseitiges Mißtrauen in sich gespalten wurde, ein Werk auf lange Sicht. Es verlangt von allen Teilnehmerstaaten einen unablässigen guten Willen, und es wird noch der größten Anstrengungen bedürfen, um dieses Ziel zu erreichen.

...

Helmut Schmidt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

(Wortlaut)

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf zunächst all denjenigen mich anschließen, die ihren Dank ausgesprochen haben an die Adresse von Herrn Präsident Kekkonen, an die Adresse der finnischen und der schweizerischen Regierung für ihre Gastfreundschaft und für die Beiträge, die sie zur Vorbereitung dieser Konferenz geleistet haben.

Aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland wird mit der Unterzeichnung der Konferenzdokumente die Politik des Friedens ein wesentliches Stück vorankommen. Die Staaten Europas und Nordamerikas haben in der Erkenntnis gemeinsamer Verantwortung versucht, „Brücken der Zusammenarbeit zwischen den Systemen über das Trennende hinweg" zu schlagen — mit eben diesen Worten hatte im April 1973 hier in Helsinki der damalige Außenminister und heutige Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Herr Walter Scheel, den Auftrag dieser Konferenz umrissen.

Mein Land hat diese Bemühungen von Anfang an nachdrücklich unterstützt. Die Sicherung des Friedens und der Abbau der Spannungen sind fundamentale Ziele der Regierung der Bundesrepublik Deutschland; denn kein Volk in Europa spürt stärker als das deutsche die von der Spaltung unseres Kontinents ausgehenden Gefahren.

Die Beilegung der Kuba-Krise war der erste Schritt fort von der militärischen Konfrontation, und mit dem Atomtest-Stoppvertrag haben dann die Vereinigten Staaten von Amerika und die UdSSR den langen, mühsamen Weg der Entspannung, der uns heute hier in Helsinki zusammengeführt hat, beschritten, einen Weg, auf dem die Etappen des Nichtverbreitungsvertrages (NPT) oder die erste Vereinbarung über die Begrenzung strategischer Angriffswaffen, auch SALT genannt, wichtige bisherige Ergebnisse gewesen sind.

Die Bundesregierung hat seit Jahren aktiv zu diesem Prozeß der weltweiten Entspannung und der Sicherung des Friedens beigetragen. Ich erwähne besonders die unter der Verantwortung der Herren Willy Brandt und Walter Scheel zustande gebrachten Verträge, die wir geschlossen haben, nämlich

— unseren Vertrag mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom August 1970,

— unseren Vertrag mit der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen vom Dezember 1970,

— unseren Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom Dezember 1972,

und ebenso erwähne ich

— den Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom Dezember 1973.

Schließlich haben die Vier Mächte durch ihr Abkommen vom 3. September 1971 Berlin in den Prozeß der Entspannung einbezogen.

Der Deutsche Bundestag und die Bürger meines Landes betrachten die Ergebnisse dieser Konferenz mit Anerkennung, gleichwohl aber auch ganz nüchtern. Auf Jahrzehnte der Konfrontation folgt nicht über Nacht eine Epoche der Kooperation. Und für den Prozeß der Entspannung genügt auch nicht ein einmaliger Anstoß; sondern er braucht unser aller ständiges, unser aller stetiges Zutun, damit dieser Prozeß kontinuierlich fortschreitet. Aber wir können andererseits feststellen, daß nach einer Reihe von Jahren der Entspannungspolitik die Staaten nun einander näher gekommen sind. Gewiß kann unter 35 Staaten Übereinstimmung oft nur auf einem relativ kleinen gemeinsamen Nenner erzielt werden. Zwischen Ost und West bleiben fundamentale Unterschiede in den ideologischen Systemen, in den politischen und wirtschaftlichen Systemen.

Aber zum ersten Mal sind hier in den Dokumenten dieser Konferenz wichtige Formeln des Friedens durch Entspannung und durch Zusammenarbeit von den Staaten in Ost und West als gemeinsame politische Absicht niedergeschrieben worden, und damit sind Maßstäbe gesetzt worden.

Es wäre gewiß falsch, beim gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen Ost und West die unmittelbaren Erwartungen zu hoch anzusetzen. Der Fortschritt der Entspannung — das haben schon viele Redner vor mir heute nachmittag hier ausgeführt, ich schließe mich dem an —, der Fortschritt der Entspannung hängt vielmehr davon ab, ob wir und wie weit wir auf der gemeinsam erarbeiteten Grundlage nun in der Zukunft zu praktischen Schritten kommen, zu praktischen Schritten, die den Hoffnungen der Menschen gerecht werden. Diese Konferenz könnte dann bald vergessen sein, wenn wir nicht alle hart dafür arbeiten, daß die Hoffnungen auch tatsächlich erfüllt werden.

Wir haben im gesamteuropäischen Zusammenhang allgemeine Grundsätze des Verhaltens von Staaten untereinander bekräftigt. Die Bundesrepublik Deutschland hat von jeher den Verzicht auf die Androhung und den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt als Grundlage ihrer Politik betrachtet. Das gilt auch und gerade in bezug auf die Änderung von Grenzen. Grenzen sind unverletzlich; sie müssen aber friedlich und einvernehmlich verändert werden können. Unser Ziel bleibt es, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Die nach dem Grundsatz I der Konferenzdokumente mögliche Veränderung von Grenzen auf friedliche Weise und durch Vereinbarung ist wichtig ebenso im Hinblick auf das erklärte Ziel der Europäischen Gemeinschaft, auf das erklärte Ziel neun europäischer Staaten, zu einer Europäischen Union zu werden.

Für die Bundesrepublik Deutschland ebenso wie für andere Teilnehmerstaaten ist wesentlich, daß die Konferenztexte die bestehenden Rechte und Verpflichtungen sowie die diesbezüglichen Verträge, Abkommen und Abmachungen nicht berühren.

Desgleichen ist für uns die Absicht der Teilnehmerstaaten wichtig, die Ergebnisse dieser Konferenz in ganz Europa wirksam werden zu lassen — also auch in Berlin. Die Entspannung muß sich ja auch überall in Europa und nicht zuletzt in Berlin bewähren; denn die Berliner haben, mehr als manche andere Europäer, die Spannungen und Konflikte erlebt, die in langen Jahren des Kalten Krieges ihre Stadt zu einem Schauplatz der Unruhe und einer auf die ganze Welt ausstrahlenden gefährlichen Nervosität gemacht haben. In diesem Zusammenhang begrüße ich die Feststellung, die der britische Premierminister hierzu heute nachmittag getroffen hat.

Wir hoffen, daß das Vertrauen der europäischen Völker zueinander auch durch die Vereinbarungen über die Ankündigung von Manövern gefördert wird. Sicherlich darf der unmittelbare militärische Wert dieser Absprache nicht überschätzt werden; an der Sicherheitslage in Europa ändert sich hierdurch noch nicht viel. Aber diese Absprache ist ein politischer Fortschritt auf dem Wege zu weiteren Vereinbarungen, durch welche die militärische Bedrohung herabgesetzt und die gefährliche Massierung von Truppen und Waffen in Europa verringert werden soll.

Die Gespräche in Wien über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen (MBFR) können nunmehr — auf Helsinki aufbauend — zu Fortschritten geführt werden. Wir denken, das Ziel muß sein, die Europäer von Furcht vor einem Krieg zu befreien, die Rüstungslasten zu verringern und dabei ein stabiles Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich mir davon, zumal als Sozialdemokrat, zugleich eine Steigerung unserer sozialen Wohlfahrt und unseres wirtschaftlichen Fortschrittes erwarte.

Wir haben den festen Willen, meine Damen und Herren, die bisherige Politik der wirtschaftlichen Kooperation zu intensivieren. Mein Land steht damit allerdings nicht erst vor dem Beginn; vielmehr haben wir unseren Wirtschaftsaustausch mit den Staaten Osteuropas in den letzten fünf Jahren bereits ungewöhnlich gesteigert. Wir werden dies auch künftig fortsetzen und uns dabei durch die Unterschiedlichkeit der Wirtschaftsordnungen, durch die Unterschiedlichkeit der Wirtschaftssysteme nicht entmutigen lassen. Es gilt, die beiderseitigen Ressourcen zum gegenseitigen Vorteil, zum gemeinsamen Vorteil stärker zu nutzen und durch eine vertiefte Zusammenarbeit der Volkswirtschaften den Frieden zu fördern.

Was die Notwendigkeit menschlicher Begegnung, über den Informationstausch, über die Zusammenarbeit in Kultur und Bildung angeht, darüber haben die Konferenzteilnehmer ausführlich gesprochen; die bisherigen Ergebnisse können uns in denjenigen Staaten, in denen die Freizügigkeit der Menschen und der Meinungen selbstverständlich ist und in denen diese Freizügigkeit ursächlich für die Vielfalt der Ideen und auch für die Wohlfahrt der Länder ist, sie können uns nicht voll befriedigen.

Die Menschen müssen einstweilen mit dem vorliebnehmen, was angesichts der Systemunterschiede und angesichts des noch bestehenden Mißtrauens heute möglich ist. Aber die Menschen haben den dringenden Wunsch nach Abbau der noch bestehenden Beschränkungen. Sie erwarten fühlbare Fortschritte im Zusammenleben der Menschen in Ost und West, sie erwarten mehr Reisen über die trennenden Grenzen hinweg, sie erwarten bessere Arbeitsbedingungen für ausländische Journalisten, sie erwarten verstärkten Austausch von Jugendlichen und von Sportlern. Vertrauen setzt Begegnung voraus.

Die Politiker werden in allen Staaten, unabhängig von deren Verfassungssystem oder von deren gesellschaftspolitischem System, die Politiker werden daran

gemessen, ob sie die moralische Stärke und ob sie die politische Kraft aufbringen, aus vernünftigen Prinzipien, die hier im Augenblick auf dem Papier stehen, ob sie daraus nachprüfbare Wirklichkeit machen.

Die Bürger in allen unseren Ländern haben schon viele internationale Konferenzen beobachtet, und sie sind manchmal demgegenüber skeptisch gestimmt. Wir müssen sie durch substantielle Fortschritte in den Beziehungen zu ihren europäischen Mitbürgern davon überzeugen, daß es sich bei diesen Dokumenten nicht bloß um ein kunstvolles Werk der Diplomatie handelt, sondern um eine Aufforderung zum Handeln, die keiner, ohne Schaden für sich selbst, später ignorieren kann.

Die Unterschrift, meine Damen und Herren, die wir hier leisten, bedeutet deswegen eine schwerwiegende Verpflichtung für uns alle, die wir unterschreiben; den Worten dann die Taten und die Praxis folgen zu lassen.

Hier steht die Glaubwürdigkeit eines jeden einzelnen von uns, eines jeden einzelnen Staats- und Regierungschefs in West und Ost auf dem Spiele.

Vor zwei Jahren waren sich alle beteiligten Regierungen bewußt, daß wir mit dieser Konferenz in vielerlei Hinsicht Neuland betreten würden. In ihrer Zielsetzung ist diese Konferenz, diese KSZE, ohne Vorbild. Sie hat zum ersten Mal die Staaten Europas und Nordamerikas mit der ganzen Breite ihrer Probleme an einen gemeinsamen Tisch gesetzt.

Diese Konferenz hat für Europa kein neues Völkerrecht geschaffen. Aber wir haben gemeinsame Regeln geschaffen für die Art und Weise, wie wir in Europa miteinander umgehen und wie wir in Europa zusammenleben wollen.

Hier in Helsinki bekräftigt und dokumentiert Europa gemeinsam mit den Staaten Nordamerikas einen neuen Schritt auf dem Wege zur Stabilisierung des Friedens. Dies ist ein Weg, auf dem wir mit Geduld und Beharrlichkeit und ohne uns durch Rückschläge entmutigen zu lassen, Schritt für Schritt weitergehen müssen. Die Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland, die Nachbarn in Ost und West, können sich dabei auf unsere Stetigkeit verlassen. Wir werden unsere europäischen Pflichten erfüllen.

Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

Gustav Husak, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

(Zusammenfassung)

In dem „wachsenden Bewußtsein der Möglichkeit, ohne ständige Drohung eines Krieges nebeneinander zu leben, liegt nicht nur ein praktisches Bedürfnis des gegenwärtigen Europas, sondern auch eine große Hoffnung für seine Zukunft und auch ein Beispiel für andere," erklärte Gustav Husak einleitend.

„Es ist gut, daß uns ein solcher Standpunkt hierher, nach Helsinki, führt, um hier einen bisher einzigartigen Schritt in europäischer Geschichte zu unternehmen. Um in dieser Verhandlung der europäischen Staaten — sowie der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada — die friedlichen Prinzipien für die Entwicklung unseres Kontinents zu vereinbaren, um auf diese Weise die Grundlagen der neuen internationalen Beziehungen der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen zu festigen. Die positiven Änderungen in Europa wurden von der günstigen Wendung gefördert, zu der es in den Beziehun-

gen zwischen der UdSSR und den USA kam. Wir sind davon überzeugt, daß die Ergebnisse dieses europäischen und Weltprozesses zum Nutzen aller europäischen Staaten, großen und kleinen, sozialistischen und nichtsozialistischen, sein werden."

Die Geschichte lehre uns, betonte der Erste Sekretär des ZK der KPTsch, „daß unzählige Aggressionen in Europa mit dem Mißbrauch der Gewalt und mit Unterdrückung verbunden waren. Dafür sind das Diktat von München, die Okkupation der Tschechoslowakei, der Angriff auf Polen, Frankreich, Jugoslawien, die Sowjetunion und andere europäische Länder, all die Greuel und Opfer des Zweiten Weltkrieges ein Beweis. Der Frieden und die Sicherheit erfordern, solche Methoden in den Beziehungen unter den Staaten in Europa abzulehnen und auszuschließen. Unter diesem Blickwinkel sehen wir die Bedeutung der Konferenz vor allem darin, daß sie die grundsätzlichen Prinzipien der Beziehungen unter den europäischen Staaten aufgrund der Anerkennung der sich in Europa herausgebildeten territorialen und politischen Realität formuliert und bestätigt. Wir halten ihre einmütige Annahme auf dieser Konferenz für einen Erfolg der Menschen unseres Kontinents, die sich nach Frieden und wirklicher Sicherheit sehnen.

Ein wichtiger Stabilisierungsfaktor für die friedlichen Beziehungen unter den Staaten, dessen Bedeutung stets wächst", sei die gegenseitig vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ihr Bedürfnis werde vom stürmischen, auf wissenschaftlicher und technischer Entwicklung gegründeten Aufschwung der Produktivkräfte sowie vom Umfang und von der Kompliziertheit der Probleme und von den Aufgaben des Umweltschutzes bestimmt. Der Fortschritt auf diesem Gebiet erfordere die internationale Arbeitsteilung und die Verbindung von Kräften und Mitteln von mehreren Staaten.

Als „einen wichtigen Bestandteil der allseitigen Entwicklung des Menschen unter den Bedingungen des Friedens" bezeichnete Husak die „breitestmögliche Zugänglichkeit zu den echten kulturellen Werten der Menschheit. Darum sind wir für die breiteste gegenseitige Inspiration durch die Kulturgüter. Für einen Austausch von Ideen und Informationen, die der friedlichen Verständigung und allseitigen Entwicklung des Menschen dienen. Wir sind für einen breiteren Personenaustausch, der zu einer sachlichen, allseitig nützlichen und vorteilhaften Zusammenarbeit sowie zum gegenseitigen Kennenlernen beitragen wird. Eine solche effektive, schöpferische Zusammenarbeit entwickeln wir schon jetzt in vielen Richtungen mit einer Reihe von Ländern aller Kontinente. Immer breitere Kontakte knüpfen wir mit gesellschaftlichen Organisationen, mit der Jugend, mit den Vertretern der Wissenschaft, der Kultur und des Schulwesens sowie auf dem Gebiete des Sports und des Fremdenverkehrs an. Dabei sind wir fest überzeugt, daß, je zuverlässiger die Bedingungen des Friedens und der Sicherheit garantiert werden, desto günstiger die Möglichkeiten für eine weitere Ausdehnung dieser Beziehungen auch auf andere Gebiete werden".

Entwicklung und Schutz der höchsten menschlichen Werte, der Prinzipien des Friedens und der Freundschaft unter den Völkern verpflichteten, so Husak, „jedoch alle gleichzeitig, gegenüber der Propaganda des Hasses, der Aggression, des Militarismus, der Gewalt, der Verkündung der Rassen- oder nationalen Überheblichkeit — gegen alle diese Tendenzen unversöhnlich zu sein, die sowohl im Widerspruch zu der Charta der Organisation der Vereinten Nationen als auch zu den allgemein anerkannten Prinzipien des Humanismus und der Moral stehen."

Gemeinsame Aufgabe sei es jetzt, schloß Husak, „diese Prinzipien durch konkrete Schritte und Maßnahmen in Gang zu setzen; durch die ständige Vertiefung und Erweiterung der Entspannung; durch das Streben nach Liquidierung der existie-

renden und möglichen neuen Herde der Kriegsgefahr; durch die gerechte Regelung von internationalen Konflikten bei einer eindeutigen Anerkennung und Achtung des Rechtes jedes Volkes auf Unabhängigkeit; durch die Bildung eines Systems der kollektiven Sicherheit sowie durch die militärische Entspannung; durch die Begrenzung des fieberhaften Rüstens, die alle Arten und Typen der Waffen und Ausrüstung, insbesondere Kernwaffen, einschließen würde und aus der sich eine allgemeine und vollständige Abrüstung ergäbe."

Edward Gierek, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei

(Wortlaut)

Herr Vorsitzender!

Der Leitgedanke, der uns alle hierher, nach Helsinki, brachte, ist die Festigung des Friedens in Europa.

Wir beginnen dieses Werk gemeinsam, eingedenk der Unermeßlichkeit der Opfer, Zerstörungen und Leiden, die der vor 30 Jahren beendete, größte und grausamste Krieg in der Weltgeschichte verursacht hatte. Wir beginnen es — trotz der uns trennenden Unterschiede — im Bewußtsein dessen, wie viel die drei Jahrzehnte des Friedens unseren Ländern gaben, welche Entwicklung und welchen Fortschritt sie ihnen gebracht haben. Dieser Sache und der großen Möglichkeiten bewußt, die die Entwicklung der Wissenschaft und Technik mit sich bringt, und der gleichzeitigen riesigen Bedrohung, die in der Existenz der Massenvernichtungs- und Zerstörungswaffen steckt, wollen wir den Krieg aus der Perspektive Europas streichen und den Frieden auf seine ganze Zukunft ausdehnen. Das hat weittragende Bedeutung für unseren Planeten.

Die Sache des Friedens ist dem polnischen Volk besonders nahe. Unser Volk legte einen langen und schweren Weg zu Unabhängigkeit und Freiheit zurück und zahlte dafür den höchsten Preis. Beide Weltkriege rollten durch unser Land. Vor 30 Jahren begrüßten wir in Polen den Frieden inmitten der Gräber von über 6 Millionen Menschen, inmitten der Ruinen von Städten und der in Schutt und Asche verwandelten Dörfer. Unser Volk erkaufte den Sieg durch einen heroischen Kampf und mit großen Opfern, durch einen maximalen Beitrag zu den riesigen Anstrengungen der Sowjetunion und der gesamten großen Anti-Hitler-Koalition. Während der 30jährigen Friedensperiode erreichten wir durch unsere Arbeit mehr und erbauten mehr als in irgendeinem anderen Abschnitt der Geschichte. Die Fortsetzung der friedlichen Entwicklung ist also der sehnlichste Wunsch, den das polnische Volk hegt.

Dieses Streben ist das höchste Gebot, von dem sich die Volksrepublik Polen in ihren Aktivitäten auf der internationalen Arena leiten läßt. Gemeinsam mit ihren Verbündeten und Freunden unternimmt sie Anstrengungen, um den Frieden zu festigen und dauerhafte Grundlagen für ihn zu bauen. Mit besonderer Genugtuung wird unser Volk den Erfolg der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa begrüßen, da unser Land an ihren Arbeiten von Beginn an aktiv teilgenommen hat. Wir schätzen hoch die gemeinsamen Leistungen aller an ihr teilnehmenden Staaten und messen den Dokumenten, die hier unterzeichnet werden, größtes Gewicht bei.

Im Namen der Volksrepublik Polen und des ganzen polnischen Volkes erkläre ich, daß wir den Beschlüssen der Konferenz zustimmen und gewillt sind, sie konsequent zu realisieren.

Unserer Überzeugung nach haben die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie ihre Festlegungen den Rang eines weittragenden historischen Ereignisses. Sie schließen die Nachkriegsperiode ab und eröffnen neue Perspektiven für die freundschaftliche Zusammenarbeit aller Länder unseres Kontinents.

In unserer Konferenz, in ihren grundsätzlichen Inhalten sehen wir die Bestätigung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Die Koexistenz zweier Gesellschaftssysteme — des sozialistischen und des kapitalistischen — ist seit Jahrzehnten eine Realität Europas. Polen geht gemeinsam mit seinen sozialistischen Freunden von dem Grundsatz aus, daß die friedliche Koexistenz, die eine historische Notwendigkeit ist, vor allem den gegenseitigen Verzicht auf Krieg, sowohl den heißen wie auch den kalten, sowie den gegenseitigen Verzicht auf alle Versuche der Einmischung in innere Angelegenheiten von Staaten bedeutet. Wir verstehen sie auch als konstruktive friedliche Zusammenarbeit, als das Zusammenwirken bei der Lösung gemeinsamer Probleme, die sich aus dem Zusammenleben auf einem Kontinent und aus den großen Veränderungen, die die gegenwärtige Entwicklung der Welt mit sich bringt, ergeben.

Herr Vorsitzender:

In der Geschichte unseres Kontinents wurden wiederholt Versuche unternommen, Europa den Frieden zu erhalten. Die Friedenszeit hatte jedoch nie lange gedauert und konnte nicht allzu lange dauern. Der Friede entbehrte nämlich ständig eines festen Fundaments durch die damals bestehenden Einflußsphären und die Herrschaft der einen Länder über andere, er wurde ständig durch die territorialen Ansprüche auseinandergesprengt.

Heute stützt sich die Friedensordnung Europas zum erstenmal in der Geschichte auf die allgemeine Anerkennung der souveränen Rechte und Interessen aller Staaten unseres Kontinents, wodurch den europäischen Völkern Sicherheit und günstige Bedingungen für ihre Entwicklung gewährleistet sind. Die Grundlage dieser Ordnung ist der politisch-territoriale Status quo, der sich im Ergebnis des Sieges der Völker über den Faschismus, der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz und der Nachkriegsentwicklung herausgebildet hat. Die Deklaration über die Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen, die wir hier unterzeichnen werden, bestätigt die fundamentale Bedeutung der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten. Ihre Annahme durch die Konferenz bedeutet, daß alle an ihr teilnehmenden Staaten ein für allemal auf jegliche territorialen Ansprüche, die in der Vergangenheit den Hauptkeim für Konflikte und blutige Kriege bildeten, verzichten. Das polnische Volk betrachtet diese Deklaration als eine große Charta des europäischen Friedens.

Die gegenwärtige europäische Ordnung, die günstige Bedingungen für das freundschaftliche Zusammenleben und die Zusammenarbeit der Völker unseres Kontinents gewährleistet, schafft ebenfalls Voraussetzungen für die Überwindung der Vergangenheit und die Gestaltung friedlicher Beziehungen beider deutschen Staaten zu ihren Nachbarn und anderen Völkern. Ich möchte feststellen, daß die Volksrepublik Polen und die Deutsche Demokratische Republik eine grundlegende Wende in der viele Jahrhunderte dauernden schwierigen Geschichte der Nachbarschaft unserer Völker herbeigeführt haben. Ich möchte ebenfalls feststellen, daß wir, gestützt auf den Vertrag von 1970, konsequent die Lösung der zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland noch bestehenden Probleme, die weitere Normalisierung der Beziehungen, die Überwindung der Vergangenheit und eine friedliche Zusammenarbeit mit diesem Land anstreben.

In der neuen Gestaltung der Beziehungen zwischen Polen und den beiden deutschen Staaten, in der Festigung des friedlichen Zusammenlebens in Mitteleuropa sehen wir einen unerläßlichen Beitrag aller Länder Mitteleuropas zur Gewährleistung einer dauerhaften Sicherheit auf dem gesamten Kontinent.

Herr Vorsitzender:

Unsere Konferenz ist das Ergebnis der Entspannung, und sie wird mit Sicherheit eine weitere Vertiefung dieses außerordentlich wichtigen Prozesses bringen.

Die Entspannung bringt eine neue Qualität in die internationalen Beziehungen ein: sie vermindert die Spannungen, erleichtert die Einschränkung und Beseitigung gefährlicher Konflikte, belebt die zweiseitige und vielseitige Zusammenarbeit zwischen den Staaten, schafft ein besseres Klima in Europa und in der Welt. Einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung leisteten bereits und leisten weiterhin viele Länder, jedes Land unabhängig von seiner Größe — jedes hat eine wichtige Rolle bei der Festigung dieses Prozesses zu erfüllen. Große Bedeutung für die Entwicklung dieser konstruktiven Tendenz hat das Zusammenwirken der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, ein Zusammenwirken, das über die Verhinderung eines neuen Weltkrieges entscheidet.

Das Gedenken an die Vergangenheit, das Bewußtsein der Erfordernisse der Gegenwart und die Gebote der Zukunft stellen uns vor eine große Aufgabe: ein Europa des Friedens zu bauen. Die Geschichte beauftragt uns mit diesem Werk und gibt uns Chancen für seine Verwirklichung.

Die Beschlüsse unserer Konferenz, die die Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen bestimmen, sollen dem Bau einer dauerhaften Friedensstruktur dienen. Jetzt geht es um ihre volle Realisierung, um ihre Ausfüllung mit lebendem Inhalt. Indem wir die politische Entspannung durch militärische Entspannung ergänzen, die bestehenden Arsenale begrenzen und reduzieren, sollten wir allmählich die Überwindung der Teilung in politisch-militärische Gruppierungen anstreben und ein gesamteuropäisches System der kollektiven Sicherheit errichten.

Die Beschlüsse der Konferenz, die die ökonomischen Beziehungen betreffen, werden die Erweiterung der materiellen Basis des Friedens, eine freie Entwicklung des Handels, der industriellen Kooperation und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit fördern. Dies ist für den Osten wie für den Westen vorteilhaft, dies ist notwendig für die weitere günstige Entwicklung aller Länder und für die Lösung gemeinsamer Probleme, darunter auch jener, die mit der richtigen Nutzung der Bodenschätze und dem Umweltschutz auf unserem Kontinent zusammenhängen. Weittragende Bedeutung für all diese Fragen wird die Erreichung entsprechender Vereinbarungen zwischen dem RGW und der EWG haben.

Die Bestimmungen der Konferenz auf dem Gebiet des Kulturaustauschs und anderer Kontakte sollten wir vor allem für die Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens unter unseren Völkern ausnutzen. Die weit zurückliegende und die nicht allzu ferne Vergangenheit belasteten ihr Bewußtsein mit dem Gedenken an große Tragödien und schmerzliches Unrecht, mit Mißtrauen und vielen Vorurteilen. Bei der Erziehung der jungen Generation sollten wir auf gute Traditionen zurückgreifen: Achtung für die Errungenschaften und Werte — Lehren, die von jedem Volk in die gemeinsame Schatzkammer der Menschheit eingebracht werden und gegenseitig freundschaftliche Gefühle verbreiten. Vor dieser Aufgabe stehen die Erzieher und Schöpfer der Kultur, alle diejenigen, die das Bewußtsein der Völker gestalten. Die Inangriffnahme dieser Aufgabe hängt jedoch in erster Linie von uns, den für die Entwicklung und die Politik ihrer Länder verantwortlichen Menschen ab.

Als Kommunist wünschte ich es selbstverständlich, daß der internationale Kulturaustausch die humanen und edlen Werte umfaßt, jene Werte, die dem Wohle des Menschen und dem Fortschritt in seinem Leben dienen. Denn das Ziel, das wir verfolgen, heißt: die Menschen in Polen, in Europa und überall in der Welt in Frieden, Freiheit, Sicherheit, Würde und Wohlstand leben zu lassen.

Die Errichtung eines dauerhaften Friedens erfordert über alles guten Willen und gegenseitiges Vertrauen. Und eben in diesem Geiste sind wir auf dieser historischen Konferenz zusammengekommen. Wir haben sie einberufen und ihre nicht leichten Arbeiten bewältigt, denn die Zeit und die Bedingungen sind dafür herangereift, die grundsätzlichen Probleme der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa wirksam zu lösen.

Die günstigen Resultate dieser Konferenz werden ein gemeinsamer Erfolg der an ihr teilnehmenden Staaten, ein Erfolg für die Sache des Baus eines Europa des Friedens und der Zusammenarbeit, einer für alle Völker übergeordneten Sache sein.

Die Volksrepublik Polen wird, so wie bisher, keine Anstrengungen scheuen, um dieses erhabene Ziel zu erreichen.

Herr Präsident Urho Kekkonen: Ich möchte mich den Ausdrücken der hohen Anerkennung für die Behörden der Republik Finnland für die Durchführung der Konferenz anschließen und dem finnischen Volk für die Gastfreundschaft, mit der es uns in seiner Hauptstadt, in seinem schönen Land empfängt, den heißesten Dank aussprechen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Valéry Giscard d'Estaing, Staatspräsident der Republik Frankreich

(Wortlaut)

Das Ziel dieser Konferenz wie das der Schlußakte ist die Sicherheit in Europa. In Europa: Das heißt, daß diese Konferenz, die in erster Linie Europäer vereint, in erster Linie Europa betrifft. Zwar wird Europa vom Kräftegleichgewicht zwischen den Supermächten beeinflußt. Aber darüber soll hier nicht gesprochen werden. Hier ist die Frage zu klären, was die Europäer selbst tun können, um die Bedingungen für größere Sicherheit zu schaffen.

Einen Teil dieser Sicherheit erwarten wir von der Verminderung der Spannungen zwischen den Staaten und vom Fortschritt ihrer Zusammenarbeit. Wahrscheinlich werden immer Schutzmaßnahmen für unsere Sicherheit notwendig bleiben. Aber wir müssen ohne Unterlaß nach Möglichkeiten suchen, um die Spannungen zu vermindern: diese Suche wird seit zehn Jahren Entspannung genannt.

Europa und Entspannung. Zwei große Worte, die die Begeisterung der Männer und Frauen dieses Kontinents wecken müßten, der mehr als andere von Kriegen heimgesucht wurde und dessen Boden von mehr menschlichem Blut als alle anderen getränkt ist. Wenn diese Begeisterung, wie in manchen Kommentaren, gemäßigt ist, so deshalb, weil wir in bezug auf die erreichten Ergebnisse zwei Fragen beantworten müssen: Sind wir realistisch? Sind wir aufrichtig?

Sind wir realistisch? Welches ist der tatsächliche Wert des erreichten Ergebnisses, das heißt, der Schlußakte? Sie ist nicht, wie manchmal behauptet wurde, ein Friedensvertrag. Sie ist vielmehr ein Abkommen für den Frieden. Ihr Wert ergibt sich aus drei Faktoren: ihrer Vorbereitung, ihrem Inhalt und unserem Treffen.

1. Durch die Art ihrer Organisation und ihres Ablaufs verdeutlicht unsere Konferenz den Willen zur Entspannung, der uns innewohnt. Ihr prägnantestes Merkmal ist, daß sie das Treffen von 35 Staaten ermöglicht. Von Anfang an wurde bei den Vorbereitungsarbeiten alles darauf ausgerichtet, daß die Staaten in vollkommener Gleichheit zusammentreffen und daß jeder von ihnen, ob groß oder klein, ob er zu einem Bündnis gehört oder nicht, für sich sprechen kann — was es zum erstenmal bei einer Veranstaltung von solcher Bedeutung ermöglichte, daß sowohl neutrale wie nichtneutrale wie auch blockfreie Länder daran teilnehmen.

Die Konferenz zeigte weitgehend die Bereitschaft zum Dialog. Die 35 teilnehmenden Staaten konnten alle Aspekte ihrer wechselseitigen Beziehungen erörtern. Zum erstenmal wurden bei einer Verhandlung dieser Art bisher nicht behandelte Themen angeschnitten, ob es sich nun um den Austausch von Informationen, Personen oder Gedanken handelte.

2. Diese Konferenz hat nicht nur die Bereitschaft zur Entspannung deutlich gemacht, sondern auch gewisse Regeln oder Gesetzestexte, die wir verabschieden werden, kodifiziert.

Wahrscheinlich werden diese Texte allein keine Garantie für den Frieden liefern. Das ist eine klare Feststellung, die nicht betont werden muß. Sie haben zudem nicht die Bedeutung eines Vertrages, und Frankreich ist der Ansicht, daß sie nicht die Anerkennung von Situationen einschließen, die es anderenfalls nicht anerkannt hätte.

Wahrscheinlich gehen sie in manchen Punkten nicht soweit, wie wir es gewünscht hätten. Ich denke dabei besonders an manche Formulierungen bezüglich des Informationsaustausches oder verschiedener Formen der kulturellen Zusammenarbeit. Das ist nicht weiter überraschend. Denn die Entspannung ist ein langfristiges Unterfangen, und zum anderen liegt ihr Wesen zum großen Teil in den bilateralen Beziehungen begründet, welche die Schlußfolgerungen der KSZE nicht vollständig werden berücksichtigen können. Aber diese Beziehungen stellen in gewisser Weise den bereits gefestigten Teil dar. Und diese Konsolidierung macht den Wert der Texte, die wir verabschieden werden, aus.

Indem wir gemeinsame Regeln, die für alle gleich lauten, unterschreiben, indem wir unsere Absicht erklären, unsere Zusammenarbeit zu intensivieren und die Zahl der Kontakte zu vervielfältigen, schaffen wir eine Norm für Maßnahmen zur Entspannung. Wir verpflichten uns moralisch und politisch, unsere Unternehmen nach einem Kodex des guten Benehmens auszurichten; wir akzeptieren es ebenfalls, uns dem Urteil der anderen Staaten zu unterziehen, nach Kriterien, die uns nunmehr gemeinsam sein werden.

3. Daß sich die wichtigsten Staatsmänner Europas hier versammelt haben, daß sie zusammentreffen, daß sie sich freundschaftlich unterhalten — das ist ein wesentliches Novum, das es bisher noch nicht gegeben hat. Man hat in diesem Zusammenhang den Wiener Kongreß zitiert. Die Umstände waren ganz andersartig. Ich habe vor einiger Zeit den Kongreßtisch von Wien betrachtet, den Talleyrand in einem französischen Landschloß aufbewahrt hat: es ist ein kleiner Tisch, an dem kaum diejenigen Platz finden würden, die in unserer Versammlung den ersten Platz einnehmen. Und es war ein Kongreß, bei dem getanzt wurden. Genau gesagt, die Außenminister arbeiteten, die Staatschefs tanzten. In diesem Punkt, Herr Präsident, könnte die Situation noch angepaßt werden!

Das Treffen, aufgrund dessen wir uns hier versammelt haben, ist eine wesentliche Etappe in der langen Bewegung der Entspannung. Das kann jeder feststellen, aber wir treffen hier auf die zweite Frage: ist unsere Bereitschaft, die Entspannung fortzusetzen, aufrichtig?

Weil wir an diese Bereitschaft zur Entspannung — sowohl, was uns, wie auch, was die anderen angeht — glauben, nehmen wir an diesem Treffen teil. Im umgekehrten Fall hätten wir es nicht getan.

Sicher ist die Entspannung nicht vor Zwischenfällen geschützt, und sie hat wunde Punkte, darunter Berlin — aufgrund seiner politischen Bedeutung für Europa und aufgrund des Systems von Rechten und Pflichten, die sich daraus ergeben. Die Konferenz, die uns hier vereint, hätte ohne das Viermächteabkommen über Berlin wahrscheinlich nicht stattgefunden. In dieser Hinsicht ist Frankreich wie Großbritannien der Ansicht, daß die Texte, die bei der KSZE verabschiedet werden, auch für Berlin gelten. Wenn sich die Frage nach der Aufrichtigkeit unserer Absicht stellt, so zum Teil aufgrund der Fortsetzung beträchtlicher Rüstungsmaßnahmen und andererseits aufgrund der lebhaften ideologischen Antagonismen zwischen den politischen Systemen einiger unserer Länder. Deshalb werde ich zunächst die Verteidigung und den ideologischen Zusammenhang der Entspannung erwähnen, bevor ich auf die Weise eingehe, in der Frankreich die Texte, die wir verabschieden wollen, anwenden wird.

1) Die Geschichte lehrt uns, daß das Aufrechterhalten des Gleichgewichts eine notwendige Bedingung für den Fortschritt der Entspannung ist, weil sie allein es ermöglicht, daß sich die unerläßliche Sicherheitsstimmung herausbildet. Weil Frankreich seine Bemühungen fortsetzen will, legt es so großen Wert darauf, seine Verteidigung unabhängig zu bewahren und, unter Berücksichtigung seiner Verpflichtungen, am Leben der Allianz teilzunehmen, zu der es gehört.

Frankreich erinnert an die Zurückhaltung, die die Übereinkünfte bei ihm hervorriefen, in Europa eine vom Ausland kontrollierte Zone zu schaffen, in der die Kräfte bestimmten Einschränkungen unterworfen wären. In einer Situation, die vom Ungleichgewicht im Bereiche der Rüstung zwischen den sehr großen Mächten und den anderen bestimmt wird, kann Frankreich nicht einverstanden sein mit regionalen Übereinkünften, die erneut Ungleichgewichte schaffen würden.

2) Was den ideologischen Zusammenhang der Entspannung betrifft, so ist er in der Schlußakte klar definiert: er besteht darin, die Verschiedenartigkeit unserer Systeme zu akzeptieren und zu respektieren. Wir müssen jedoch zugeben und anerkennen, daß zwischen der Bestätigung der Entspannung und der Fortsetzung einer erbitterten ideologischen Konfrontation ein gewisser Widerspruch besteht. Es ist sicherlich natürlich, daß innerhalb unserer Länder und über unsere Grenzen hinaus die Wahl politischer und philosophischer Systeme zu einem ideologischen Wettstreit führt. Aber der Geist der Entspannung muß uns veranlassen, der Härte dieses Wettstreits eine Grenze zu setzen: die Grenze des ideologischen Wettstreits ohne Einmischung und ohne Intoleranz.

Die Probleme, die noch zu lösen bleiben, müssen ebenfalls in einem Geist der Gerechtigkeit und der Mäßigung gelöst werden, von denen die Grundsätze geprägt sind, denen wir feierlich zustimmen werden.

3) Die Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist bereits die Verankerung von mehr als zehn Jahren Entspannungspolitik. Um einen neuen Zeitabschnitt zu beginnen, müssen wir der Schlußakte eine positive Fortsetzung geben. Frankreich verpflichtet sich in dieser Hinsicht, die Verfügungen vollständig und genau anzuwenden; es wird sie direkt und über die Europäische Gemeinschaft anwenden, welche im Maße ihrer Fortentwicklung einen wachsenden Beitrag zur Entspannung leisten wird.

Andererseits erklärt sich Frankreich einverstanden, auf bilateraler Ebene mit allen Ländern, die sich dafür interessieren, über Verträge zu sprechen, die darauf

abzielen, die Verfügungen der Schlußakte untereinander anzuwenden oder selbst zu erweitern.

Leonid Breschnew, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

(Wortlaut)

Wir alle, die wir an der abschließenden Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa teilnehmen, spüren den ungewöhnlichen Charakter dieses Ereignisses und seine politische Bedeutung. Man kann mit Sicherheit sagen: dasselbe empfinden Millionen und aber Millionen Menschen in allen auf der Konferenz vertretenen Ländern und nicht nur in diesen Ländern allein. Sie sind sich gleich uns dessen bewußt, was dieser Tage in der Hauptstadt Finnlands geschieht.

Worauf ist diese Einstellung zu der Konferenz der höchsten Politiker und Staatsmänner, die in diesem Saal anwesend sind, zurückzuführen?

Die Antwort besteht wohl darin, daß mit den Ergebnissen der Konferenz Hoffnungen und Erwartungen verknüpft sind, wie sie seit den bekannten gemeinsamen Nachkriegsbeschlüssen der Alliierten keine andere kollektive Veranstaltung wachgerufen hat.

Den Vertretern der Generation, die die Schrecken des Zweiten Weltkrieges erlebt hat, ist es besonders klar, welche historische Bedeutung diese Konferenz hat. Ihre Ziele sind vernunfts- und gefühlsmäßig auch jener Generation von Europäern verständlich, die in Frieden aufgewachsen ist, in Frieden lebt und die mit Recht der Ansicht ist, daß es anders auch gar nicht sein darf.

In beiden Weltkriegen war der Boden Europas überreich mit Blut getränkt worden. Um nun mit vereinten Kräften dazu beizutragen, daß Europa ein Kontinent wird, der keine kriegerischen Erschütterungen mehr kennt, sind in Helsinki die höchsten Politiker und Staatsmänner von 33 europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas zusammengekommen. Das Recht auf Frieden muß allen Völkern Europas gesichert sein, und selbstverständlich sind wir dafür, daß dieses Recht auch allen anderen Völkern unseres Planeten garantiert wird.

Als Mittelpunkt vieler und hervorragender Nationalkulturen, als ein Gipfel der Weltzivilisation ist Europa in der Lage, bei der Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Basis eines dauerhaften Friedens mit gutem Beispiel voranzugehen.

Die Sowjetunion betrachtet die Ergebnisse der Konferenz nicht nur als eine notwendige politische Bestandsaufnahme nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie sind zugleich Vergegenwärtigung der Zukunft, angewandt auf die Realitäten von heute, und der jahrhundertealten Erfahrungen der europäischen Völker.

Hier, in Europa, haben sich Aggressoren wiederholt zweifelhafte „Lorbeeren" erworben, um dann von den Völkern verflucht zu werden. Hier, in Europa, wurden Weltherrschaftsansprüche zur politischen Doktrin erhoben, Ansprüche, die mit dem Zusammenbruch von Staaten endeten, deren Ressourcen in den Dienst verbrecherischer, menschenfeindlicher Ziele gestellt worden waren.

Daher ist jetzt die Stunde gekommen, aus den Erfahrungen der Geschichte die unvermeidlichen kollektiven Schlüsse zu ziehen. Und diese Schlüsse ziehen wir hier in der vollen Erkenntnis unserer Verantwortung für die Zukunft des europäischen Kontinents, der in Frieden leben und sich in Frieden entwickeln soll.

Kaum jemand wird wohl bestreiten, daß die Ergebnisse der Konferenz eine sorgfältig ausgewogene Gegenüberstellung der Interessen aller Teilnehmerstaaten sind. Deshalb muß mit ihnen besonders behutsam umgegangen werden.

Hinter uns liegt der beschwerliche Weg von der bloßen Idee der gesamteuropäischen Konferenz bis zu deren Höhepunkt: dem Abschluß auf höchster Ebene.

Die Sowjetunion ist in ihrer nüchternen Beurteilung von Verhältnis und Dynamik der verschiedenen politischen Kräfte in Europa und der ganzen Welt fest davon überzeugt, daß die mächtigen Tendenzen zu Entspannung und gleichberechtigter Zusammenarbeit, die in den letzten Jahren zunehmend den Trend der europäischen und der Weltpolitik bestimmen, dank der Konferenz und ihren Ergebnissen noch mehr an Kraft und Schwung gewinnen werden.

Das Dokument, das wir zu unterzeichnen haben, zieht einen Strich unter die Vergangenheit und weist mit seinem Inhalt in die Zukunft. Die erzielten Vereinbarungen erstrecken sich auf die aktuellen Probleme, welche mit Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten verbunden sind.

Die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten haben eine solide Basis grundlegender Prinzipien erhalten, die ihre Verhaltensnormen in den Beziehungen untereinander bestimmen sollen. Es sind dies die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, für die der Gründer des Sowjetstaates, W. I. Lenin, so überzeugt und konsequent gekämpft hat und für die unser Volk auch heute kämpft.

Die Konferenz hat die Richtungen und die konkreten Formen der Zusammenarbeit auch in den Bereichen Handel und Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Umweltschutz, Kultur und Bildung sowie der Kontakte zwischen Menschen, Institutionen und Organisationen festgelegt.

Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt es jetzt auch auf Gebieten, wo sie in den Jahren des Kalten Krieges undenkbar war: zum Beispiel den stärkeren Informationsaustausch im Interesse von Frieden und Völkerfreundschaft.

Es ist kein Geheimnis, daß die Massenmedien friedlichen und vertrauensbildenden Zielen dienen, daß sie aber auch das Gift der Zwietracht zwischen den Ländern und Völkern in der Welt verbreiten können. Wir möchten hoffen, daß die Ergebnisse der Konferenz auch auf diesen Gebieten als Richtschnur für die Zusammenarbeit dienen werden.

Die Konferenz hat eine Reihe wichtiger Vereinbarungen beschlossen, die die politische Entspannung durch eine militärische ergänzen. Das ist ebenfalls eine qualitativ neue Stufe in der Stärkung des Vertrauens zwischen den Staaten.

Die Sowjetunion tritt konsequent dafür ein, daß die militärische Entspannung nach der Konferenz weiterentwickelt wird. Eine der vorrangigen Aufgaben auf diesem Gebiet ist es, Wege zur Verringerung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa ohne Schaden für irgend jemandes Sicherheit, sondern zum Nutzen für alle zu finden.

Die besondere politische Bedeutung und die moralische Kraft der auf der Konferenz erzielten Vereinbarungen liegen darin, daß sie durch die Unterschriften der führenden Staatsmänner der Teilnehmerstaaten besiegelt werden. Es ist unsere gemeinsame höchste Aufgabe, diese Vereinbarungen voll wirksam werden zu lassen.

Wir gehen davon aus, daß alle auf der Konferenz vertretenen Länder die erzielten Vereinbarungen in die Tat umsetzen werden. Was die Sowjetunion betrifft, so wird sie dies tun.

Unserer Ansicht nach ist das Gesamtergebnis der Konferenz darin zu sehen, daß die internationale Entspannung in immer größerem Maße konkreten materiellen Inhalt erhält. Und gerade auf die Materialisierung der Entspannung kommt es an, sie ist das Wesentliche an allem, was den Frieden in Europa wirklich stabil und unerschütterlich machen soll.

Und als die Hauptsache betrachten wir dabei die Aufgabe, das Wettrüsten zu beenden und reale Resultate bei der Abrüstung zu erreichen.

Sehr wichtig ist es, richtige und gerechte Grundsätze für die zwischenstaatlichen Beziehungen zu proklamieren. Nicht minder wichtig ist es, diese Grundsätze in den heutigen internationalen Beziehungen zu verankern, sie praktisch anzuwenden und zu einem Gesetz des internationalen Lebens zu erheben, das von niemand übertreten werden darf. Das ist das Ziel unserer Friedenspolitik, und das erklären wir noch einmal von dieser hohen Tribüne aus.

Natürlich muß schon das Treffen der führenden Repräsentanten von 33 europäischen Staaten, der USA und Kanadas, das in der Geschichte ohne Beispiel ist, an sich ein entscheidendes Kettenglied im Prozeß der Entspannung, der Festigung der europäischen und internationalen Sicherheit sowie der Entwicklung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit sein. Und so ist es auch.

Damit sich aber die Hoffnungen, die die Völker mit diesem Treffen, mit den Beschlüssen der Konferenz verbinden, voll erfüllen und nicht beim ersten Mißgeschick in die Brüche gehen, bedarf es weiterer gemeinsamer Anstrengungen, bedarf es eines tagtäglichen Bemühens aller Teilnehmerstaaten um die Vertiefung der Entspannung.

Der Erfolg der Konferenz ist nur deshalb möglich geworden, weil ihre Teilnehmer immer wieder einander entgegenkamen und es verstanden, unter Überwindung von Schwierigkeiten, die häufig beträchtlich waren, letzten Endes doch allgemein annehmbare Vereinbarungen über jede erörterte Frage auszuarbeiten. Diese Vereinbarungen sind nicht etwa dadurch zustande gekommen, daß die einen Konferenzteilnehmer anderen ihre Ansichten aufgezwungen hätten, sondern sind durch Berücksichtigung der Meinungen und Interessen aller und mit allgemeiner Zustimmung erzielt worden.

Wenn es hier Kompromisse gibt, so sind es begründete Kompromisse, Kompromisse, die dem Frieden nützen, ohne die Unterschiede in Ideologie und Gesellschaftsordnung zu verwischen. Genauer gesagt, es handelt sich hierbei um den Ausdruck des gemeinsamen politischen Willens der Teilnehmerstaaten in der Form, in der dies heute angesichts des Bestehens von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung erreichbar ist.

Aus den Arbeitserfahrungen der Konferenz ergeben sich auch für die Zukunft wichtige Schlüsse. Der wichtigste von ihnen — er ist in dem Abschlußdokument niedergelegt — lautet: Niemand darf aus diesen oder jenen außenpolitischen Erwägungen heraus anderen Völkern zu diktieren versuchen, wie sie ihre inneren Angelegenheiten zu regeln haben. Das Volk eines jeden Staates, und nur es allein, hat das souveräne Recht, über seine inneren Angelegenheiten zu entscheiden und seine inneren Gesetze zu erlassen. Jedes andere Verhalten wäre ein unsicherer und gefährlicher Boden für die internationale Zusammenarbeit.

Das Dokument, das wir unterzeichnen, ist eine breite, aber klar umrissene Plattform für uni-, bi- und multilaterale Aktionen von Staaten auf Jahre, vielleicht auch auf Jahrzehnte hinaus. Das Erreichte ist aber nicht die Höchstgrenze. Heute ist es das Maximum des Möglichen, morgen aber muß es der Ausgangspunkt für weitere Fortschritte in den von der Konferenz festgelegten Richtungen sein.

Es ist der Menschheit eigen, in ihren Initiativen und Taten nach Kontinuität zu streben. Das trifft auch auf das große Werk zu, an dem jetzt 35 Staaten in Helsinki arbeiten. Das hat seinen Ausdruck darin gefunden, daß für die Zeit nach der ersten Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa weitere Schritte zur Verwirklichung und Weiterentwicklung ihrer Aufgaben vorgesehen sind.

Vor diesem in bezug auf seine Maßgeblichkeit so ungewöhnlichen Auditorium möchten wir mit allem Nachdruck ein integrierendes Merkmal der Außenpolitik der Sowjetunion, der Leninschen Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft, hervorheben: ihren Humanismus. Von den Ideen des Humanismus sind die Beschlüsse des XXIV. Parteitages unserer Partei, ist das Friedensprogramm durchdrungen, in dem ein Punkt die Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz vorsah.

Wir stellen mit tiefer Befriedigung fest, daß die von der Konferenz ausgearbeiteten Leitsätze zu den Grundproblemen der Festigung des Friedens in Europa den Interessen der Völker und Menschen dienen, unabhängig von der Art ihrer Beschäftigung, von Nationalität und Alter, den Interessen der Arbeiter und der Werktätigen in der Landwirtschaft ebenso wie denen der Geistesschaffenden, überhaupt jedes einzelnen Menschen und aller Menschen zusammen. Diese Leitsätze sind getragen von Achtung vor dem Menschen, dem Bemühen, daß er in Frieden leben und zuversichtlich in die Zukunft blicken möge.

Die Vereinbarungen, die wir erzielt haben, schaffen für die Völker größere Möglichkeiten, auf die sogenannte große Politik verstärkt Einfluß zu nehmen. Zugleich betreffen sie auch Probleme des täglichen Lebens. Sie werden dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, ihnen Arbeit zu sichern und mehr Bildungsmöglichkeiten zu schaffen. Sie tragen Sorge für die Gesundheit der Menschen, kurzum, sie befassen sich mit vielem, was einzelne Menschen, was Familien, was die Jugend und verschiedene gesellschaftliche Gruppen angeht.

Wie viele andere, die von dieser Tribüne aus gesprochen haben, werten wir die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als gemeinsamen Erfolg all ihrer Teilnehmer. Ihre Ergebnisse können auch außerhalb Europas von Nutzen sein.

Die Ergebnisse der langwierigen Verhandlungen sind so, daß es keine Sieger und Besiegten, keine Gewinner und Verlierer gibt. Das ist ein Sieg der Vernunft. Alle haben gewonnen: die Länder in Ost und West, die Völker der sozialistischen und der kapitalistischen Staaten, der paktgebundenen wie der neutralen, der kleinen wie der großen. Es ist ein Gewinn für alle, denen Frieden und Sicherheit auf unserem Planeten am Herzen liegen.

Wir sind überzeugt, daß die erfolgreiche Verwirklichung dessen, was wir hier vereinbart haben, nicht nur das Leben der europäischen Völker günstig beeinflussen, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Festigung des Weltfriedens leisten wird.

Und noch ein Gedanke, den wahrscheinlich viele der hier Anwesenden teilen. Die Konferenz hat sich für die Teilnehmerstaaten als eine nützliche Schule internationaler Politik erwiesen, die besonders nützlich heutzutage ist, da es Mittel von unerwahrscheinlicher Zerstörungs- und Vernichtungskraft gibt.

Die mächtigen Impulse, die von diesem Treffen der führenden Repräsentanten der 35 Teilnehmerstaaten ausgehen, sollen allen Menschen innerhalb und außerhalb Europas helfen, in Frieden zu leben.

Abschließend möchte ich dem Volk und der Regierung Finnlands sowie Präsident Urho Kekkonen persönlich von ganzem Herzen für die vortreffliche Organisierung der dritten Phase und für die außerordentliche Herzlichkeit und Gastfreundschaft danken.

Francisco da Costa e Gomes, Präsident der Portugiesischen Republik

(Zusammenfassung)

Einleitend verwies Präsident Gomes darauf, daß bis zum 25. April 1974 Portugals Teilnahme an den Aufgaben der europäischen Zusammenarbeit und Sicherheit infolge der politischen Isolierung, in der sich das Land damals befunden habe, zwiespältig gewesen sei.

„Der neue Weg", erklärte der Präsident, „den Portugal eingeschlagen hat, hat es uns ermöglicht, uns dem Geist der Zusammenarbeit voll anzuschließen. Die entschlossene Durchführung des Entkolonialisierungsprozesses, soweit er die Erfüllung des Rechtes der Völker auf Unabhängigkeit betrifft, und die Demokratisierung des Landes bilden für uns die Grundlagen einer Politik der Zusammenarbeit.

Auf dieser Grundlage haben wir eine Außenpolitik proklamiert und betreiben sie ohne Einschränkung, die sowohl auf der Respektierung unserer früheren internationalen Verpflichtungen als auch auf einer totalen Öffnung gegenüber den Völkern der ganzen Welt beruht, bei voller Achtung der Prinzipien der souveränen Gleichheit der Rechte, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer und der Anerkennung des Rechtes aller Völker, frei über sich selber zu bestimmen."

Er habe die Tribüne dieser Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa „mit Zuversicht und Hoffnung betreten", erklärte der Präsident Portugals, „mit Zuversicht, weil sie ein einmaliges Ereignis darstellt; denn es ist das erste Mal, daß europäische Staaten sowie Kanada und die USA zusammengekommen sind, geleitet von dem gemeinsamen Wunsch, die Sicherheit zu stärken und die Zusammenarbeit zu entwickeln.

Die Konferenz hat den Wortlaut von zehn Grundprinzipien erarbeitet, die in den Beziehungen zwischen den Teilnehmerländern zu beachten und anzuwenden sind. Zweifellos wird ihre Anwendung Frieden und Sicherheit in Europa stärken, und das wird zu Frieden und Sicherheit in der Welt beitragen."

Was die militärischen Aspekte der Sicherheit anbelange, so ergebe sich ihre Bedeutung „vor allem aus der Tatsache, daß die gegebenen Empfehlungen einen wichtigen Ausgangspunkt bilden, um die politischen Spannungen durch die Schaffung eines allgemeinen Klimas des Vertrauens zwischen den Staaten zu reduzieren".

Portugal nehme „mit Befriedigung die Bedeutung zur Kenntnis, die die Konferenz den Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten und den Nichtteilnehmerstaaten aus den Mittelmeergebieten beimißt. Unser Land ist eng mit dem Mittelmeer verbunden und unterhält traditionelle Verbindungen der Freundschaft mit den Völkern dieser Region. Aus diesem Grund hat unser Land mit besonderem Interesse die bedeutsamen und konstruktiven Beiträge einiger Nichtteilnehmerstaaten des Mittelmeergebietes begrüßt. Wir hoffen, daß im Ergebnis dieser Konferenz die bestehende Zusammenarbeit als ein bedeutender Schritt zur Festigung der Sicherheit in diesem Gebiet wachsen wird".

Der Vertreter Portugals bemerkte dann, daß die Ergebnisse der Konferenz für sich allein genommen nicht ausreichen werden, „all die vielfältigen und komplexen Probleme unseres Kontinents zu lösen. Wir müssen uns das bestehende Klima zunutze machen, um die bereits begonnenen Anstrengungen fortzusetzen. In Übereinstimmung damit erscheint das, was der Konferenz folgen wird, besonders wichtig." Es müßte die Garantie geschaffen werden, „einer Unterbrechung der begonnenen Anstrengungen vorzubeugen und die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, um die Kontakte in dem Bestreben fortzusetzen, die gegenseitigen Beziehungen auch künftig zu verbessern".

Abschließend gab Präsident Gomes seiner persönlichen Hoffnung wie der Hoffnung des ganzen portugiesischen Volkes auf ein künftiges Europa Ausdruck, „das, frei von Konflikten und Spaltungen, in der Lage sein wird, die allen Völkern Europas gemeinsamen Werte zu pflegen und ihnen eine bessere Zukunft in einer Atmosphäre des Friedens und der Gerechtigkeit zu sichern."

Liam Cosgrave, Ministerpräsident der Republik Irland

(Zusammenfassung)

„Wir sind in Friedenszeiten zusammengekommen, um zu überlegen, wie wir die Beziehungen zwischen den Staaten, die wir vertreten, verbessern und entwickeln können", erklärte Liam Cosgrave. In diesem Sinne stelle das Dokument, das zum Abschluß unterzeichnet werde, ein Programm zur Verbesserung der Beziehungen und zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Staaten zum Wohle Europas und der ganzen Welt dar.

Der Redner betonte, daß jene, die das Programm vereinbarten, sehr weit voneinander abweichende Anschauungen über die Gestaltung ihrer Gesellschaftsordnung haben. „Das Programm versucht nicht, diese Tatsache zu verdecken." Die Texte, über die sich die Teilnehmer der Konferenz geeinigt haben, unterstrich der Redner, richteten sich nicht gegen die Interessen irgendeines Staates in der Welt.

Erzbischof Makarios, Präsident der Republik Zypern

(Zusammenfassung)

„Die Augen der Welt sind in diesen Tagen in der Erwartung auf Helsinki gerichtet, daß die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa dazu führen wird, eine solide Grundlage für eine glücklichere und friedlichere Zukunft der Menschheit zu schaffen", erklärte Erzbischof Makarios. „Denn Frieden und Sicherheit in Europa sind auch wesentlich für Frieden und Sicherheit in der Welt insgesamt." Trotz der sich entfaltenden Entspannung bestünden nach wie vor Krisensituationen in vielen Teilen der Welt fort, sagte der Erzbischof.

Makarios verwies auf die Lage in Zypern, die im Widerspruch zu den Prinzipien dieser Konferenz stehe, und begrüßte die unter Schirmherrschaft von UNO-Generalsekretär Waldheim stattfindenden Verhandlungen in Wien. Ausdrücklich erklärte er die Bereitschaft seiner Regierung, sie fortzusetzen.

Josip Broz Tito, Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien

(Wortlaut)

Herr Vorsitzender: gestatten Sie mir, meine Genugtuung über die Zusammenkunft dieser eindrucksvollen Versammlung der höchsten Vertreter europäischer Staaten, der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanadas auszusprechen.

Desgleichen möchte ich dem Gastgeberland und Präsident Kekkonen meinen Dank für ihren bedeutenden Beitrag zu dieser Konferenz abstatten. Lassen Sie mich des weiteren meine besondere Dankbarkeit aussprechen für die herzliche Aufnahme und für alles, was getan worden ist, damit wir uns in dieser schönen Stadt wohlfühlen und um uns zur erfolgreichen Bewältigung einer so bedeutenden Aufgabe zu befähigen.

Dies ist ein großer Augenblick in der Geschichte Europas, der zur Hoffnung auf ein besseres Morgen und auf ein glücklicheres Leben der gegenwärtigen und künftigen Generationen inspiriert. Viele Generationen mußten unbescheibliche Nöte und Prüfungen erdulden, ehe Europa beginnen konnte, entschlossener die negativen Aspekte seines Erbes abzuschütteln und sein Gesicht der Zukunft zuzuwenden.

Um die weitreichende Tragweite dieses Augenblicks besser einschätzen zu können, müssen wir uns auch die Ursachen so vieler der Übel, die in der Vergangenheit nicht nur die Nationen dieses Kontinents, sondern auch jene in anderen Teilen der Welt betroffen haben, in Erinnerung rufen. Die Spur des Kolonialismus, der bis auf den heutigen Tag nicht vollständig beseitigt ist, führt nach Europa. Der Faschismus, die unheilvollste Ideologie, welche die Welt je kennengelernt hat, entstand unglücklicherweise gleichfalls hier. Gleichfalls Europa war es, in dem die beiden verheerenden Weltkriege begannen. Und wiederum Europa wurde als erstes zum Schlachtfeld des Kalten Krieges, der Blöcke und anderer Spaltungen und Konfrontationen.

Diese Umstände haben es verhindert, daß die seit Jahrhunderten in Europa geschaffenen großen Errungenschaften der Zivilisation und Kultur besser und umfassender zum Wohl der gesamten Menschheit genutzt wurden. Denn wir sollten nicht die epochalen Leistungen aus dem Auge verlieren, nicht all das, was europäische Völker für die Welt auf allen Gebieten menschlicher Aktivität erreicht und beigetragen haben.

Das Voranschreiten von Wissenschaft, Technologie und Kultur und des progressiven humanistischen Denkens sowie die damit einhergehend in Europa entstandenen Bewegungen haben die revolutionäre Transformation der sozialen Beziehungen und der Beziehungen zwischen Staaten beschleunigt, das demokratische Bewußtsein gestärkt und den allgemeinen sozialen Fortschritt stimuliert. Unnötig zu sagen, daß Ereignisse und Prozesse in anderen Teilen der Welt gleichfalls die Entwicklung in Europa unvermeidlich beeinflußt haben.

Herr Vorsitzender, diese Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist das Ergebnis nicht nur einer Verständigung unter den europäischen Nationen, sondern neuer Trends und Veränderungen in den internationalen politischen, ökonomischen und sozialen Beziehungen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg vonstattengingen. Darüber hinaus berührt die Konferenz nicht allein Europa, sondern die Welt überhaupt.

Wir leben in einer Zeit, in der Völker einen immer entschiedeneren Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit, für Frieden und gleiche Sicherheit für alle, für

Gleichheit und umfassende Zusammenarbeit für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt führen. Die Ära des Kolonialismus, Imperialismus und der politischen und ökonomischen Unterdrückung von Völkern in verschiedenen Formen geht unter unseren Augen zu Ende, ziemlich langsam, das ist wahr, aber dennoch unausweichlich. Keine Nation wird länger Unterwerfung und Unterdrückung hinnehmen. Jede Nation ist entschlossen, die größten Opfer für Freiheit, Frieden, Unabhängigkeit und Gleichheit zu bringen, wie es die Siege der Völker Vietnams, Kambodschas, Afrikas usw. am deutlichsten bezeugt haben.

Auf der anderen Seite werden sich jedoch Völker und Staaten immer mehr der Tatsache bewußt, daß die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen und -mittel wie auch die Erfordernisse des wissenschaftlich-technologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritts es gebieten, einander näherzukommen, sich zu integrieren. Denn in unserer Zeit können die Staaten nur vereinigt sowohl die die Menschheit als ganze wie auch die Arbeit, Leben und Fortschritt einzelner Nationen betreffenden Probleme lösen. Folglich sind die Staaten heute mehr denn je zuvor gewillt, gegenseitige Verantwortlichkeiten zu übernehmen, die aus der historischen Unvermeidlichkeit der Integration der Menschheit entspringen; dies jedoch nur als freie und gleiche Staaten, die in für alle gewährleisteten Frieden und Sicherheit leben, in aktiver friedlicher Koexistenz statt in Systemen einseitiger Abhängigkeit, Unterordnung und Unsicherheit.

Die Politik der Nichtpaktgebundenheit begründet gleichfalls einen der Wege, auf denen die gegenwärtigen Generationen neue und demokratische, aber zugleich realistische Antworten auf die anstehenden Probleme suchen. Die Vorbereitungen zu dieser Konferenz waren durchdrungen von der Überzeugung, daß die internationalen Beziehungen sich auf die Prinzipien der aktiven friedlichen Koexistenz gründen müssen, und demonstrierten, wie tief das Streben nach neuen Wegen zur Lösung internationaler Probleme im Bewußtsein aller Völker verankert ist.

Bemerkenswerte Fortschritte sind auf dem bislang in Richtung auf die Stärkung der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit beschrittenen Weg bei der Schaffung einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und guten Willens gemacht worden. Was das bedeutet, läßt sich am besten anhand der Tatsache veranschaulichen, daß noch vor kaum zehn Jahren Spannungen des Kalten Krieges in dieser Region die schwersten Konflikte zu provozieren drohten, mit unabsehbaren Konsequenzen für die Welt insgesamt. Zu jener Zeit war ein solcher demokratischer Dialog zwischen gleichberechtigten Teilnehmerstaaten, gleich ob groß oder klein, über die Schlüsselfragen von Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit selbst für die größten Optimisten undenkbar.

Es hat sich gezeigt, daß es nur durch geduldige Abstimmung der Positionen und gleichzeitiges Inrechnungstellen der Interessen aller Beteiligten auf der Basis des Konsenses möglich ist, für alle annehmbare und nützliche Lösungen zu erreichen. Der gemeinsame Nenner der Interessen der europäischen Staaten ist eine Realität, die Engstirnigkeit überwindet und die verschiedensten Barrieren beiseiteräumt. Auf diesem Wege werden Bedingungen für umfassende und gleichberechtigte Zusammenarbeit auf langfristiger Basis geschaffen, für die raschere Überwindung all dessen, was die Völker und Staaten Europas trennt, und für die Errichtung gerechterer und sinnvollerer Beziehungen mit dem Rest der Welt zum Wohle aller.

In dieser interdependenten Welt sind Frieden und Sicherheit nicht nur nicht teilbar, sondern sie sind zu einem historischen Imperativ des künftigen Fortschritts der Menschheit geworden. Solange es irgendwo Krisen und Konflikte gibt, kann

niemand sich in irgendeinem Teil unseres Planeten dauerhaft gesichert fühlen. Bestätigen nicht beispielsweise die Nahostkrise, die Vorgänge in und um Zypern und die Lage in dieser Region insgesamt dies am besten? Es ist die Pflicht der Staaten, die an dieser Konferenz teilnehmen, sowohl im allgemeinen Interesse des Friedens und der Sicherheit in der Welt wie auch in ihrem eigenen Interesse ihr Äußerstes zu tun, um gerechte und dauerhafte Lösungen für solche Krisen zu finden.

Der hohe Grad der Verflochtenheit und Interdependenz zwischen Europa und anderen Teilen der Welt kommt am deutlichsten in der Sphäre der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zum Ausdruck. Es genügt, sich der sogenannten Energiekrise zu erinnern, die diese Interdependenz und den tatsächlichen Charakter der bestehenden Beziehungen offen widerspiegelte. Die Probleme der Entwicklung sind so drängend geworden, daß die Beschäftigung der gesamten internationalen Gemeinschaft mit ihrer Lösung unerläßlich ist. Es wird immer deutlicher, daß es ohne eine ausgewogenere wirtschaftliche Entwicklung, die abgestimmte Anstrengungen und die Zusammenarbeit aller Nationen mit Blick auf die Überbrückung der Kluft zwischen entwickelten und Entwicklungsländern erfordert, keine allgemeine Stabilität geben kann. Darüber hinaus werden sich diese Probleme, wenn sie nicht gelöst werden oder sich weiter verschärfen, unvermeidlich zu einer neuen Quelle von Spannung und Störungen in der Welt entwickeln. Es ist die Pflicht aller Staaten, zur Errichtung gleichberechtigter Wirtschaftsbeziehungen beizutragen, und die Pflicht insbesondere der entwickelten Staaten, den Problemen der Entwicklungsländer größeres Verständnis entgegenzubringen, zumal dies ganz unzweifelhaft auch in ihrem eigenen unmittelbaren und langfristigen Interesse liegt. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß diese Probleme nicht durch den Rückgriff auf überholte Methoden und Mittel, sondern nur durch die Einführung neuer Beziehungen und Formen in die internationale Wirtschaftsordnung erfolgreich und wirksam gelöst werden können.

Europa kann Lösungen für die vitalen Probleme seiner Sicherheit und Wohlfahrt nicht darin suchen, sich selbst abzuschließen, denn das würde unvermeidlich zu seinem politischen und wirtschaftlichen Niedergang führen. Europa ist, wenn ich das so sagen darf, sowohl in Zeiten der Prosperität wie in Zeiten der Prüfung ein nicht abtrennbarer Teil der Welt. Geleitet von dieser Idee, ist Jugoslawien immer dafür eingetreten, daß die europäischen Staaten ihre Beziehungen zu anderen Ländern auf dieselben Prinzipien stützen sollten, die sie zur Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen anzuwenden wünschen. Zweierlei Maß im zwischenstaatlichen Verhalten läuft Geist und Zweck dieser Konferenz zuwider und zeitigt auf breiterer internationaler Ebene stets ungünstige Auswirkungen.

Diese Konferenz ist in erheblichem Maße der Politik der Entspannung und der Verhandlungen zu verdanken und stellt eines ihrer bedeutsamsten Ergebnisse dar. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß das, was in Europa erreicht wurde, verbunden mit den verbesserten Beziehungen zwischen den Großmächten, zugleich günstigere Bedingungen auch für die Regelung anderer internationaler Probleme durch Verhandlungen und Übereinkunft schafft. Unsere Erwartungen werden sich jedoch nur dann erfüllen, wenn dieser Prozeß auf alle Teile der Welt ausgeweitet wird, wenn er zum Kompaß für die Behandlung aller wichtigen internationalen Fragen wird und alle Länder auf gleichberechtigter Basis, unabhängig von ihrer Größe, ihrem Entwicklungsstand und sozialpolitischen System, beteiligt werden.

Die gegenwärtigen positiven Entwicklungen auf dem Gebiet der Entspannungspolitik würden zweifellos bald in eine Krise geraten, wenn die Entspannung auf eine Verständigung zwischen den Blöcken reduziert würde, statt in wachsendem Maße eine Form der Verständigung zwischen allen Staaten darzustellen, fußend auf den Prinzipien der Respektierung der Unabhängigkeit, Souveränität und Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Wenn wir unsere feste Unterstützung für eine solche Fortsetzung der Entspannung geloben, dann sollten wir unsere Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß viele komplexe und schwerwiegende internationale Probleme noch immer außerhalb ihrer Reichweite liegen. Noch existieren viele Konfliktherde, und neue werden geschaffen. Dies geschieht im allgemeinen auf dem Territorium blockfreier und anderer Entwicklungsländer und zeigt an, daß die auf diese Länder ihrer unabhängigen Politik wegen ausgeübten Pressionen verstärkt werden. Und dies weckt Mißtrauen hinsichtlich der Ziele und sogar der bisherigen Errungenschaften der Entspannung.

In dieser Hinsicht ist die Fortsetzung des Wettrüstens unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung des Machtgleichgewichts besonders beunruhigend, weil sie eine ständige Bedrohung des Friedens darstellt und die Gefahr der Selbstzerstörung in sich trägt. Sie stellt also eine besondere Form des Drucks auf die kleinen Länder, insbesondere Entwicklungsländer, dar, weil diese gezwungen werden, einen beträchtlichen Teil ihrer ohnehin beschränkten Ressourcen für Verteidigungszwecke einzusetzen. Unsere Aufmerksamkeit zieht ferner die Tatsache auf sich, daß Europa — dessen Sicherheit der Hauptgegenstand dieser Versammlung ist — die größte Konzentration an Rüstungen und Streitkräften unterhält. Wenn diese Situation sich nicht in naher Zukunft wesentlich ändert und wenn keine entschiedenen Schritte zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen, d. h. zur Abrüstung ergriffen werden, könnten die bisher erreichten Resultate der Entspannungspolitik in Gefahr geraten. Jugoslawien betont deshalb die Untrennbarkeit der politischen und der militärischen Aspekte der europäischen Sicherheit und die Unverzichtbarkeit simultaner Fortschritte auf beiden Gebieten.

Diese Konferenz wird unter den Bedingungen der noch bestehenden Teilung Europas in Blöcke abgehalten. Die davon ausgehenden Beschränkungen wirken auf die jetzt in Gang gekommenen Prozesse ein; sie spiegeln sich bis zu einem gewissen Grade auch in den Dokumenten dieser Konferenz. Die Errichtung neuer Beziehungen in Europa, welche den Interessen aller Länder den gleichen Respekt bezeugen und die Felder intensivierter Zusammenarbeit stetig ausweiten, impliziert jedoch, daß die bestehenden Aufspaltungen in Blöcke überwunden werden. Wenn wir, als ein nichtpaktgebundenes Land, für die Transzendierung der Blöcke und exklusiver Integration eintreten, dann tun wir dies mit dem Ziel der Eliminierung von allem, was Staaten und Nationen trennt und ihre Zusammenarbeit begrenzt, und aus der tiefen Überzeugung heraus, daß dies eine lebenswichtige Bedingung für dauerhafte Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt ist.

Das sozialistische, nichtpaktgebundene Jugoslawien hat von Anfang an dem Prozeß der Entspannung, Verhandlungen und Zusammenarbeit in Europa seine volle Unterstützung angedeihen lassen und hat sich in allen Stadien dieser Konferenz höchst aktiv beteiligt. Dabei hat es sich von den Prinzipien und Zielen der Politik der Nichtpaktgebundenheit leiten lassen, die seine dauernde Orientierung in den internationalen Beziehungen sind und bleiben. Für Jugoslawien gibt es und wird es kein Zaudern geben, wenn seine Unabhängigkeit und die Entwicklung gleichberechtigter Beziehungen und der Zusammenarbeit mit allen Ländern betroffen sind. Eben so, wie wir für die Souveränität und territoriale Integrität

unseres eigenen Landes unbedingten Respekt verlangen, behandeln wir auch mit der gleichen Behutsamkeit und Achtung die Rechte anderer Staaten, sowohl in Europa wie sonstwo in der Welt.

Eines der herausragendsten Ergebnisse dieser Konferenz ist die allgemeine Übereinkunft zwischen allen Teilnehmerstaaten über die Respektierung des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen. Dies schafft eine der elementarsten Voraussetzungen für die Stärkung des Vertrauens und die Entwicklung umfassender Zusammenarbeit zwischen europäischen Ländern. Um permanent zur Förderung gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit beizutragen, hat Jugoslawien auch bis heute stets das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen zu all seinen Nachbarn beachtet. Wenn jetzt diese Konferenz die Unverletzlichkeit der Grenzen als eines der Grundprinzipien der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit annimmt, möchte ich hier feierlich erklären, daß mein Land dieses Prinzip sowohl für sich selbst als auch für alle seine Nachbarn als bindend ansieht hinsichtlich der bestehenden Grenzen, ungeachtet der internationalen Rechtsumstände, durch welche sie errichtet wurden, von Friedensverträgen bis hin zu solchen internationalen Dokumenten wie dem „Londoner Memorandum über die Verständigung" (vom 5. Oktober 1954, d. Red.)

Herr Vorsitzender! Wenn künftige Historiker sich mit der gegenwärtigen Konferenz beschäftigen werden, werden sie sie zweifellos als einen Wendepunkt einschätzen, von dem aus Europa sich der Koexistenz und dem Frieden zuwandte. Was bisher erreicht wurde, ist bedeutsam und ermutigend, aber es berechtigt uns nicht zur Selbstzufriedenheit. Wir sollten jetzt im Gegenteil verstärkt an der Regelung der Hauptprobleme arbeiten, denn wenn sie nicht gelöst werden, wird echte und dauerhafte Sicherheit unerreichbar bleiben.

So befriedigt wir darüber sein können, daß diese Konferenz stattfindet und daß hinsichtlich der anzunehmenden Dokumente Übereinstimmung erzielt worden ist, so sind wir doch gleichermaßen über die Tatsache berunruhigt, daß die Konferenz bei der Initiierung der weiteren Lösung zahlreicher Probleme, die effektiv die ernstesten und wichtigsten für die kollektive Sicherheit in Europa sind, nicht viel Erfolg gehabt hat. Ich denke dabei an die Situation der Rüstung und der Beziehungen zwischen den beiden Blöcken, Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ebenso wie an wirtschaftliche Aufspaltungen, Mißachtung der Interessen der weniger entwickelten Länder Europas und der Welt und an andere Probleme, darunter die Lage nationaler Minderheiten.

Dies alles zeigt an, daß die gegenwärtige Konferenz nicht das Ende, sondern den Beginn eines Prozesses bezeichnet. Ernste Anstrengungen liegen vor uns, um all die negativen Erscheinungen zu überwinden, die über eine lange Periode hin akkumuliert worden sind und die immer noch tief in der sozialen, politischen und ökonomischen Struktur Europas wurzeln und das Denken von Generationen belastet haben. Es ist deshalb wichtig, daß wir nunmehr in der von dieser Konferenz geschaffenen Atmosphäre auf der vorgezeichneten Straße voranschreiten. Das bedeutet, von den bestehenden Realitäten auszugehen, ohne uns aber mit irgend etwas abzufinden, was zum Besseren hin geändert werden sollte, und dann zu erproben und zu erfassen, was das für alle Wesentlichste ist, und sich beharrlich darum zu bemühen, konstruktive, für alle annehmbare Lösungen zu finden. Wir müssen stetig und rasch, aber mit einer langfristigen Zielvorstellung handeln, denn wir leben in Zeiten dynamischer Entwicklungen, die neue Möglichkeiten und Aussichten eröffnen. Wir können keine jahrelange Verspätung zulassen, wenn es um Entscheidungen hinsichtlich dringender Fragen geht, die

bereits heute gelöst werden können und müssen. Wir dürfen es nicht versäumen, die Chancen zu nutzen, die wir mit beträchtlicher Anstrengung geschaffen haben.

Dies ist unsere große, gegenseitige Verantwortung. In diesem Zusammenhang möchte ich meine besondere Genugtuung darüber ausdrücken, daß Jugoslawien der Gastgeber des 1977 stattfindenden ersten Treffens sein wird, welches die bis dahin gemachten Fortschritte einschätzen und weitere Möglichkeiten für die Stärkung der Sicherheit und die Förderung der Zusammenarbeit in Europa prüfen wird.

Ich meine, es gibt keinen Grund für uns, nicht mit Vertrauen und Hoffnung in die Zukunft zu schauen. Die jetzt nachrückenden Generationen engagieren sich zunehmend für die Schaffung der Voraussetzungen für ein besseres Leben und für die volle Integrität sowohl der menschlichen Persönlichkeit wie ganzer Gemeinwesen. Sie wünschen eine Welt, in der alle schöpferischen Kräfte wirksam werden können und das Leben in einem Reichtum an Formen, die Vorbedingung rascheren sozialen Fortschritts sind, organisiert ist. Es wird deshalb zunehmenden Rückhalt für Bestrebungen und Kräfte geben, die ungehemmten sozialen Fortschritt, lebendigere Zirkulation von Menschen und Ideen, freien Gebrauch der Errungenschaften anderer und vollständigere Integration kultureller und materieller Werte anstreben. In steigendem Maße wird nach gemeinsamen Nennern gesucht werden, und allein durch diese Tatsache wird es weniger Trennendes zwischen den Völkern geben.

Hinzukommt, daß im Bewußtsein der überwältigenden Mehrheit der Menschen der Krieg nicht allein schändlich, sondern zugleich absurd geworden ist und als ein Mittel, Probleme zu lösen, zurückgewiesen wird. Die Nationen weisen zugleich mit wachsender Entschiedenheit alle Formen der Pression und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer zurück; sie möchten ungehindert den von ihnen selbst gewählten Weg beschreiten. Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Nationen sind nicht länger Slogans, sondern Errungenschaften, die an Stärke und Substanz zunehmen werden. Nur in diesem Rahmen können wir zu breiterer Einheit und zur Überwindung der bestehenden Spaltungen in Europa und in der Welt voranschreiten und uns den Herausforderungen der Zukunft besser vorbereitet stellen.

Herr Vorsitzender! Wir sollten unsere Aufmerksamkeit jetzt auf die Anwendung der Beschlüsse konzentrieren, die in den Dokumenten, die wir annehmen werden, enthalten sind. Wir müssen uns allen konstruktiven Vorschlägen und neuen Ideen bei der Fortsetzung unserer abgestimmten Aktivitäten aufgeschlossen zeigen, damit alle Teilnehmerstaaten dieser Konferenz ihre gegenseitigen Beziehungen beständig fördern, Europa eine positive Rolle in der Welt spielt und tatsächlich zu einer Bastion des Friedens wird. Auf diese Weise werden wir einen bedeutenden Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der Charta der Vereinten Nationen leisten, welche ihrerseits diese Konferenz in beträchtlichem Grade inspiriert hat.

Dreißig Jahre sind seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen, aber die Nationen der Welt rufen noch immer nach Frieden. Denn so lange es Konfliktherde gibt, die die Gefahr neuer Zusammenstöße in sich tragen, kann keine Nation ruhig leben. Frieden, der durch Waffengewalt oder nur durch die Furcht vor Zerstörung aufrechterhalten wird — das wäre kein Frieden. „Es kann keinen bewaffneten Frieden geben" — darf ich mit den Worten eines Dichters sagen —, „keinen Frieden unter Waffen. Ebensowenig kann es Brüderlichkeit ohne gleiche Rechte geben."

Diese Zusammenkunft findet in einem Jahr statt, das den dreißigsten Jahrestag des Sieges über den Faschismus markiert. Und viele Erinnerungen an jene Tage werden wachgerufen, besonders von jenen unter uns, die jenes schreckliche Golgotha erlebt haben. Ich glaube, ich darf sagen, daß Menschlichkeit bereit ist, viele Untaten der Vergangenheit zu vergeben, aber sie darf und kann sie nicht vergessen. Denn dann wird sie besser wachsam bleiben auf den Wällen des Friedens. Was Europa jetzt tut, ist die beste Art, diesen Jahrestag zu feiern.

János Kádár, Erster Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei

(Zusammenfassung)

Die Erfahrungen der Vergangenheit, erklärte János Kádár, verpflichteten alle Verantwortung Tragenden, die Entspannung dauerhaft zu machen, den Frieden zu sichern und zu festigen. „Die Ungarische Volksrepublik ist unerschütterlicher Anhänger der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern war sie einer der Initiatoren und Signatare des Budapester Appells vom Jahre 1969, in dem die Einberufung der europäischen Sicherheitskonferenz vorgeschlagen wurde. Gemeinsam mit unseren Verbündeten haben wir auch seitdem alles getan, diese Konferenz zustandezubringen."

Es gebe im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung der Menschheit zur Vermeidung eines Weltkrieges keine andere reale und annehmbare Alternative als die friedliche Koexistenz, die Beilegung der Streitfragen auf dem Verhandlungswege, die Beendigung des Wettrüstens, die Begrenzung der Rüstungen, im weiteren die Abrüstung, geregelte Beziehungen zwischen den Staaten, Zusammenarbeit in Fragen von gemeinsamem Interesse, die Annäherung und Freundschaft unter den Völkern.

Das Dokument der Konferenz behandele viele und komplizierte Fragen der europäischen Sicherheit. Die ungarische Delegation halte die Festlegung der Grundsätze für die Regelung der Beziehungen und der Zusammenarbeit der Staaten für außerordentlich wichtig. „Die Respektierung und praktische Geltendmachung der Grundsätze für die Regelung der Beziehungen der Staaten — wie die souveräne Gleichheit, die Enthaltung von Gewalt, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die anderen Grundprinzipien — entsprechen den Interessen der fünfunddreißig verschiedenen Teilnehmerstaaten und sichern den Frieden. Durch ihre Einhaltung können wir den Krieg und die militärischen Konflikte von unserem Kontinent verbannen. Die Ungarische Volksrepublik ist bereit, diese Grundsätze konsequent einzuhalten."

Ungarn begrüße auch die Empfehlungen zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Wirtschaft und des Handels. „Die Ungarische Volksrepublik ist aus prinzipiellen Gründen Anhänger und auch infolge ihrer Gegebenheiten daran interessiert, daß sich die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Zukunft weiter ausbreitet."

Die ungarische Regierung hege die Überzeugung, daß die friedliche Koexistenz die Annäherung und Freundschaft der Völker voraussetzt und zugleich auch eine fruchtbare Zusammenarbeit der Staaten im Bereich der Wissenschaften, des Unterrichtswesens, der Kultur und der Information ermöglicht. Auf diesem Gebiet könne man jedoch nur dann weitere Schritte voran machen, „wenn wir die souveränen Rechte und Gesetze der Partnerländer respektieren, was auch unsere

Beratung erwartet und was das vor uns liegende gemeinsam erarbeitete Dokument von jedem Teilnehmerstaat verlangt".

Bei der kulturellen Zusammenarbeit und dem Austausch von Informationen träten die ideologischen Unterschiede besonders in Erscheinung, betonte János Kádár. „Auch wir, die an dieser Beratung teilnehmen, vertreten Parteien verschiedener Ideologie, Länder unterschiedlicher politischer Systeme. Es ist ja klar, daß wir nicht deshalb zusammengekommen sind, der Ideologie oder dem staatlich-politischen System des anderen beizupflichten."

Der Erste Sekretär des ZK der USAP fuhr fort: „Wir haben einen schweren und langen Weg zurückgelegt, bis wir zur jetzigen dritten Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gelangt sind. Viele Beratungen und Diskussionen liegen hinter uns, auch kämpfen mußten wir. Die Entspannung, der Frieden haben nicht nur Anhänger, sondern auch Gegner. Man hatte bisher solche Kräfte zu bekämpfen, die Hemmnisse aufbauten, und auch in Zukunft wird es nicht anders sein.

Diese Konferenz schließt eine Phase der Vergangenheit ab und kann als Vorbote einer neuen, besseren, friedlicheren Welt in die Geschichte eingehen. Wenn die hier vertretenen Regierungen verantwortungsbewußt die begonnene Arbeit fortsetzen und die Völker unerschütterlich auch in Zukunft für die gute Sache kämpfen, dann werden wir auch die Aufgaben der Zukunft lösen können."

Süleyman Demirel, Ministerpräsident der Republik Türkei

(Zusammenfassung)

„Ich bin glücklich festzustellen, daß wir uns alle der Wichtigkeit dieses in der modernen Geschichte Europas noch nie dagewesenen Ereignisses bewußt sind, das noch vor 10 Jahren unvorstellbar war." Diesen Gedanken stellte der türkische Ministerpräsident an die Spitze seiner Ausführungen. Anschließend legte er den bekannten Standpunkt seiner Regierung zum Zypernproblem dar und erklärte, seine Regierung sehe die Schlußakte der Konferenz hinsichtlich Zyperns als nicht verbindlich an.

Demirel sagte ferner: „Die Ergebnisse der Konferenz sind in Europa anwendbar. Jedoch sollten unsere Beziehungen zu anderen Regionen der Welt vom gleichen Geist der Zusammenarbeit und der Verständigung geleitet sein, denn Sicherheit in Europa kann nur im weiteren Zusammenhang der Weltsicherheit existieren."

Anker Jörgensen, Ministerpräsident des Köngreichs Dänemark

(Zusammenfassung)

„Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist ein bedeutungsvoller Schritt in dem langen und schwierigen Prozeß zur Überwindung der Schranken, die unseren Teil der Welt drei Jahrzehnte lang geteilt haben", stellte der Redner eingangs fest und verwies in diesem Zusammenhang auf die Verträge zwischen der Sowjetunion, Polen, der DDR und der CSSR und der BRD andererseits sowie auf das Vierseitige Abkommen über Westberlin.

Die besondere Bedeutung der Konferenz liege darin begründet, daß 35 Teilnehmerstaaten gegenseitiges Einvernehmen über eine Vielzahl von Problemen erreicht haben, deren Lösung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa diene. Diese gemeinsamen Anstrengungen seien eine Leistung ohne Gegenstück. „Wir hoffen, daß diese Anstrengungen weitreichende und positive Folgen für die Zukunft Europas haben werden", betonte der Ministerpräsident.

Weiterhin müsse unterstrichen werden, daß der Schlußakt der Konferenz nicht den Abschluß des multilateralen Prozesses bedeute, der mit der Konferenz eingeleitet worden sei. Die Prinzipien für die Beziehungen zwischen den teilnehmenden Staaten und die anderen Konferenztexte widerspiegeln nach Ansicht des dänischen Ministerpräsidenten die positive Entwicklung der allgemeinen politischen Verhältnisse zwischen den Teilnehmerstaaten. Wenn sie respektiert und verwirklicht werden, werden sie die positive Entwicklung voranbringen, die schon in Gang ist.

Durch die in Genf vereinbarten vertrauensfördernden Maßnahmen auf militärischem Gebiet sei dem Entspannungsprozeß ein neues Element hinzugefügt worden. Diese Maßnahmen seien ein weiterer Beitrag zur Verbesserung des politischen Klimas in Europa.

Das 1977 in Belgrad geplante Treffen habe eine doppelte Funktion. Es soll die Entwicklung im Rahmen der Konferenzbeschlüsse beurteilen und Entscheidungen über nächste Schritte treffen. Abschließend sprach der dänische Ministerpräsident den Gastgebern der verschiedenen Phasen der Sicherheitskonferenz — der Schweiz und Finnland — den Dank der dänischen Regierung aus.

Leo Tindemans, Premierminister des Königreichs Belgien

(Auszüge)

...

Herr Vorsitzender, ich komme aus einem Lande, das in der Geschichte stets mitgefangener Zeuge der größten militärischen Konfrontationen in Europa gewesen ist. Ein Land, das dem Konzept der Sicherheit deshalb einen sehr hohen Stellenwert beimißt. Während eines bestimmten Abschnitts unserer Geschichte haben wir versucht, durch eine Politik der Unabhängigkeit gegenüber unseren Nachbarn und durch Neutralität diese Sicherheit für uns zu schaffen. Aber wir wurden nicht von zwei Weltkriegen verschont.

Es gibt in meinem Lande die tiefverwurzelte Überzeugung, daß Sicherheit nicht länger durch Isolationismus aufrechterhalten werden kann; daß Sicherheit vielmehr im Gegenteil aktive Beteiligung an bindenderen und zahlreicheren Vereinigungen verlangt.

Deshalb hat Belgien sich mit seinen europäischen und nordamerikanischen Partnern in einer Verteidigungsallianz zusammengeschlossen, der es loyal bleibt, da diese Allianz einen der Ecksteine des Friedens, dessen wir uns seit vielen Jahren erfreuen, darstellt.

Aber von dieser, seine Sicherheit gewährleistenden Solidarität ausgehend, beabsichtigt Belgien eine aktive Politik der Entspannung auf dem europäischen Kontinent zu führen. In dieser Absicht mißt Belgien der Bekräftigung der Prinzipien, von denen sich unsere Länder in ihren gegenseitigen Beziehungen leiten lassen sollten, beträchtliche Bedeutung bei. Dies gilt zunächst und vor allem für die Eliminierung von Gewalt und Gewaltandrohung aus den internationalen Beziehungen, welche jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ausschließt, und für die Verpflichtung, Meinungsverschiedenheiten nur mit friedlichen Mitteln beizulegen.

Dieses Streben nach politischer Entspannung wird nur dann glaubwürdig sein, wenn es auch einen militärischen Aspekt einschließt. Die Beschlüsse der Konferenz anerkennen, heißt anerkennen, daß zwischen beiden Aspekten eine Ver-

bindung besteht. Die realen Probleme der militärischen Sicherheit wurden jedoch in Genf nicht behandelt. Die Schlußakte berührt nur eine Frage, die zweifellos bedeutsam, aber von beschränkter Reichweite ist: die Vorankündigung großer militärischer Manöver.

Zu einer sinnvollen Entspannung kann es nur kommen, nachdem in den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über die Begrenzung strategischer Waffen und in den Wiener Gesprächen über die Reduzierung von Truppen in Zentraleuropa befriedigende Ergebnisse erreicht worden sind.

In dieser Hinsicht sind vom europäischen Standpunkt aus die Wiener Gespräche essentiell. Belgien wird seine Anstrengungen im Rahmen der atlantischen Solidarität als Mittel unserer Sicherheit fortsetzen. MBFR (die Gespräche über gegenseitige und ausgewogene Streitkräftereduzierung) sollte unter Gewährleistung gleicher Sicherheit für alle Länder zu einer Reduzierung der militärischen Stärken führen.

Es ist gewiß, daß Abrüstung nur in einem Klima des Vertrauens vorankommen kann. Nachdem wir nun das Nötige getan haben, um auf der politischen Ebene dieses bessere Verständnis zwischen uns zu schaffen — welche bessere Gelegenheit könnte es jetzt geben, die realen in Wien zur Debatte stehenden Aufgaben in Angriff zu nehmen?

...

Olof Palme, Ministerpräsident des Königreichs Schweden

(Zusammenfassung)

„Wir stehen bei dieser Konferenz vor zwei Aufgaben", erklärte der Redner. „Die eine ist die Bestätigung der bisher erreichten Resultate in der Zusammenarbeit zwischen den Völkern Europas. Diese Aufgabe erfüllen wir, indem wir das Schlußdokument unterzeichnen." Die andere Aufgabe sei, die Richtlinien für die Fortsetzung der Arbeit aufzuzeigen. Die Grundlage dafür sei durch die Abkommen geschaffen worden, die vor einigen Jahren zwischen Ost und West zur Normalisierung der Lage in Mitteleuropa getroffen wurden.

In dem damit eingeleiteten Entspannungsprozeß sei die Sicherheitskonferenz ein wichtiges Glied. „Nach unserer Auffassung", so betonte Palme, „gibt es keine Alternative zur Entspannungspolitik." Nun komme es darauf an, Garantien für Frieden und Stabilität in Europa zu schaffen.

Auf Abrüstungsprobleme eingehend, äußerte der Redner: „Wenn der politische Entspannungsprozeß beständiger und vertieft werden soll, muß er von Maßnahmen unterstützt werden, die auf eine Verminderung der Streitkräfte und auf eine wirkliche Abrüstung zielen."

Weiter betonte der schwedische Ministerpräsident: „Es war ein gemeinsamer Ausgangspunkt für die Verhandlungen in Helsinki und Genf, daß sich eine fruchtbare Zusammenarbeit nur auf die Respektierung der Unterschiede in den Gesellschaftssystemen unserer Länder gründen kann." Die wesentlichen Züge dieser Systeme würden nicht durch Verhandlungen verändert werden.

Über die Zusammenarbeit der europäischen Staaten nach dem Gipfeltreffen von Helsinki äußerte der Redner: „Der Konferenz sollten weitere multilaterale und bilaterale Verhandlungen folgen, um die schon erreichten Resultate zu erweitern und zu vertiefen. Wir finden, daß multilaterale Beratungen wie diese Konferenz ein geeignetes Instrument dafür sind."

Bruno Kreisky, Bundeskanzler der Republik Österreich

(Wortlaut)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, als Sprecher der Österreichischen Bundesregierung fühle ich mich vor allem verpflichtet, Herrn Präsidenten Kekkonen und der finnischen Regierung zu danken dafür, daß sie sich so große Mühe gemacht hat, diese Konferenz, die ihresgleichen in der Geschichte dieses Kontinentes noch nicht gehabt hat, zu beherbergen. Der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU hat diese Idee mit großer Eindringlichkeit seinerzeit vertreten, und Präsident Kekkonen hat sie aufgegriffen.

Ich glaube, wir sollten uns klar darüber sein, daß diese Konferenz nur möglich ist, weil zwischen den beiden großen Mächten, durch die Bereitschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Gerald Ford, trotz aller Fährnisse die Entspannungspolitik in so konsequenter Weise weitergeführt werden konnte. Und hier in Helsinki hat diese Idee zum ersten Mal durch den Willen von 35 Staaten politische Gestaltung angenommen. Die organisatorischen Leistungen der Vorbereitungen und Abhaltung der Konferenz sind bewundernswert. Ich möchte diese Gelegenheit aber auch benützen, um der Schweiz dafür zu danken, daß sie sich während so vieler Monate an der Organisation der zweiten Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in so bewährter Weise beteiligt hat.

Wir empfinden es als große Ermunterung, daß zwei der kleineren Länder Europas die Ehre erhalten haben, die Organisatoren zweier so wichtiger Phasen dieser großen Konferenz zu sein. Die Schlußakte, die wir hier unterschreiben, sind ein Kodex des Wohlverhaltens zwischen den Staaten in dieser Zeit. Dokumente, die nach Inhalt, Umfang und Art einzigartig zu sein scheinen. Gewiß, sie sind in alten Grundsätzen verankert, die schon in Urkunden, Konventionen und Charten enthalten sind. Sie gründen sich aber auch auf den Erfahrungen der Völker in den letzten Jahrzehnten und den menschlichen und politischen Bedürfnissen dieser Zeit. So umfangreich und so großartig dieses Werk auch sein mag, es wird alles darauf ankommen — das wurde hier heute und gestern sehr oft gesagt —, wieviel Wirklichkeit wir alledem zu verleihen vermögen.

Diese Konferenz indes ist das Ergebnis eines schon stattgefundenen Entspannungsprozesses, der — wir sind so unbescheiden, das zu behaupten — mit dem Abschluß des Österreichischen Staatsvertrages begonnen wurde. Denn der Österreichische Staatsvertrag war über die Bedeutung hinaus, die er für das österreichische Volk hatte, ein weithin sichtbares Signal, daß es wieder möglich ist, am Verhandlungstisch zwischen den Mächten zu substantiellen und haltbaren Ergebnissen zu gelangen.

Es hat lange gebraucht von damals bis heute, aber es scheint uns immerhin bemerkenswert zu sein, daß dieser Kontinent nur selten in seiner Geschichte ein Vierteljahrhundert ohne Krieg gekannt hat.

Und deshalb, Herr Präsident, betrachten wir diese Konferenz als den Abschluß einer ersten, aber sehr entscheidenden Phase, nämlich der Einleitung und Vorbereitung der Entspannungspolitik in Europa. Von dieser Konferenz an muß erst die Entspannungspolitik beginnen, sie muß nun sichtbare und substantielle Resultate zeigen. Und da erscheinen uns einige Fragen neben anderen von besonderer Bedeutung zu sein.

Zum ersten: in der Welt, in der wir leben, scheinen Raum und Zeit in einem Maße wie nie zuvor überwunden zu sein, und das gilt auch für das Leben der Völker und damit für die Weltpolitik. Es kann daher keine Kriegsschauplätze geben, die

weit von Europa liegen, es kann daher keine Spannungszentren geben, an denen Europa unbeteiligt sein könnte.

Die Entspannungspolitik — und das wurde schon gesagt — ist somit unteilbar geworden. Und so glaube ich, daß wir, die wir hier versammelt sind, die Pflicht haben, alles in unserer Macht stehende zu tun, um mitzuhelfen, ein gefährliches, Europa zunächstliegendes Spannungsfeld ruhigzustellen.

Die Welt des Mittleren Ostens ist in vieler Hinsicht die Wiege unserer Kultur gewesen. Allein, daß die großen Religionen dort entstanden sind, daß vieles in unserer Zivilisation von dort übernommen wurde, begründet ein Nahverhältnis, das verpflichtend ist. Und deshalb sollte diese Konferenz eine Mahnung sein auch an die arabischen Staaten und Israel und eine Aufforderung, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um auf friedliche Weise ihre Konflikte beizulegen, wobei wir sehr genau um die Schwierigkeiten der Probleme Bescheid wissen.

Es muß einen Weg geben, der gleichermaßen die Rechte des israelischen und des palästinensischen Volkes respektiert. Damit steht in engstem Zusammenhang ein Problem, das sich in besonderem Maße für Europa als solches stellt. Eine große Gruppe der europäischen Industriestaaten, die sich der westlichen Welt zugehörig fühlen, sind in ihrer Erdölversorgung vorläufig jedenfalls noch zu 98 % von Lieferungen vor allem aus dem Mittleren Osten abhängig, und da es sich bei Erdöl um einen Rohstoff besonderer Art handelt, müssen wir sehr rasch eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Europa und den ölproduzierenden Ländern des Mittleren Ostens finden. Eine Zusammenarbeit, die in mehr zu bestehen scheint als in bloßem Kaufen und Verkaufen. Es müßte eine Zusammenarbeit besonderer Art etabliert werden.

Da nun einmal das Energieproblem überhaupt eine vordringliche Rolle spielt und da der europäische Osten jedenfalls vorläufig noch in einem höheren Maße Energierohstoffe produziert als der europäische Westen, so scheint es uns vernünftig zu sein, daß sich die europäische Zusammenarbeit im Besonderen darauf konzentriert, das Konzept einer gesamteuropäischen Energiewirtschaft vorzubereiten.

Ein anderes Problem von aktuellster Bedeutung — darüber spreche ich schon sehr oft — als einer der aus einem davon sehr betroffenen Land kommt — ist der Ausbau des europäischen Wasserstraßensystems. Hier wird es darauf ankommen, in den nächsten Jahren in allem, was den Europakanal betrifft, der für neun europäische Länder in Westeuropa, Mitteleuropa und Osteuropa von Bedeutung ist, zu Lösungen zu kommen. Die europäische Wirtschaft ist gekennzeichnet durch Integrationsbestrebungen, wie es sie in diesem Ausmaß noch nie vorher gegeben hat.

Sie entsprechen dem heutigen Stand der Entwicklung unserer Produktionskräfte und unserer Produktionsmittel. Eine wichtige Probe für unsere Zusammenarbeitsfähigkeit und unsere Bestrebungen wird sein, wie wir rasch zu einer echten und konstruktiven Annäherung zwischen den beiden europäischen Integrationssystemen gelangen. Und so möchte ich ein mir besonders wichtiges Thema der Zusammenarbeit kurz streifen.

Die Hilfe, die von den industrialisierten Staaten in 130 Ländern im Jahre 1974 geleistet wurde, wird auf ca. 38 Mrd. Dollar geschätzt.

So beachtlich diese Summe ist, so scheint sie offenbar nicht auszureichen, um jene Entwicklungshilfe zu leisten, die erforderlich wäre. Hier müßten die industrialisierten Staaten zu einer sehr viel größeren Anstrengung bereit sein, sie müßten

sich zum Ziele setzen, in den Entwicklungsländern eine Infrastruktur herbeizuführen, die die Menschen dieser Länder bewahrt vor dem Untergang in Hunger und Elend. Ich weiß, daß auch mein Land diese Verpflichtungen noch nicht in dem Maße erfüllt, wie es uns zukommt, aber ich bin zur Überzeugung gelangt, daß wir alle diese Verpflichtungen leichter erfüllen könnten, wenn sie ein Teil einer großen kontinentalen und konzentrierten Aktion wären. Nur so, glaube ich, werden wir die in Entwicklung begriffenen Länder wirtschaftlich stärken, werden sie an jenes Niveau heranführen, das es ihnen erlauben wird, in eine wirkliche Partnerschaft mit der industrialisierten Welt einzutreten, nur so wird ein System wirtschaftlicher Verflechtung geschaffen, daß allein das sicherste Unterpfand friedlicher Entwicklungen ist.

Ich spreche also von einem europäischen Plan zur Zusammenarbeit mit anderen Teilen der Welt.

Und so, Herr Präsident, möchte ich mich schließlich einer politisch-psychologischen Frage von entscheidendster Bedeutung zuwenden. Die größten Schwierigkeiten bei der Vorbereitung dieser Konferenz lagen in dem tiefen Mißtrauen, das es in den Menschen gegenüber der Macht und ihrer brutalen Entfaltung gibt. Und deshalb hat es die langen Auseinandersetzungen über den humanitären Bereich gegeben.

Es wird für den Erfolg unserer Bemühungen vor allem wichtig sein, ob es uns gelingt, dieses Mißtrauen, wenn nicht vollständig zu beseitigen, so doch auf ein Minimum zu reduzieren. Nicht, daß wir uns der Illusion hingeben wollten, daß es in Zukunft über das, was wir hier vereinbaren, keinen Streit geben wird. Ausschlaggebend aber scheint uns zu sein, daß wir bei dem Streit, der über das oder jenes entstehen könnte, immer einen Weg zu einer Beilegung finden.

Herr Präsident, viel Zeit ist uns nicht gegeben bis zur nächsten Konferenz im Jahre 1977 in Belgrad und die Zeit vergeht rasch und deshalb müssen wir uns an dem Tage nach dieser Konferenz an die Arbeit machten, um das zu tun, was wir brauchen, soll diese Konferenz einen Sinn haben.

In den Dokumenten, die uns zur Unterzeichnung vorliegen, ist immer wieder davon die Rede, daß wir uns zur Zusammenarbeit trotz der Verschiedenheit der gesellschaftlichen Systeme, die es in Europa gibt, entschließen wollen. Um was handelt es sich denn bei diesen verschiedenen Systemen, von denen wir sprechen? Hier ist ein klärendes Wort auch von meiner Seite notwendig. Hunderte Millionen von Menschen leben in Ländern, die den Gedanken der politischen Demokratie zutiefst verbunden sind, abermals Hunderte Millionen von Menschen leben in Ländern, in denen die politischen Vorstellungen kommunistischer Parteien ihre Verwirklichung gefunden haben, wobei die autonomen Entwicklungen in manchen Staaten höchst bemerkenswert sind. Es hätte wenig Sinn, die fundamentalen Unterschiede dieser verschiedenen politischen Systeme und Gesellschaftsordnungen zu verkleinern oder gar zu ignorieren. Es ist daher sehr begrüßenswert, so glaube ich, daß es immer wieder zu der Klarstellung kommt, daß die Koexistenz — unter der wir die heute mögliche Form friedlicher Beziehungen verstehen — nicht als für den ideologischen Bereich gültig angesehen werden kann. Ich begrüße diese Klarstellung, denn auch auf seiten der demokratischen Staaten ist man fest entschlossen, dem Gedanken der Demokratie immer stärker zum Durchbruch zu verhelfen, und wir sind der Auffassung, daß die Demokratie an sich eine so schöpferische Staatsform ist, daß in ihrem Rahmen und unter strengster Beachtung ihrer Grundsätze auch große gesellschaftliche Reformen sich vollzogen und auch in Zukunft vollziehen werden.

Wir sind also zur Auseinandersetzung bereit, und wir begrüßen die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auch deshalb, weil die Grundsätze, die erarbeitet wurden, diese weltweite Auseinandersetzung in friedlichen Formen erlauben sollten. Jedenfalls verstehen wir so jene Stelle aus der Prinzipienerklärung, die da vom Recht jedes Teilnehmerstaates spricht, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln. Herr Präsident, Österreich hat sich von allem Anfang an für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingesetzt. Denn wir wissen aus eigenster und leidvollster Erfahrung um die Bedeutung eines entspannten Kontinents. Gibt es diese Entspannung, dann liegt Österreich im Herzen dieses Kontinents als blühendes Gemeinwesen und als sichere Heimstätte seiner Menschen, gibt es sie nicht, dann liegen wir im düsteren Schatten einer militärischen und politischen Demarkationslinie, liegen wir im Schatten einer Demarkationslinie, die durch ganz Europa geht und zur Scheidelinie seiner militärischen und politischen Systeme wird. Sie werden also verstehen, warum Österreich alles beitragen will, warum wir bei aller Freiheit von Illusionen, dem Entspannungsgedanken so positiv gegenüberstehen:

Eine erste wichtige Phase ist abgeschlossen, eine neue, noch fruchtbarere muß nach Helsinki beginnen.

Urho Kekkonen, Staatspräsident der Republik Finnland

(Zusammenfassung)

„Es gibt kaum ein anderes politisches Ereignis in den vergangenen Jahren, das in ähnlichem Ausmaße das Interesse der Finnen erregt und sie mit begründeten Erwartungen in solcher Weise inspiriert hätte wie die Verwirklichung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa." Mit diesen Worten unterstrich Finnlands Staatspräsident Urho Kekkonen den Wunsch des finnischen Volkes nach einem sicheren Europa des Friedens und der Zusammenarbeit. „Die Schritte, die Finnland zur weiteren Entwicklung der Idee unternommen hat, waren zuerst bilaterale mit den verschiedenen Ländern. Später wurde die Arbeit durch die Einberufung der multilateralen Konsultationen in Helsinki fortgeführt. Als die Ergebnisse dieser Vorbereitungsarbeit in dieser gleichen Halle vor zwei Jahren angenommen wurden, verabschiedete man die Verhandlungspartner mit Dokumenten und guten Wünschen. Die umfangreiche und unterschiedliche Tagesordnung war in einer solchen Weise verfaßt worden, daß die lebhaften Interessen eines jeden Teilnehmers berücksichtigt wurden", sagte Kekkonen.

„Der Umstand, daß die politischen Führer von 35 Staaten nach Helsinki gekommen sind, um die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu unterzeichnen, dokumentiert den gemeinsamen Willen, diese Probleme entsprechend den Prinzipien der Konferenz zu lösen", erklärte der finnische Präsident unter Hinweis auf noch ungelöste Fragen. Als Finnland vor sechs Jahren eine aktive Haltung zum Gedanken der Sicherheitskonferenz eingenommen habe, ließ es sich von dem Wunsch leiten, neue Wege bei der Stärkung der Sicherheit und Zusammenarbeit zu suchen. „Die Sicherheit Finnlands — wie jedes kleinen und wohl auch großen Landes — hat nur dann eine sichere Basis, wenn die Friedenssituation ungestört andauert und die stufenweise Entspannung ernsthafte Fortschritte macht."

Die Prinzipien für die zwischenstaatlichen Beziehungen, die die Teilnehmer beschließen, wertete Urho Kekkonen als Prämisse der Sicherheitskonferenz. Die

Konferenz habe versucht, neue Wege zu beschreiten, für die noch keine Erfahrungen vorliegen.

Hinsichtlich der praktischen Zusammenarbeit unterstrich der Redner, daß Finnland die Förderung der allseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereits seit langem als ein Hauptziel betrachtet.

„Auch in der Zukunft ist es unabdingbar, daß die gemeinsamen Anstrengungen auf den gleichen Prinzipien basieren wie jetzt. Die Arbeit muß unter Berücksichtigung der souveränen Gleichheit aller Teilnehmer erfolgen, deren Ziel jedoch die Zusammenarbeit ist. Dann — wie auch jetzt — hängen die Ergebnisse von der Bereitschaft ab, unsere Bestrebungen mit anderen in Einklang zu bringen, wobei jeder eigene Verantwortung fühlt."

Das finnische Staatsoberhaupt unterstrich, daß der von der Konferenz initiierte Prozeß nicht allein durch Beratungen Fortschritte macht, sondern unablässige Bemühungen erfordere. Die politischen Spannungen haben sich vermindert oder sind nahezu ausgemerzt worden, während sich jedoch gleichzeitig gewaltige Kriegsmaschinerien gegenüberstehen. Präsident Kekkonen vertrat die Auffassung, daß auch diese Konferenz „uns jenem Tag nähergebracht hat, an dem der Gedanke von einer umfassenden internationalen Abrüstung nicht mehr nur ein ferner Wunsch, sondern ein fester Bestandteil unserer Zusammenarbeit ist".

Sicherheit ist unteilbar, führte der Redner anschließend aus. Wir Finnen sind bereit, unseren Teil zu übernehmen, und werden auch in Zukunft alles tun, damit das gemeinsam aufgestellte Ziel erreicht wird.

Carlos Arias Navarro, Premierminister Spaniens

(Zusammenfassung)

Das Hauptanliegen der Konferenz sei, neue und solide Grundlagen für die Beziehungen zwischen den Staaten zu schaffen, die den Völkern Europas eine dynamische Zukunft des Friedens, der Gerechtigkeit und des Fortschritts sichern. Der spanische Delegationsleiter betonte: „Spanien hat immer an die Potenzen geglaubt, die der Idee dieser Konferenz zugrunde liegen." Es sei notwendig, den jetzt beschrittenen Weg fortzusetzen. Das werde dem Frieden, der Sicherheit und dem Fortschritt der Völker dienen.

Gerald Ford, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

(Wortlaut)

Herr Vorsitzender, meine verehrten Kollegen: Lassen Sie mich damit beginnen, den Regierungen Finnlands und der Schweiz, die dieser Konferenz in ihren verschiedenen Phasen hervorragende Gastgeber gewesen sind, meine und meiner Verbündeten Dankbarkeit für ihre Effizienz und Gastfreundschaft auszusprechen.

Insbesondere Ihnen, Herr Präsident Kekkonen, habe ich im Namen des 214-Millionen-Volks der Vereinigten Staaten von Amerika für das Volk der Republik Finnland die Bekräftigung der traditionellen Zuneigung und Bewunderung anzuvertrauen, welche alle meine Landsleute ihrem tapferen und schönen Land gegenüber empfinden. Wir sind einander durch das stärkste aller Bande verbunden, durch unsere brennende Liebe zu Freiheit und Unabhängigkeit, die kein anderes Vaterland kennt als das menschliche Herz. Dieses Gefühl ist so dauerhaft wie der Granitfelsen, auf dem diese Stadt steht, und so bewegend wie die Musik von

Sibelius. Unser Besuch in diesem Land, so kurz er ist, hat uns einen tieferen Eindruck des Stolzes, des Fleißes und der Freundlichkeit vermittelt, die Amerikaner stets mit der finnischen Nation assoziieren.

Die hier versammelten Nationen haben 30 Jahre lang den allgemeinen Frieden in Europa erhalten. Aber es hat dennoch zu viele Situationen gegeben, in denen der große Konflikt nur um Haaresbreite vermieden wurde. Bis heute ist es eine dringende Frage geblieben, wie ein gerechter und dauerhafter Friede für alle Völker geschaffen werden kann. Ich bin nicht über den Altantik gekommen, um auszusprechen, was wir alle bereits wissen — daß Staaten heute über die Fähigkeit zur Zerstörung der Zivilisation verfügen und daß es deshalb für unser aller Außenpolitik ein oberstes Ziel geben muß: die Verhütung eines thermonuklearen Krieges. Ich bin auch nicht gekommen, um über die harte Realität ideologischer Unterschiede, politischer Rivalitäten und militärischer Konkurrenz, die zwischen uns fortbestehen, zu grübeln.

Ich bin nach Helsinki gekommen als Sprecher einer Nation, deren Vision stets vorwärtsgewandt war und deren Bevölkerung stets verlangt hat, daß die Zukunft heller als die Vergangenheit sein werde, und deren vereinter Wille und Zweck es zu dieser Stunde sind, sorgsam für die Förderung von Frieden und Fortschritt nicht nur für uns selbst, sondern für die gesamte Menschheit zu arbeiten.

Ich bin hier, um ganz einfach zu meinen Kollegen zu sagen: Wir schulden es unseren Kindern, den Kindern aller Kontinente, keine Gelegenheit zu versäumen, uns nicht eine Minute lang krank zu stellen und uns selbst nicht zu schonen noch anderen zu erlauben, sich zu drücken, wenn es um die monumentale Aufgabe geht, eine bessere und sicherere Welt zu erbauen.

Das amerikanische Volk weiß wie die Völker Europas, daß bloße Versicherungen des guten Willens, vorübergehende Veränderungen in der politischen Stimmung von Regierungen, lobenswerte Prinzipiendeklarationen nicht genug sind. Aber wenn wir mit Sorgfalt vorgehen, engagiert für realen Fortschritt, dann gibt es jetzt eine Chance, die Hoffnungen unserer Völker Wirklichkeit werden zu lassen.

In den vergangenen Jahren haben die hier vertretenen Nationen sich bemüht, potentielle Konflikte zu lindern. Aber ehe wir uns vorzeitig beglückwünschen, gibt es noch sehr viel mehr zu tun. Die militärische Konkurrenz muß unter Kontrolle gebracht werden. Die politische Konkurrenz muß eingeschränkt werden. Krisen dürfen nicht manipuliert oder um einseitiger Vorteile willen, die uns erneut an den Rand des Krieges führen könnten, ausgenutzt werden.

Ich hoffe zutiefst, daß diese Konferenz weitere praktische und konkrete Resultate anregen wird. Sie bietet eine willkommene Gelegenheit, den Kreis jener Länder, die mit der Linderung der Spannungen zwischen Ost und West befaßt sind, zu erweitern. Beteiligung an der Schaffung der Entspannung und Teilhabe am Nutzen der Entspannung muß jedermanns Sache sein, in Europa und andernorts. Aber Entspannung kann nur erfolgreich sein, wenn jedermann begreift, was Entspannung tatsächlich ist.

Erstens ist Entspannung ein evolutionärer Prozeß, kein statischer Zustand. Noch bestehen viele beachtliche Herausforderungen.

Zweitens wird der Erfolg des Entspannungsprozesses von neuen Verhaltensmustern abhängen, die all unsere feierlichen Deklarationen mit Leben erfüllen. Die Ziele, die wir uns heute setzen, werden der Maßstab sein, mit dem unser Abschneiden gemessen werden wird.

Die Völker Europas und, das kann ich Ihnen versichern, das Volk Nordamerikas sind es durch und durch müde, daß man ihre Hoffnungen erst erweckt und dann zerschlägt durch leere Worte und unerfüllte Versprechungen. Wir sollten lieber sagen, was wir denken, und denken, was wir sagen, sonst werden wir uns mit dem Zorn unserer Bürger herumzuschlagen haben.

Wenn wir keine Wunder erwarten dürfen, so können wir erwarten und erwarten wir steten Fortschritt, der sich schrittweise vollzieht — in Schritten, die miteinander zusammenhängen und die auf verschiedenen Gebieten unserer Beziehungen unsere Taten mit unseren Worten zur Deckung bringen.

Schließlich muß die Existenz gegenseitiger Verpflichtung akzeptiert werden. Entspannung kann, wie ich oft gesagt habe, keine Einbahnstraße sein. Spannungen können nicht durch eine Seite allein gemildert werden. Beide Seiten müssen Entspannung wollen und dafür arbeiten, daß sie erreicht wird. Beide Seiten müssen Nutzen davon haben.

Diese außergewöhnliche Zusammenkunft in Helsinki beweist, daß all unseren Völkern die Sorge um Europas Zukunft und eine friedlichere Welt gemeinsam ist. Aber was sonst beweist sie? Wie sollen wir die Resultate einschätzen?

Unsere Delegationen haben lange und hart gearbeitet, um Dokumente zu verfassen, die vornehme und rühmliche politische Prinzipien bestätigen. Sie formulieren Leitlinien für das Verhalten der Staaten und für internationale Zusammenarbeit.

Jeder Signatarstaat sollte wissen, daß, wenn diese Leitlinien mehr sein sollen als das jüngste Kapitel eines langen und traurigen Buches unerfüllter Deklarationen, jede Seite entschlossen sein muß, sie Wirklichkeit werden zu lassen.

Diese Dokumente, die wir unterzeichnen werden, repräsentieren einen neuen Schritt — einen wie langen oder kurzen Schritt, wird nur die Zeit zeigen können — im Prozeß der Entspannung und Versöhnung in Europa. Unsere Völker werden beobachten und messen, welchen Fortschritt wir machen. Sie werden fragen, wie diese vornehmen Empfindungen in Taten übersetzt werden, die sicherere und gerechtere Ordnung in das alltägliche Leben unserer Nationen und ihrer Bürger tragen werden.

Die hier erarbeiteten Dokumente stellen Kompromisse dar — wie alle internationalen Verhandlungen —, aber diese, Prinzipien, die wir vereinbart haben, sind mehr als der kleinste gemeinsame Nenner von Regierungspositionen:

— Sie bekräftigen die grundlegendsten Menschenrechte: Gedanken-, Gewissens- und Glaubensfreiheit; die Ausübung bürgerlicher und politischer Rechte; die Rechte von Minderheiten.

— Sie rufen auf zu einem freieren Fluß von Informationen, Ideen und Menschen; mehr Raum für die Presse, Kultur- und Bildungsaustausch, Familienzusammenführung, dem Recht zu Reisen und der Heirat zwischen Bürgern verschiedener Staaten; und zum Schutz des unschätzbaren Erbes unserer verschiedenen Kulturen.

— Sie eröffnen weite Gebiete für verstärkte Zusammenarbeit: Handel, Industrieproduktion, Wissenschaft und Technologie, Umwelt, Verkehrswesen, Gesundheit, Weltraum und Ozeane.

— Sie bekräftigen die grundlegenden Prinzipien der Beziehungen zwischen Staaten: Nichteinmischung, souveräne Gleichheit, Selbstbestimmung, territoriale Integrität, Unverletzlichkeit der Grenzen und die Möglichkeit der Änderung mit friedlichen Mitteln.

Die Vereinigten Staaten unterschreiben dieses Dokument mit Freude, denn wir unterschreiben jedes dieser Prinzipien.

Vor fast 200 Jahren wurden die Vereinigten Staaten als eine freie und unabhängige Nation geboren. Die Abkömmlinge von Europäern, die ihre Unabhängigkeit in Amerika proklamierten, brachten in jener Erklärung „gebührende Achtung der Meinungen der Menschheit" zum Ausdruck und erklärten nicht nur, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, sondern auch, daß sie mit unveräußerlichen Rechten auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück ausgestattet sind.

Die Begründer meines Landes sagten nicht nur, daß alle Amerikaner diese Rechte genießen sollten, sondern alle Menschen, wo auch immer, sollten diese Rechte genießen. Und von diesen Prinzipien haben sich die Vereinigten Staaten die zwei Jahrhunderte ihrer nationalen Geschichte hindurch leiten lassen. Sie haben Millionen in Europa und auf jedem Kontinent mit Hoffnung erfüllt.

Ich bin gefragt worden, warum ich heute hier stehe. Ich stehe hier, weil ich — und weil meine Landsleute — an die Interdependenz zwischen Europa und Nordamerika glaube, an die Interdependenz der gesamten menschlichen Familie in der Tat.

Ich bin hier, weil die Führer von 34 weiteren Regierungen hier sind — der Staaten Europas und unseres guten Nachbarn Kanada, mit dem wir eine offene Grenze von 5526 Meilen gemeinsam haben, an der nicht ein einziger bewaffneter Soldat steht und welche unsere beiden Völker 160 Jahre lang in Freundschaft und gegenseitigem Respekt überquert haben. Und ohne Widerspruch befürchten zu müssen, kann ich sagen, daß es unter den hier vertretenen Völkern kein einziges gibt, dessen Blut nicht in den Adern von Amerikanern fließt und dessen Kultur und Traditionen nicht das Erbe bereichert hätten, das wir Amerikaner so hoch schätzen.

Als die Vereinigten Staaten vor 200 Jahren eine Deklaration hoher Prinzipien beschlossen, spotteten und höhnten die Zyniker und Zweifler jener Tage. Aber elf lange Jahre später war unsere Unabhängigkeit erreicht, und die Stabilität unserer Republik wurde tatsächlich durch die Verankerung ebendieser Prinzipien in unsere Verfassung bewirkt.

Diese Prinzipien jedoch bleiben, obwohl sie weiter vervollkommnet werden, die Leitlinien der amerikanischen Politik, und die amerikanischen Menschen bewahren sich weiterhin, wie damals, die gebührende Achtung vor den Meinungen der Menschheit und vor Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück aller Völker wo auch immer.

Für die Mitteilnehmer an dieser Konferenz symbolisiert meine Anwesenheit hier das vitale Interesse meines Landes an der Zukunft Europas. Unsere Zukunft ist mit der Ihren verbunden. Unsere ökonomische Prosperität ebenso wie unsere Sicherheit ist in zunehmendem Maße mit der Ihren verbunden. Die geographische Distanz wird überbrückt durch unser gemeinsames Erbe und unsere gemeinsame Bestimmung. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen daher, sich voll an den Angelegenheiten Europas und an der Umsetzung der Ergebnisse dieser Konferenz in lebendige Wirklichkeit zu beteiligen.

Für Amerikas Verbündete: Wir im Westen müssen den Kurs fortsetzen, den wir gemeinsam eingeschlagen haben, verstärkt durch unsere jeweilige Kraft und wechselseitiges Vertrauen. Stabilität in Europa erfordert das Gleichgewicht in Europa. Ich versichere Sie daher, daß mein Land weiterhin ein interessierter und verläßlicher Partner sein wird. Unsere Partnerschaft ist weit mehr als eine Sache formaler Übereinkünfte. Sie ist Ausdruck von Überzeugungen, Traditionen und

Bindungen, die für das amerikanische Volk von tiefer Bedeutung sind. Wir sind stolz darauf, daß diese Werte in diesem Dokument ausgesprochen sind.

Für die Länder des Ostens: Die Vereinigten Staaten anerkennen, daß die Prinzipien, die diese Konferenz vereinbart hat, Bestandteil des großen Erbes der europäischen Kultur sind, deren Treuhänder für die gesamte Menschheit wir alle sind. Für mein Land sind sie weder Klischees noch hohle Phrasen. Wir nehmen diese Arbeit und diese Worte ernst. Wir werden keine Anstrengung scheuen, um Spannungen zwischen uns zu mildern und Probleme zwischen uns zu lösen. Aber es ist wichtig, daß Sie die tiefe Hingabe der amerikanischen Menschen und ihrer Regierungen an die Menschenrechte und die Grundfreiheiten und somit an die Versprechen, die diese Konferenz hinsichtlich der freieren Bewegung von Menschen, Ideen und Informationen gemacht hat, erkennen.

Die Errichtung einer politischen Beziehung zwischen Ost und West konfrontiert uns mit vielen Herausforderungen.

Berlin hat eine besondere Bedeutung. In der Vergangenheit war es ein Brennpunkt der Konfrontation; in Zukunft kann es ein Beispiel freidlicher Regelung geben. Die Vereinigten Staaten betrachten es als einen Prüfstein der Entspannung und der Prinzipien dieser Konferenz. Wir begrüßen die Tatsache, daß — in Abhängigkeit von den vierseitigen Rechten und Verantwortlichkeiten — die Resultate der KSZE für Berlin gelten, ebenso wie sie in ganz Europa gelten.

Die militärische Stabilität in Europa hat den Frieden erhalten. Nunmehr ist die Zeit gekommen, unter Aufrechterhaltung dieser Stabilität das hohe Niveau militärischer Potentiale auf beiden Seiten substantiell zu reduzieren. Die gegenwärtig in Wien stattfindenden Verhandlungen über gegenseitige und ausgewogene Streitkräftereduzierungen haben bisher nicht zu den Resultaten geführt, die ich erhofft hatte. Die Vereinigten Staaten sind bereit, Flexibilität zu demonstrieren, um diese Verhandlungen voranzubringen, wenn andere das gleiche tun werden. Ein Abkommen, das die gegenseitige Sicherheit erhöht, ist erreichbar — und essentiell.

Die Vereinigten Staaten beabsichtigen gleichfalls, energisch auf ein weiteres Abkommen über die Begrenzung strategischer Waffen hinzuarbeiten. Dies bleibt eine Priorität amerikanischer Politik. Generalsekretär Breschnew und ich sind im vergangenen November in Wladiwostok über die Hauptpunkte eines neuen, strategische Offensivwaffen für die nächsten zehn Jahre begrenzenden Abkommens übereingekommen. In unseren bilateralen Erörterungen hier in Helsinki kommen wir voran.

Mit der Ausbreitung der Technologie nuklearer Waffen sieht sich die Welt einer nie dagewesenen Gefahr gegenüber. Die Nationen Europas tragen eine große Verantwortung für eine internationale Lösung dieses Problems. Der Nutzen friedlicher Atomenergie gewinnt immer größere Bedeutung. Wir müssen Wege finden, diesen Nutzen zu verbreiten und gleichzeitig die Welt vor der Bedrohung durch die Weiterverbreitung von (Atom-)Waffen zu schützen.

Für die anderen auf dieser Konferenz vertretenen Nationen Europas: Wir würdigen die Arbeit, die Sie hier geleistet haben, um ganz Europa zusammenbringen zu helfen. Ihr Recht, in Frieden und Unabhängigkeit zu leben, ist eines der Hauptziele unseres Bemühens. Ihr fortdauernder Beitrag wird unverzichtbar sein.

Für jene Nationen, die nicht teilnehmen, und für alle Völker der Welt: Die in diesen Dokumenten enthaltene feierliche Verpflichtung, die Grundrechte, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Wohlfahrt zu fördern, gilt letztenendes für alle Völker.

Der Prozeß der Verhandlungen muß fortgesetzt werden, nicht im Schneckentempo, sondern mit erwiesenem Enthusiasmus und sichtbaren Fortschritten.

Nirgendwo sind Herausforderungen und Chancen größer und augenscheinlicher als in Europa. Dies ist der Grund, aus dem diese Konferenz uns alle zusammenführt. Konflikte in Europa erschüttern die Welt. Zweimal in diesem Jahrhundert haben wir diese Lektion teuer bezahlt; zu anderen Zeiten waren wir der Katastrophe gefährlich nahe. Vergessen wir die Tragödie und den Schecken jener Zeiten nicht!

Frieden ist kein Stück Papier. Aber dauerhafter Friede ist heute zumindest möglich deshalb, weil wir aus der Erfahrung der letzten 30 Jahre gelernt haben, daß Frieden ein Prozeß ist, der gegenseitige Zurückhaltung und praktische Arrangements erfordert.

Diese Konferenz ist Teil jenes Prozesses — eine Herausforderung, kein Abschluß. Wir stehen vor ungelösten Problemen der militärischen Sicherheit in Europa, an die wir mit sehr realen Unterschieden in Wertvorstellungen und Zielen herangehen. Aber wenn wir sie sorgfältig vorbereitet behandeln, wenn wir uns auf konkrete Fragen konzentrieren und wenn wir die Vorwärtsbewegung in Gang halten, sind wir berechtigt, reale Fortschritte zu erwarten.

Die Ära der Konfrontation, die Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geteilt hat, kann jetzt zu Ende gehen. Es gibt eine neue Einstellung — und eine uns gemeinsame Einstellung — zu einer Wende zum Besseren, weg von der Konfrontation und hin zu neuen Möglichkeiten sicherer und gegenseitig nützlicher Zusammenarbeit. Dies haben wir alle hier ausgesprochen. Ich begrüße und teile diese Zukunftshoffnungen.

Die Nachkriegspolitik der Vereinigten Staaten war beständig auf den Wiederaufbau Europas und die Wiedergeburt der historischen Identität Europas gerichtet. Die Nationen des Westens haben für Frieden und Fortschritt überall in Europa zusammengearbeitet. Von Anfang an haben wir die Initiative ergriffen, indem wir klare Ziele und Felder für Verhandlungen absteckten.

Wir haben eine Struktur europäischer Beziehungen gesucht, die Rivalität durch Beschränkung dämpft, Macht durch Mäßigung, indem wir auf die traditionellen Bande, die uns mit alten Freunden verbinden, setzten und neue Bande mit früheren und potentiellen Feinden zu knüpfen versuchten.

In den vergangenen Jahren ist es zu einigen substantiellen Errungenschaften gekommen. Wir betrachten das Viermächteabkommen über Berlin von 1971 als das Ende einer permanenten Krise, die bei mindestens drei Anlässen die Welt an den Rand des Untergangs gebracht hat. Die Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten Osteuropas sowie die entsprechenden innerdeutschen Abmachungen lassen Zentraleuropa und die Welt leichter atmen. Der Beginn von Ost-West-Gesprächen über gegenseitige und ausgewogene Streitkräftereduzierungen demonstrierte die Entschlossenheit, sich mit militärischen Sicherheitsproblemen auf dem Kontinent zu befassen. Der Vertrag über die Begrenzung antiballistischer Raketen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion von 1972 und das Interimsabkommen über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen waren die ersten soliden Durchbrüche zu dem, was ein kontinuierlicher und langfristiger Prozeß der Begrenzung strategischer Atomarsenale sein muß.

Können wir wirklich von Frieden und Sicherheit sprechen, ohne die Ausbreitung nuklearer Waffen in der Welt oder die Schaffung noch ausgeklügelterer Formen

der Kriegführung zur Sprache zu bringen? Kann Friede teilbar sein in Zonen der Ruhe und Zonen des Konflikts? Kann Europa wirklich gedeihen, wenn wir uns nicht alle dem Übel des Hungers in Ländern zuwenden, die weniger glücklich sind als wir?

— der neuen Dimension der Wirtschafts- und Energieprobleme, die unserem eigenen Fortschritt zugrundeliegen?

— dem Dialog zwischen Produzenten und Konsumenten, zwischen Exporteuren und Importeuren, zwischen industrialisierten und weniger entwickelten Ländern?

— Und kann es Stabilität und Fortschritt geben, wenn Gerechtigkeit und grundlegende Freiheiten fehlen?

Unsere Völker wünschen eine bessere Zukunft. Ihre Erwartungen sind gesteigert worden durch die sehr realen Schritte, die bereits getan wurden — hinsichtlich der Rüstungsbegrenzung, politischer Verhandlungen und der Erweiterung der Kontakte und Wirtschaftsbeziehungen. Unsere Anwesenheit hier gibt ihnen zu weiterer Hoffnung Anlaß. Wir dürfen sie nicht enttäuschen.

Wenn die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten eine Übereinkunft erreichen können, die es unseren Astronauten erlaubt, die kompliziertesten wissenschaftlichen Geräte zusammenzufügen, zusammenzuarbeiten und einander 137 Meilen hoch im All die Hand zu reichen, dann haben wir als Staatsmänner die Verpflichtung, gleiches auch auf der Erde zu leisten.

Die Geschichte wird diese Konferenz nicht nach dem bewerten, was wir heute sagen, sondern nach dem, was wir morgen tun werden — nicht nach den Versprechen, die wir abgeben, sondern nach den Versprechen, die wir halten.

Anton Buttigieg, Stellvertretender Premierminister der Republik Malta

(Zusammenfassung)

„Als Beweis eines völligen Klimawandels sind die Ergebnisse dieser Konferenz hervorragend", sagte der Redner. Jeder Teilnehmerstaat müsse nun seinerseits genauestens und entsprechend dem Geist und Inhalt des Schlußdokuments handeln, damit Erreichtes nicht verlorengeht. Deshalb unterstütze Malta mit ganzem Herzen alle Initiativen zu zwei- und mehrseitigen Treffen, die der Konsolidierung der Konferenzerfolge dienen. Es sei notwendig, daß sich jeder auf die Nachfolgemaßnahmen vorbereite, die 1977 in Belgrad diskutiert werden sollen. Malta erstrebe, daß auf den Mittelmeerraum „etwas von der Stabilität und Sicherheit ausgedehnt wird, die in Mitteleuropa erreicht werden konnte und die mit dem Schlußdokument der Konferenz besiegelt werden soll".

Joop den Uyl, Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande

(Zusammenfassung)

Als gegenwärtig grundlegende Frage bezeichnete der niederländische Ministerpräsident Joop den Uyl, ob es gelinge, den Ausbruch eines neuen Krieges zu vermeiden. „Europa kann sich keinen neuen Krieg leisten", konstatierte er. Der besondere Charakter dieser Konferenz bestehe darin, daß 30 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges eine europäische Konferenz zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden konnte. „Der Umstand, daß wir hier gemeinsam in einem europäischen Maßstab an den Aktivitäten dieser Konferenz arbeiten, ist an sich ein Beitrag zu einem dauerhaften Frieden", unterstrich er.

Joop den Uyl hob die große Bedeutung Europas für die internationale Politik hervor. „Ich möchte nicht die Bedeutung der Konferenz, die jetzt abgeschlossen wird, überbewerten. Die Beendigung der Konferenz ist gerade ein neuer Beginn; der Beginn einer Ära, in der wir mit den Aussichten und Hoffnungen leben müssen, die in dem Dokument verkörpert sind." Als den wesentlichen Aspekt der Sicherheitskonferenz bezeichnete der niederländische Regierungschef ihren Beitrag zur Entspannung, „die den Wunsch unserer Völker verkörpert, ein für allemal den Krieg als ein Mittel der Beilegung von Streitigkeiten auszumerzen".

Die Schlußakte der Konferenz habe zukunftsweisende Bedeutung, denn die Prinzipien und Absichten in den Dokumenten werden — wenn sie verwirklicht werden — ein neues Klima in Europa schaffen.

André Saint-Mleux, Staatsminister des Fürstentums Monaco

(Zusammenfassung)

Im Fürstentum Monaco werden die Schlußdokumente der Sicherheitskonferenz als „ein Schritt nach vorn, als neue Möglichkeiten für einen dauerhaften Frieden begrüßt", erklärte Staatsminister André Saint-Mleux. Männer und Frauen in Europa, ja in der ganzen Welt, hegen neue Hoffnungen. Warum sollte die Menschheit dazu verdammt sein, unter der ständigen Drohung ihrer eigenen Zerstörung zu leben? fragte der Redner. Er ging in seiner Ansprache auch auf die in den Texten konstatierte Notwendigkeit gemeinsamer Maßnahmen für den Umweltschutz ein. Damit werde ein Weg für geeignete Maßnahmen im Rahmen einer vermehrten Zusammenarbeit eröffnet.

Ernsthafte und gemeinsame Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit seien erforderlich, meinte der Sprecher. „Das Fürstentum Monaco, das seinen Schutz und seine Sicherheit Frankreich übertragen hat, leugnet angesichts des heute durch die gemeinsamen Anstrengungen der bescheidensten wie auch der wichtigsten Teilnehmer erzielten Resultats natürlich nicht, daß morgen alle, und besonders die größten, in die Verantwortung für den Frieden einbezogen werden", stellte er fest.

Trygve Bratteli, Ministerpräsident des Königreichs Norwegen

(Zusammenfassung)

Nach Dankesworten an die finnischen Gastgeber erklärte der norwegische Politiker: „Meine Regierung betrachtet diese Konferenz als ein wichtiges Glied im allgemeinen Prozeß der Entspannung und der ausgeweiteten Kontakte, die in den letzten fünf Jahren das Verhältnis zwischen Ost und West geprägt haben. Die Einberufung der Konferenz wurde möglich durch die bedeutenden Fortschritte in der Annäherung und Entspannung im Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sowie durch die positive Entwicklung in Europa."

Trygve Bratteli betonte, daß alle Staaten wichtige Interessen haben und eine Verantwortung für die Weiterführung des Entspannungsprozesses und der Zusammenarbeit tragen. Das sei einer der Gründe, warum die norwegische Seite der Tatsache großen Wert beimesse, daß durch die Sicherheitskonferenz und die Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen ein breiter Rahmen für die mehrseitige Behandlung der zentralen Fragen geschaffen worden sei. Die Sicherheitskonferenz, unterstrich der norwegische Ministerpräsident, habe auf eine nützliche Art und Weise zu einer Klärung und

zu einem nüchternen Verständnis der Grundlage und der weiteren Möglichkeiten für wachsende Sicherheit und erweiterte Zusammenarbeit beigetragen.

„Wir betrachten die Erklärung über die Prinzipien für die Beziehungen zwischen den Staaten als eine feierliche politische und moralische Verpflichtung für unsere Staaten, nach gewissen grundlegenden politischen und völkerrechtlichen Prinzipien zu leben", betonte Bratteli und bekräftigte: „Die 10 Prinzipien dieses Dokuments sind ein Ganzes und gelten für alle Staaten unabhängig von ihrem politischen, sozialen und ökonomischen System und ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu Allianzen."

Als kleines Land im Nordwesten Europas lege Norwegen großes Gewicht darauf, daß die Entspannungspolitik und ihre konkreten Auswirkungen nicht auf das Verhältnis zwischen den Großmächten und auf die Lage in Mitteleuropa beschränkt bleibe. Der Frieden und die Sicherheit seien auch in unserem Teil der Welt unteilbar. Abschließend betonte Trygve Bratteli, daß es in unserer Zeit keine Alternative zu einer geduldigen Fortsetzung der Bemühungen um Entspannung und Zusammenarbeit gebe.

Nicolae Ceausescu, Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien

(Auszüge)

...

Der ergebnisreiche Verlauf der Gesamteuropäischen Konferenz ist von den großen Veränderungen ermöglicht worden, die im internationalen Leben der Gegenwart vor sich gegangen sind. Die stürmische technisch-wissenschaftliche Revolution, die tiefschürfenden nationalen und sozialen revolutionären Veränderungen haben dem Kampf gegen die alte Politik der Ungleichheit, der Gewalt und des Diktats, der imperialistischen, kolonialistischen und neokoloniastischen Politik sowie der Durchsetzung des Willens der Völker, voll und ganz Herr ihres Schicksals zu sein und ihre Zukunft gemäß ihrem Willen und ohne jegliche äußere Einmischung zu gestalten, starke Impulse verliehen. All das hat das Kräfteverhältnis auf internationaler Ebene grundlegend verändert und ausgezeichnete Perspektiven eröffnet für die Verwirklichung einer neuen Politik, die sich auf Gleichheit und gegenseitige Achtung der Nationen gründet, für die Lösung der Probleme entsprechend den Interessen des Friedens und des Wohlstands aller Völker.

Infolgedessen vollzog sich der Übergang von der Periode des Kalten Krieges, von der Politik der Spannung und der Feindseligkeit zu einer Politik der Zusammenarbeit, die den Kurs der Entspannung im internationalen Leben eingeleitet hat.

Es muß jedoch festgestellt werden, daß wir erst am Anfang der Periode der Zusammenarbeit und Entspannung stehen, daß es in der Welt noch viele Konflikte und Zonen der Spannung gibt, daß auch weiterhin starke Kräfte am Werk sind, die die Entspannung gefährden und die internationale Lage erneut erschweren, den Frieden und die Sicherheit der Völker in Gefahr bringen können. Ausgehend von diesen Erwägungen, ist Rumänien der Ansicht, daß die Bemühungen aller Staaten, aller Völker für die Festigung und Beschleunigung des Kurses der Entspannung, für die Förderung einer neuen internationalen Politik, in der alle Nationen ihre materiellen und menschlichen Kräfte der unabhängigen ökonomisch-sozialen Entwicklung, ihrem Wohlstand und ihrem Glück widmen können, verstärkt werden müssen.

...

Die Erweiterung der Kulturaustausche und die Verwirklichung einer guten Information durch die Presse und durch andere Mittel muß der Annäherung der Völker und der Freundschaft zwischen den Völkern dienen und darf die Propagierung des Rassismus, der Kriegshetze sowie all dessen, was die Völker verfeindet, nicht gestatten. Diese Tätigkeit muß ganz im Gegenteil zur Erhöhung der Achtung vor den Traditionen und der Kultur eines jeden Volkes führen und gleichzeitig beitragen zur Verbreitung all dessen, was die Menschheit in allen Tätigkeitsbereichen und auf dem Gebiet der menschlichen Erkenntnis an Wertvollem geschaffen hat. Wir benötigen also eine korrekte Information der Völker. Wir müssen von der Tatsache ausgehen, daß verschiedenen Tätigkeiten der Desinformation, die der Zusammenarbeit und der Sicherheit schaden, ein Ende gesetzt wird. Ich beziehe mich unter anderem auf die Tätigkeit einiger Rundfunksender auf dem Territorium einiger Staaten, die an dieser Konferenz teilnehmen, Rundfunksender, die in keiner Weise den edlen Zielen dienen, die in den Dokumenten verzeichnet sind, die wir heute billigen werden.

Was die humanitären Fragen anbelangt, so besteht kein Zweifel, daß all jene, über die man ein Übereinkommen erzielt hat, wichtig sind, sowohl jene im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Reisen und Eheschließungen, wie auch jene bezüglich der Arbeits- und Lebensbedingungen von Millionen Menschen, die gezwungen sind, ihre Familien, ihr Vaterland zu verlassen, um Arbeit zu suchen. Es ist schwer, nicht darauf hinzuweisen, daß wir vielleicht diesen Fragen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit werden schenken müssen.

Hier wurden viele Hinweise auf ideologische Prinzipien gemacht. Ich bin Kommunist und ich kann nicht umhin, mit Genugtuung festzustellen, daß Rumänien gerade dank der Tatsache, daß es den neuen, sozialistischen Weg der sozialen Befreiung geht, unter der Führung der Kommunisten eine tatsächliche Unabhängigkeit errungen hat und sich ein neues Leben errichtet, das dem Volk Wohlstand und Glück gewährleistet. Es gibt zweifellos verschiedene Auffassungen über die Organisation der Gesellschaft, in Fragen der Demokratie und in anderen philosophischen Fragen. Müssen wir jedoch bei der Erörterung dieser Fragen nicht von der Notwendigkeit ausgehen, das Recht eines jeden Volkes zu achten, den Weg der Entwicklung zu wählen, den es wünscht? Ich bin für eine freie Diskussion über jedwelche ideologische Fragen; ich bin für freie Meinungsaustausche, für Delegationsaustausche, und ich denke, daß die Politik Rumäniens das sattsam beweist. Im Zusammenhang damit jedoch, was einige illustre Redner vorhin dargelegt haben, möchte ich mir die Bemerkung gestatten, daß es tatsächlich Demokratie und Demokratie gibt. Wie könnte man von Gleichheit, Freiheit und Demokratie zwischen den reichen Ländern und den Ländern, die nicht einmal 100 Dollar Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung haben, sprechen? Eine tatsächliche Gleichheit zu verwirklichen, heißt, auch die erforderlichen materiellen Voraussetzungen zu schaffen. Wie kann man im allgemeinen von einer Absolutisierung sogenannter demokratischer Normen sprechen? Ich gestatte mir zu behaupten, daß die Demokratie, die wir in Rumänien verwirklichen, jener, auf die sich einige Vorredner hier bezogen haben, weit überlegen ist. Doch darüber bin ich, unter welchen Bedingungen auch immer, zu sprechen bereit, jedoch auf dem Prinzip der Gleichheit und der Achtung der Meinungen und des Rechtes eines jeden, diese Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Wenn wir jedoch von humanitären Problemen sprechen, wäre es vielleicht gut gewesen, neben der Gewährleistung vieler Rechte und Anliegen, mit denen ich vollkommen einverstanden bin, betreffend die Arbeitsbedingungen der Presse, uns mehr auch mit den Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft, der Bauernschaft, der

Intelligenz, der Mittelschichten zu beschäftigen. Warum sollen wir uns nur mit einer bestimmten sozialen Kategorie beschäftigen und denken, daß nur diese in den Kreis der humanitären Fragen einzubeziehen ist? Verdienen denn die Dutzende und Hunderte Millionen Menschen, die in Fabriken, in Bergwerken, auf den Äckern schwer arbeiten, nicht unsere Aufmerksamkeit, damit sie ein Leben in Freiheit, Würde und Wohlstand führen können? Vielleicht wäre es besser gewesen, bei den humanitären Fragen einigen Aspekten mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, die mit dem Kampf gegen die Drogen, die Rauschgifte, die Kriminalität und andere Erscheinungen verbunden sind, die Dutzende Millionen Jugendliche zahlreicher Länder schwer bedrohen und eine große Gefahr darstellen für die Zivilisation und den Fortschritt der Menschheit selbst.

Wir hoffen, daß all das in Zukunft eine entsprechende Lösung finden und sich einer größeren Aufmerksamkeit seitens der kommenden Treffen erfreuen wird, damit wir tatsächlich alle Voraussetzungen schaffen, so wie das viele der illustren Vorredner gesagt haben, damit die Völker besser und freier leben können und sich voll und ganz der Wohltaten der Zivilisation und des Fortschritts erfreuen.

Gleichzeitig sehen die Dokumente, die unterzeichnet werden, die künftige Abhaltung weiterer Treffen vor, mit dem Ziel, eine Bilanz der Anwendung der eingegangenen Verpflichtungen zu ziehen und zugleich Mittel und Wege zur Lösung der schwerwiegenden Fragen des politischen Lebens in Europa zu finden. Obwohl diese Bestimmungen den Erwartungen der Sozialistischen Republik Rumänien, dem von den Völkern Europas gehegten Bedürfnis, auch in Zukunft ihre Bemühungen für die Sicherheit zu vereinen, nicht vollauf entsprechen, sind wir der Ansicht, daß sie dennoch eine Perspektive eröffnen für die Kontinuität der Tätigkeit auf diesem Gebiet.

...

Wir müssen der Wirklichkeit in die Augen sehen und den Völkern offen sagen, daß in Europa die stärksten militärischen Kräfte und Waffen konzentriert sind, die die Geschichte je gekannt hat, einschließlich Kernwaffen, was eine ernste Gefahr für das Leben der europäischen Völker und für die ganze Welt darstellt. Die Konsolidierung der Entspannung, die Schaffung einer realen Sicherheit und eines wahrhaften Friedens auf dem europäischen Kontinent sind deshalb unvorstellbar ohne die Annahme entschlossener Maßnahmen zur Abrüstung und in erster Linie zur Kernabrüstung. Die Entwicklung des Vertrauens und der Zusammenarbeit muß zur Auflassung der entgegengesetzten Militärblöcke, zur gleichzeitigen Abschaffung des Nordatlantikpakts und des Warschauer Vertrags führen. Gleichzeitig muß entschlossen hingewirkt werden auf die Auflassung der Militärstützpunkte und die Rücknahme der fremden Truppen von den Territorien anderer Staaten hinter die eigenen Landesgrenzen. Es sind verstärkte Bemühungen seitens aller Staaten notwendig, um an die Verringerung der nationalen Armeen, der Rüstungen und Militärausgaben zu schreiten. Insbesondere sind energische Maßnahmen zur Abziehung der Kernwaffen von den Territorien der europäischen Staaten, die solche Waffen nicht besitzen, für die Umwandlung Europas in einen Kontinent der friedlichen Zusammenarbeit notwendig.

Es ist gleichzeitig notwendig, allen Staaten den Zutritt zur Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu gewähren. Die Gefahr der Verbreitung der Kernwaffen kann nicht beseitigt werden, ohne daß die Herstellung dieser Waffen eingestellt und dazu übergegangen wird, sie zu beseitigen. Es muß allen klar sein, daß, so lange die atomare Bewaffnung fortgesetzt wird, auch andere Länder dazu übergehen werden, Kernwaffen zu erzeugen, und man wird sie nicht aufhalten können. Es besteht eine große Gefahr, und gerade deshalb müssen wir

den Völkern offen sagen, daß wir die Kernwaffen außerhalb des Gesetzes stellen müssen. Dann werden wir den Völkern, der Sache der Menschheit und des Friedens dienen!

...

Walter Kieber, Chef der Regierung des Fürstentums Liechtenstein

(Zusammenfassung)

Seine Regierung, leitete der liechtensteinische Repräsentant seine Rede ein, habe die Entwicklungen, die zum Konzept der Konferenz geführt haben, und die Konferenz selbst von Anfang an mit größter Aufmerksamkeit und Interesse verfolgt. Bereits 1972 habe die Regierung seines Landes den der Konferenz zugrundeliegenden Gedanken, die Beziehungen der Völker in Europa unter Wahrung ihrer Eigenart und souveränen Rechte auf eine neue Basis vertrauensvoller Zusammenarbeit und guter Nachbarschaft zu stellen, begrüßt.

Die Schlußakte der Konferenz bezeichnete Walter Kieber als „das Resultat jahrelanger harter Arbeit und zähester Verhandlungen", als das Ergebnis langer und ernsthafter Bemühungen, die Schwierigkeiten, die seit einer Generation auf Europa lasten, beseitigen zu wollen. „Wenn man die Schlußtexte so betrachtet, wird man ihre positiven Seiten erkennen können", betonte der Redner. Die Schlußakte sei keine bloße Deklaration oder Deklamation. „Sie ist auch in den Augen meiner Regierung", hob er hervor, „eine bindende Erklärung darüber, was an neuem, vertrauens- und menschenwürdigem Denken und Handeln in Europa unter den gegebenen Umständen als ein Minimum in nächster Zeit verwirklicht werden soll."

Gian Luigi Berti, Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten der Republik San Marino

(Zusammenfassung)

Ein kleines Land wie die Republik San Marino möchte nicht verfehlen, hier in Helsinki vertreten zu sein, um jenes Ereignis von enormer historischer Tragweite zu begrüßen, das die Sanktionierung der Ergebnisse einer großen friedlichen Arbeit zum Ziele hat, erklärte der Redner. „In diesem Sinne müssen wir an die große Bedeutung und an die große Rechtsgültigkeit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa glauben." Der Delegationsleiter San Marinos führte weiter aus: „Wir müssen mit Enthusiasmus und Zuversicht bekräftigen, daß eine neue Ära in der Geschichte Europas begonnen hat." Die Einladung zur effektiven Zusammenarbeit sei auch an alle anderen Staaten der Erde gerichtet. Die Schlußakte der Konferenz bezeichnete er als eine „neue Doktrin des Friedens", die den Hoffnungen aller Völker entspreche.

Gaston Thorn, Präsident der Regierung des Großherzogtums Luxemburg

(Zusammenfassung)

Der luxemburgische Delegationsleiter würdigte die Sicherheitskonferenz als ein Ereignis, das hinsichtlich seiner Multilateralität in der Geschichte nicht seinesgleichen hat. Es ist eine historische Konferenz, so führte Gaston Thorn aus, die

eine Wende in der Geschichte, „in dem Leben unserer Völker und unserer Staaten" darstellen könne. Er sprach sich dafür aus, daß nunmehr die Ergebnisse der Konferenz in der täglichen Arbeit verwirklicht werden müssen. „Wir können die Realitäten nicht mehr verkleiden. Man muß den Worten wieder einen Sinn geben. Nur unsere konkrete Aktion kann ihn wieder zurückbringen", sagte Gaston Thorn. Ausführlich widmete er sich der Schaffung von Vertrauen und der Zusammenarbeit der europäischen Staaten.

Mgr. Agostino Casaroli, Sekretär des Rates für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche (Heiliger Stuhl)

(Zusammenfassung)

Zu Beginn seiner Rede verlas Mgr. Casaroli — „um den besonderen Sinn der Teilnahme des Heiligen Stuhls" an der Konferenz zu verdeutlichen — eine an ihn gerichtete Botschaft von Papst Paul VI. „Im Juni 1973 wollten wir eine Initiative unterstützen, die dazu bestimmt war, das so erwünschte und unschätzbare Gut des Friedens zu fördern", heißt es darin. „Dies war nicht nur für die Völker Europas, sondern für die ganze Völkergemeinschaft von größter Bedeutung. In diesem Sinne haben wir die Einladung an den Heiligen Stuhl entgegengenommen, direkt teilzunehmen — in den Formen, die uns eigen sind — an der vorgesehenen Konferenz über die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa."

Die Sicherheitskonferenz habe an einem Wendepunkt der jahrtausendealten Geschichte Europas getagt. „Belehrt durch die tragische Erfahrung von zwei fürchterlichen Kriegen, die innerhalb von 30 Jahren in Europa entfacht wurden und wie ein Riesenfeuer Millionen und aber Millionen Opfer verschlangen, weite und blühende Regionen zerstörten und in den Bruderkrieg auch nichteuropäische Völker mit hineinzogen, wollen die Vertreter eine Einigung zustande bringen auf der Grundlage von eindeutigen und klaren Prinzipien des Völkerrechts und Europa und die Welt vor der Gefahr neuer zerstörerischer Erfahrungen, die noch fürchterlicher sein könnten, schützen."

Gleichzeitig würden Grundzüge „für einen Anfang der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen der menschlichen Tätigkeit in beschränkter, aber konkreter Form" gelegt. Es bestehe die Hoffnung, „daß eine derartige Zusammenarbeit durch die Festigung des Friedens dazu beiträgt, den Austausch der Werte zu vervielfältigen, die die geistige Kraft Europas ausmachen".

Im Zusammenhang mit der positiven Bewertung der vereinbarten Prinzipien erklärte Paul VI., daß sich der Heilige Stuhl besonders darüber freue, daß auf der Sicherheitskonferenz die Religionsfreiheit bekräftigt wurde.

Mgr. Casaroli seinerseits betonte, daß es heute nicht ausreiche, nur Richtlinien zu verkünden. „Der Heilige Stuhl zögert deshalb nicht, direkt teilzunehmen an den Bemühungen der Regierungen zugunsten des Friedens, und zwar im Rahmen der Formen und in dem Maße, die uns entsprechen. Der Heilige Stuhl zögert nicht, seine eigene konkrete Verantwortung hierbei zu tragen." Die von den Staatsmännern mit ihrer Unterschrift unter die Dokumente von Helsinki übernommene Verpflichtung stelle „das Unterpfand dar für den Ernst einer Schlußakte, die die Völker Europas — selbst wenn sie durch die Missetaten ihrer langen Geschichte vorsichtig und fast skeptisch gestimmt wurden — mit Recht als einen Wendepunkt in ihrer jahrtausendealten Geschichte ansehen".

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zwanzigster Jahrgang · Heft 8/1975

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÜRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN

Mitbegründet von

HILDE BENTELE †
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER †
HANS RHEINFELDER †
ROBERT SCHOLL †
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Zu diesem Heft

Mit der Gipfelkonferenz der verantwortlichen Staatsmänner und Politiker der 35 Teilnehmerstaaten vom 30. Juli bis zum 1. August 1975 in Helsinki, zu deren Abschluß eine umfassende Schlußakte unterzeichnet wurde, ist die erste Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) nach fast dreijähriger Arbeit in Helsinki und Genf (Aufnahme der vorbereitenden Konsultationen am 22. November 1972 in Helsinki) zu Ende gegangen. Daß es sich um ein historisch beispielloses Ereignis handele, erkennen nicht nur die Befürworter und Teilnehmer an, sondern auf ihre Art auch ihre Gegner und jene, die die Konferenz und ihre Ergebnisse im übrigen eher mit Kleinmut, oft kleinlichem Argwohn kommentiert haben.

Für eine wörtliche Wiedergabe der Konferenzdokumente oder der Reden von Helsinki hat sich allerdings in den Massenmedien der Bundesrepublik kaum Platz gefunden. Wir haben es in dieser Situation für unsere Aufgabe gehalten, in den

„Blättern" so zeitig und so umfassend wie möglich über die Konferenzergebnisse zu informieren, das heißt zunächst einmal die Schlußakte wie auch die auf der abschließenden Gipfelkonferenz von Helsinki gehaltenen, zur Bildung eines differenzierten Urteils über Gemeinsamkeiten und Interessenkongruenzen, aber auch fortbestehende Divergenzen und noch unausgeräumte Widersprüchlichkeiten notwendigerweise heranzuziehenden Redetexte im vollen Wortlaut (wo dies bei den Reden unmöglich war, weil wir aus postalischen Gründen den üblichen Heftumfang nur geringfügig überschreiten können, zumindest in Zusammenfassungen bzw. Auszügen) zu dokumentieren. Im Zusammenhang damit veröffentlichen wir im vorliegenden Heft der „Blätter", das auf diese Weise zu einer Art KSZE-Sonderheft geworden ist, neben der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 25. Juli 1975 Erklärungen politischer Gremien und eine erste Stellungnahme des Vorsitzenden des Initiativkreises KSZE in der Bundesrepublik, Prof. Dr. Walter Fabian.

*

Was veranlaßt uns, dieser Konferenz besonderes Gewicht beizumessen? Ohne in Euphorie zu verfallen, halten wir die Ergebnisse der KSZE, deren Vorbereitung und Arbeit die „Blätter" von Anfang an mit großer Aufmerksamkeit dokumentiert, kommentiert und zu fördern versucht haben, in der Tat für einen tiefen Einschnitt der europäischen Entwicklung, sicherlich den bedeutsamsten seit der Konferenz von Potsdam vor fast genau 30 Jahren. Vielleicht ist es verfrüht, vom Beginn einer neuen Epoche zu sprechen, wie dies, das mögliche Urteil künftiger Historiker vorwegnehmend, mancher Redner in Helsinki getan hat. Die Verabschiedung der „Zehn Gebote", wie die Prinzipienerklärung der Schlußakte genannt worden ist, für die künftigen friedlichen Beziehungen der europäischen Staaten untereinander eröffnet nach dem Urteil aller Teilnehmerstaaten einen neuen Abschnitt der Nachkriegsgeschichte und könnte ein Beispiel auch für andere Regionen der Welt setzen. Daß dieser Kodex des friedlichen Zusammenlebens in einem Teil der Erde entwickelt werden konnte, dessen Staaten die verheerendsten Kriege der Geschichte geführt haben, ist sicherlich auch ein Anzeichen dafür, daß sich aus leidvoller Erfahrung ein Konsens über die Notwendigkeit eines Neuanfangs, der Kriege als Mittel der Politik tatsächlich ausschaltet, herausbildet.

Wir meinen, daß der politische Einschnitt, den die KSZE markiert, sowohl weltweite, europäische wie innenpolitische Konsequenzen impliziert, so wie er Ergebnis nicht allein von Veränderungen der internationalen Kräftefelder ist, sondern gleichzeitig innenpolitischer Kämpfe, auch in der Bundesrepublik, deren demokratische Potentiale, wie uneins und damit schwach ansonsten auch immer noch, sich im langjährigen Ringen um die Ostverträge und um die Anerkennung der DDR wiederholt als ernstzunehmender Faktor erwiesen haben.

Die Annahme der KSZE-Dokumente bedeutet nicht weniger, als daß das über 50 Jahre lang — mit verheerenden Folgen — bestrittene Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Ländern mit unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, das in den letzten Jahren in einer Reihe bilateraler Dokumente — vor allem zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und den USA einerseits, der Sowjetunion andererseits — an die Stelle antisozialistischer Doktrinen getreten ist und damit den Durchbruch zur Ost-West-Entspannung ermöglicht hat, nunmehr als von allen europäischen Staaten (mit Ausnahme Albaniens) unterschriebene Norm der zwischenstaatlichen Beziehungen anerkannt und multilateral verankert

worden ist. Das errichtet eine entscheidende Barriere gegen jene Kräfte, die bis heute die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa strikt verweigert haben, jene Kräfte, die mit der Ablehnung außenpolitischen Gewaltverzichts und friedlicher Koexistenz, mit der Option für fortgesetzte Konfrontationspolitik und gesteigerte Aufrüstung zugleich auch innenpolitisch am schärfsten auf antidemokratische und antigewerkschaftliche Formierung und Militarisierung der Gesellschaft und den damit einhergehenden Sozial- und Demokratieabbau orientieren.

Das offenbare Ausmaß der Niederlage, die jene außen- wie innenpolitisch reaktionärsten Kräfte mit dem gegen ihren zähen, umfassenden Widerstand durchgesetzten Erfolg der KSZE verzeichnen müssen, läßt das potentielle Ausmaß neuerschließbaren Spielraums für die unerläßliche Ergänzung der politischen durch eine militärische Entspannung, d. h. durch Abrüstung, wie auch für die innenpolitische Bewegungsfreiheit aller auf Demokratisierung und soziale Fortschritte orientierenden politischer Kräfte ahnen. Ob allerdings die Chancen, die sich auf dem Boden der KSZE-Resultate für einen neuen Abschnitt europäischer Politik mit günstigeren Vorzeichen für demokratische und soziale Fortschritte auch in der Bundesrepublik zu bieten scheinen, Wirklichkeit werden, hängt entscheidend davon ab, wieviel Spielraum die entspannungsfeindlichen Kräfte fortan noch für ihre rückwärts gewandten Bestrebungen finden werden, d. h. aber vor allem davon, mit welcher Entschiedenheit die Öffentlichkeit darauf drängt, daß die Beschlüsse der KSZE europäische Realität — auch in der Bundesrepublik — werden und daß die Entspannung jetzt ohne weiteren Verzug voranentwickelt wird zur Abrüstung, ohne die sie auf die Dauer kaum wird überleben können.

*

Die „Blätter" betrachten die Ergebnisse der KSZE nicht als etwas Abgeschlossenes, das zu den Akten gelegt werden könnte, sondern als einen neuen Anfang. Die Erörterung der Konsequenzen und der nächsten Schritte — Ausbau der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit in Europa hin zu einem System gesamteuropäischer Sicherheit, das an die Stelle der schrittweise zu überwindenden Militärblöcke treten muß; Ausweitung des in Europa Erreichten auch auf jene Zonen, die heute noch akute Konfliktherde bergen; Priorität konkreter Abrüstungsmaßnahmen — wird auch künftig eine der wesentlichen Aufgaben dieser Zeitschrift sein, denn Entspannung und Abrüstung sind die unerläßlichen Rahmenbedingungen nicht nur für die bloße Fortexistenz der Menschheit in Europa und in der Welt, sondern für jegliche sinnvolle Zukunftsentwicklung. Zu Entspannung und Abrüstung gibt es keine akzeptable Alternative. *D. Red.*